

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538
Entgelt bezahlt
Winter 2009
Nr. 162, 38. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Zyklische Krise oder „Zeitenwende“?

Das dicke Ende kommt erst noch!

„Die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor.“

Karl Marx



„Das System wankt“, lautete die Überschrift der „Börnsenzeitung“ vom 30. September. „Noch ist das Finanzsystem zwar nicht gefallen. Doch es wankt. Und es droht die Realwirtschaft zu erschüttern.“ Das Blatt der deutschen Hochfinanz warnte vor Verhältnissen wie 1931, vor politischer und wirtschaftlicher Destabilisierung.

Es war die Rede von der „Kernschmelze“ im Finanzsystem und dass sie gerade noch verhindert werden konnte, obwohl das längst noch nicht sicher ist. Panik und Ratlosigkeit hatte das Heer von Wirtschaftswissenschaftlern, Politikern und Bankmanagern erfasst, die nicht wahrhaben wollten, dass die Finanzakkumulation weltweit nicht mehr funktionierte. Das neoliberale Weltbild brach erst

mal zusammen und man scherte sich nicht mehr um das Geschwätz von gestern. Wer nicht eingeschworen war auf das Verdikt „Der Markt regelt alles“ galt ja bisher schon fast als Verfassungsfeind.

Selbst die zuständigen internationalen Institutionen der kapitalistischen Welt wie IWF und Weltbank, aber auch die Deutsche Bundesbank,

Fortsetzung auf Seite 3

In eigener Sache

Unser erster Artikel befasst sich mit der Finanzkrise, die sich zur Weltwirtschaftskrise ausweitete. Das ist eine Zäsur, die uns noch länger beschäftigen wird. Wie sich die Krise weiterentwickelt und welche Folgen daraus sozial und politisch entstehen, ist überhaupt noch nicht abzusehen. Auf jeden Fall wird sie die Bundestagswahl beeinflussen, wie auch das nun neue Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaften und Unternehmen. Der Dimension dieser Krise entsprechend werden auch grundsätzliche Fragen zum System wieder gestellt werden, wozu auch die verbliebenen Marxisten ihren Beitrag zu leisten haben, vorerst mal publizistisch und propagandistisch.

Es wirkt wie ein Fanal, das zeigt, dass auch die „Bäume“ des Kapitalismus nicht in den Himmel wachsen: In Moskau sollte der Rossija-Büroturm 612 m hoch gebaut werden, als Prestigeprotz für Russlands neue Macht und für die kapitalistische Wiedergeburt! Die Krise hat dem Kreml das Vorhaben aus der Hand geschlagen. Russland wird trotz seiner 500 Milliarden Gold- und Devisenreserven in den Strudel der Krise gerissen.

Nun wird bekannt, dass es Bayern mit der Landesbank schwer getroffen hat. Es geht um nicht weniger als 31 Milliarden Euro und ein Ende ist noch sicher. Der bayerische Staat muss allein davon 10 Milliarden Euro zahlen, was nur mit gigantischer Neuverschuldung geht. Allein die Zinsen dafür betragen im Jahr 500

Millionen Euro. Die Folgen für den Staatshaushalt sind gar nicht abzusehen. 5500 Bankangestellte verlieren ihren Arbeitsplatz. „Bayern vor“ war viele Jahre lang die Prahlerei der CSU. Diesmal war es ein Schuß in den Ofen! Für die Verspekulierung des Volksvermögens ist wie immer keine CSU-Regierung und kaum ein Banker wirklich verantwortlich.

Im Mittelpunkt der Nummer steht die Jahreskonferenz der Gruppe, über die wir berichten. Das Resümee des Berichts zur Lage der Gruppe bestand darin, das wir trotz der erschwerten Bedingungen unsere bisherige Arbeit weiter machen können. Wir haben die Referate zur Innen- und Gewerkschaftspolitik und zur Lage in Kolumbien abgedruckt.

Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns noch eine Einschätzung des Tarifabschlusses der IG-Metall. Aus der „Arbeiterpolitik vom 15. November drucken wir einen Artikel zu den Wahlen in Österreich nach.

Anlässlich des 60. Todestages August Thalheimers drucken wir eine Würdigung nach, die in der zweiten Nummer der „Arbeiterpolitik“ 1948 erschienen ist. Ein Bericht von der Stuttgarter Tagung über August Thalheimer und die Politik der KPDO – Kommunistischen Partei Deutschlands Opposition, die vor 80 Jahren gegründet wurde, schließt sich an. Der Artikel zur Bayerischen Räterepublik ist das Ergebnis einer erfolgreichen Veranstaltungsreihe in München.

Von unserm Chileexperten erhielten wir die Rezension eines Buches

über Salvador Allende. Aus dem Heft Nr. 56 des Marxistischen Forums „Die Legende von der revisionistischen Wende“ drucken wir wieder einen Artikel nach, diesmal von Eckehard Lieberam mit dem Titel: „Sozialismuserfahrungen und zeitgemäße Sozialismuskonzeption“.

Einige Buchbesprechungen und Zuschriften aus unserer Leserschaft konnten wir nicht abdrucken; dies werden wir in der nächsten Ausgabe der *Arbeiterstimme* nachholen.

Vor die Entscheidung gestellt, ob wir noch eine weitere Artikel nicht abdrucken sollten, weil wir im Schlußlayout eine einzige Seite zuviel hatten, verzichteten wir diesmal auf den Abdruck der „Literaturliste“ auf der vorletzten Seite.

Erst nach Redaktionsschluss eigneten sich die verheerenden Anschläge von Mumbai, deren gefährliche Auswirkungen weltpolitisch noch nicht absehbar sind, da sie zwei verfeindete atomar bewaffnete Staaten betreffen.

Wir danken für die Spenden und Überweisungen und erinnern bereits jetzt an das ABO für 2009.

Eine Bitte im eigener Sache:
Immerwieder kommt es vor, daß unsere Leserinnen und Leser bzw. die Autoren ihre Texte auf dem heimischen Rechner zwar abtippen uns aber nur den Ausdruck zukommen lassen. Das nochmaliges abtippen bzw. einscannen erfordert unnötige Aufwand und es schleichen sich unbeabsichtigte Fehler ein. Deswegen unser Apell: Schickt eure Artikel uns bitte in elektronischer Form zu! Am liebsten als .txt, .rtf oder als .doc.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg

Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Verleger, Zuschriften:

Thomas Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg

e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
Internet: www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: I ban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08 BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen

Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

waren nicht in der Lage, Vorwarnung zu geben, auch nicht angesichts der Aufblähung des Geldvolumens auf fast das Zehnfache des realen Wirtschaftsvolumens. Börsenjobber, Aktienbesitzer, Banker und Politiker waren wie von einem Rausch befallen, aus Geld noch viel mehr Geld machen zu können. Das beste Beispiel ist der deutsche Großkapitalist und Pharma-Unternehmer Merckle, der noch Monate nach dem Kladderadatsch mit VW-Aktien spekulierte und dadurch 400 Millionen Euro verloren haben soll. Dann hatte er noch die bodenlose Frechheit, zur Rettung seiner dadurch bedrohten Firmen vom Staat Hilfe zu verlangen.

Wenn man von der antikapitalistischen Publizistik absieht, so hatten nur wenige erkannt, welche Folgen die Aufblähung der Aktien- und Immobilienvermögen und die Vermehrung der Kreditderivate um das 30fache seit 2001 nach sich ziehen würde. Dabei war das Platzen der New-Economy Blase (zwei Trillionen Dollar) erst einige Jahre her. Gehört es doch zu den Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems, dass immer wieder riesige Mengen überschüssigen Kapitals nach einer maximalen Rendite suchen und es damit zum Ausbruch systemeigener Widersprüche kommen kann. (Zu den ökonomischen Ursachen der Krise verweisen wir auf die letzten Nummern der *Arbeiterstimme* Nr. 161, Nr. 159 und Nr. 157.)

Von unerwarteter Seite war die Entwicklung klar erkannt worden: Vom reichsten Mann der Welt, dem Großkapitalisten Warren Buffet, Berater von Obama vor und nach der Präsidentschaftswahl. Buffet hatte sich gerade jetzt, zum Höhepunkt der Krise, die größte US-Bank Goldman Sachs einverleibt. Für ihn war die riesige Menge an Finanzderivaten, die das sechsfache (!) des Weltsozialprodukts ausmachten, längst Grund genug Alarm zu schlagen. Bush, Green-span und Paulson reagierten jedoch nicht. Für den Oberkapitalisten Buffet waren diese Spekulationsderivate „*finanzielle Massenvernichtungswaffen*“, die eine „*Megakatastrophe*“ auslösen könnten. Ein Linker könnte es nicht drastischer schildern. Wie Dominosteine brechen nun Grundpfeiler für die Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Systems weg. Die globalisierte Weltwirtschaft gebiert die globale Krise.

Zuerst hieß es, es sei ja nur eine Immobilienkrise hauptsächlich in den USA und die berühre Deutschland kaum. Vom kapitalistischen System sprach außer den „Linksradikalen“ kaum jemand. Bundeskanzlerin Merkel wies im Fernsehen Diskutanten brüsk zurück, wenn sie vom Kapitalismus sprachen. In Deutschland bestehe doch die „*soziale Marktwirtschaft*“, behauptete, wenig wissenschaftlich, die Regierungschefin, die als Studierende und ehemalige FDJ-Funktionärin bestimmt schon mal was vom „*Kapitalismus*“ gehört hatte.

Inzwischen hatte sich die „*Grundstückskrise*“ auf andere Länder ausgeweitet, vor allem auf England und Spanien. Sie entwickelte sich zur weltweiten Finanzkrise mit Bankenpleiten, Kreditsperre, Börsencrash und Massenentlassungen. In Verkennung der Lage meinte der „*Macher*“, Finanzminister Steinbrück, zuerst noch: „*Die Finanzmarktkrise ist vor allem ein amerikanisches Problem*“. Nicht lange darauf waren nicht nur die Wall Street und London die Brennpunkte. Der Sturm erstreckte sich über die ganze Welt, ob Deutschland oder Japan, Russland oder Brasilien. Niemand unter den Verantwortlichen zweifelte mehr daran, dass es sich um die schlimmste Krise seit der Großen Depression der dreißiger Jahre handelte, ein Zusammenfallen von zyklischer Krise und Systemkrise. In den 200 Jahren der Ausbreitung des Kapitalismus hat es immer in gewissen Abständen Wirtschaftskrisen gegeben, besonders im 19. Jahrhundert, bis dann im 20. Jahrhundert die Weltwirt-

schaftskrise 1929 Tod und Verderben brachte. Krisen sind eben nicht allein das Ergebnis gewagter Spekulationen, sondern systemeigen. Die fünf Rezessionsjahre der Bundesrepublik mit einem Rückgang des BIP erstmals 1967 – 0,3%, 1975 – 0,9%, 1982, 1993 – 0,8% und 2003 – 0,2% waren weniger einschneidend. Freilich, wer vor 1967 wie die Linken behaupteten, es gäbe im kapitalistischen System wieder antagonistische Krisen, wurde verlacht und als Idiot verunglimpft.

Die neueste Losung der Neoliberalen: Staatsbankrotte abwenden, Banken und Konzerne mit Steuergeldern stützen!

Einige Staaten hat die Finanzkrise besonders schwer getroffen. Island steht vor dem Ruin und die Menschen müssen nicht nur um ihre Rentenkasse bangen. Der IWF musste zwei Milliarden Dollar bereitstellen. Auch Ungarn steht vor dem Staatsbankrott und erhielt 20 Milliarden Euro Notkredit, die Ukraine 13 Milliarden. In Indien ist die Börse allein im Oktober um 40% abgestürzt und es wird befürchtet, dass die Rezession ein Viertel aller Arbeitsplätze kosten wird. In Brasilien stürzte die Währung ab, der Real verlor ein Drittel gegenüber dem Dollar. Der Finanzcrash hat auch Pakistan hart getroffen. Das Land mit 160 Millionen Einwohnern steht vor dem finanziellen Zusammenbruch. Daraufhin hat der IWF acht Milliarden Dollar zugesagt. Selbst in der Schweiz verfinsterten

Inhalt

Das dicke Ende kommt erst noch!	S. 1
Der Metallabschluss – Kein fauler Kompromiss	S. 12
Unsere Jahreskonferenz	S. 15
Zur Lage der Gruppe	S. 16
Die soziale Kluft wird größer	S. 18
Kolumbien: Neue Achse Berlin – Bogota?	S. 25
Sozialismuserfahrungen und zeitgemäße Sozialismuskonzeption	S. 29
Wahlen in Österreich 2008	S. 33
Spanien: 30. Jahrestag der Verfassung	S. 35
Novemberrevolution in München	S. 35
August Thalheimer – Was bleibt?	S. 40
Salvador Allende. Eine Chronik	S. 42

sich die Mienen. Bei UBS, dem größten Vermögensverwalter der Welt, ist nun Singapur der größte Einzelaktionär. Der Schweizer Staat ist mit 3,9 Milliarden Euro in die Bank eingestiegen und sichert faule Wertpapiere mit 62 Milliarden Franken ab. Unter den europäischen Industriestaaten ist Frankreich mit der Verstaatlichung von Banken am weitesten gegangen, was jedoch mit dem Beginn einer Vergesellschaftung nichts zu tun hat. Auch China ist als Teil der kapitalistischen Weltwirtschaft von der Krise betroffen. Um dem Rückgang der Zuwachsraten zu begegnen, hat die Staatsführung ein großes Konjunkturprogramm von 600 Milliarden Dollar angekündigt, das sich u.a. auch auf den Eisenbahnsektor bezieht. Bei ihrem Besuch in Peking war Kanzlerin Merkel überzeugt, dass China seinen Beitrag zur Stabilisierung der Weltwirtschaft leisten wird, hat es doch die größten Währungsreserven der Welt im Wert von zwei Billionen Dollar. Es gilt bereits als ausgemacht, dass China, im Besitz von US-Schatzanleihen in Höhe von mehreren hundert Milliarden Dollar, diese nicht abrupt abziehen wird. Das liegt auch im eigenen Interesse Chinas.

Nicht nur eine zyklische Krise, aber auch kein Untergang des Kapitalismus

Die dominierende Weltmacht USA ist in einer Sackgasse. Ihre Regierungen haben die Zukunft verpfändet, nicht zuletzt, weil sie die Welt mit Kriegen überzogen. Allein für die letzten Kriege gegen den Irak und gegen Afghanistan sollen bis Oktober des Jahres 1,1 Billionen Dollar aufgewandt worden sein. Das Rüstungsbudget stieg jährlich um 11 bis 16%. Andererseits sanken die Real-

löhne von 1979 bis 2000 um 5%, während sich die Produktivität um 37% erhöhte. Ein ökonomisches Ungleichgewicht, das sich rächen musste.

Die Immobilienkrise in den USA war der Anfang. Inzwischen sollen Hypotheken in Höhe von 500 Milliarden Dollar faul sein. Fünf Millionen Häuser stehen zum Verkauf. Ganze Stadtviertel, wie z.B. in Cleveland verfallen. Nach einer aktuellen Studie hat der Kollaps am US-Hypothekenmarkt das Kreditvolumen allein in den USA schon jetzt um 2.000 Milliarden Dollar verringert – das ist mehr als die Hälfte dessen, was die



Northern Rock, September 2007

deutsche Wirtschaft in einem Jahr an Leistung erbringt.

Über die Bankenkrise, die schon im Sommer 2008 auch in Deutschland um sich griff, haben wir berichtet. Zwei Hedge-Fonds der Investmentbank Bear-Stearns, die IKB, die Sachsen LB, die Bayern LB und die West LB gerieten in Schieflage. In London stürmten die Sparer die Northern Rock Bank und die Citigroup in den USA geriet ins Wanken. Indy Mac ging in Konkurs, ebenso Mardinsa-Fadesa in Spanien. Merrill Lynch war betroffen, dem Versicherungskonzern AIG wurde geholfen. In den USA mussten 145 Milliarden Dollar offiziell abgeschrieben werden. Weltweit sollen die Verluste der Bankenbranche 400-500 Milliarden Dollar betragen. Über die Verstaatlichung

der Hypothekengiganten Fannie Mae und Freddie Mac schrieben wir in der letzten Nummer der *Arbeiterstimme* mit der bitteren „Bemerkung“, dass die Regierungen keine Skrupel haben, Verluste der Banken zu sozialisieren und Gewinne zu privatisieren. Es wird geschätzt, dass die Bush-Regierung dafür 200-300 Milliarden Dollar aufwenden muss. Die Pleite der Großbank Lehman Brothers schlug weltweit Wellen, auch in Deutschland.

Die Aufzählung der betroffenen Banken braucht wohl nicht fortgesetzt zu werden, um die Dimension

der Finanzkrise zu veranschaulichen. Die Geldverleihung der Banken untereinander kam zum Erliegen, das Vertrauen war weg. Hätten die Staaten nicht eingegriffen, hätte die Zahlungsunfähigkeit zum allgemeinen Kollaps führen müssen. Christopher Dood von der Demokratischen Partei fand die Lage „katastrophal“. Man sei „nur Tage von einem kompletten Zusammenbruch des Finanzsystems entfernt“.

Auch die fünfte Zinssenkung in wenigen Wochen durch den US-Notenbankchef Bernanke hatte nichts gebracht. Die Staatsfonds arabischer Länder hatten einen nicht unwichtigen Anteil an der Rettungsaktion für die US-Banken. So billigte der Kongress nach einigem hin und her die vorgesehene Finanzspritze über 700 Milliarden Dollar von der Bush-Regierung zum Kauf wertlos gewordener Hypothekenpapiere und vereinbarte Steuerkürzungen von 112 Milliarden Dollar für fünf Jahre. Die Schuldenlast erhöhte sich damit weiter. Das dicke Ende kommt noch, in den USA und anderswo. US-Finanzminister Paulson ließ die Katze aus dem Sack: „Der Steuerzahler wird letztendlich immer zur Kasse gebeten werden bei dem System, das wir haben. Wer soll

denn sonst die Kosten tragen, wenn das System nicht stabil ist?“

Das schnelle Handeln in Washington im Verein mit anderen führenden Wirtschaftsmächten hatte im Gegensatz zu 1929 die Katastrophe vorerst verhindert. Eine Krisenlösung nach den Mechanismen des kapitalistischen Systems ist das nicht, was Folgen haben wird. Geradezu rührend ist Obamas Erklärung: „Es wird die Zeit kommen, in der wir diejenigen bestrafen, die dieses Feuer gelegt haben“ – als ob die Ursache der Finanzkrise allein bei den Spekulanten gelegen hätte und ein Obama allein als Präsident solche Geschäfte weltweit verbieten könnte.

2,5 Billionen Dollar, das entspricht etwa 10% des Weltsozialprodukts, wollen die USA und die Europäer in das marode Finanzsystem pumpen. Wehe, wenn dafür die Völker die Zechen bezahlen müssen! Die Flaggschiffe des amerikanischen Kapitalismus, General Motors, Ford und Chrysler, sind bereits in Gefahr unterzugehen. Dadurch könnten drei Millionen Arbeitsplätze verloren gehen. Da retten sie auch keine 25 Milliarden Staatsknete mehr. Niemand zweifelt mehr daran, dass es über die Automobilstrukturkrise hinaus die Realwirtschaft voll erwischt hat.

Wenn der Hurrikan kommt

Die Verschuldung der Vereinigten Staaten hat ein einmaliges welt-historisches Niveau erreicht. Allein die Staatsschulden kletterten auf astronomische Höhen und betragen nun neun Billionen Dollar. Hinzu kämen im ungünstigsten Fall nochmals 3,7 Billionen Dollar aus den Übernahmeverpflichtungen von Fannie und Freddie. Die Schulden der Weltmacht Nummer 1 kommen damit 100% des US-Sozialprodukts nahe. Die Schulden von Staat, Banken, Unternehmen und Privaten zusammen machen bereits 355% des Sozialprodukts aus. Das Haushaltsdefizit Washingtons wird 2008 auf 250 Milliarden Dollar

anwachsen, wozu noch einmal 100 Milliarden für Bushs Konjunkturprogramm zu rechnen sind.

Doch nun ist neue Gefahr im Verzug. „Schon pumpen sich die nächsten Finanzblasen gewaltig auf“, schrie Michael Krätke im „Freitag“ vom 14.11. Ein Konglomerat aus Kreditkartenkrise, Krise der Autofinanzierer und Kreditversicherer braut sich zusammen. Auf 2,5 Billionen Dollar belaufen sich die Konsumentenschulden in den USA, also durchschnittlich 8565 Dollar pro Haushalt. Die Kreditkartenverschuldung liegt bei über 100 Milliarden Dollar. Doch die Stunde der Wahrheit steht noch aus. Das Hi-



Sparkasse Berlin, Juli 1931

nausschieben lässt sich nicht endlos fortsetzen. Die Neun-Billionen-Zeitbombe tickt.

Die „Nürnberger Nachrichten“ sehen bereits am 28. 8. im Vergleich zum drohenden „Hurrikan“ die jetzige Krise als „Windhose“. Wirtschaftsredakteur Wolfgang Mayer schrieb dazu in den NN: „Experten gehen davon aus, dass die gesamten Verpflichtungen – zum Beispiel einschließlich der Pensionsfonds – sogar die Marke von 50 Billionen Dollar übersteigen.“

Das heißt: Die USA benötigen in steigendem Maße ausländisches Kapital, um das Gebäude ihrer Wirtschaft zusammenzuhalten. Fachleute errechneten, dass das Ausland pro Tag den USA zwei Milliarden Dollar leihen muss (mehr als die Hälfte davon geht für die US-Rüstungsausgaben gleich wieder weg). Durch die aktuelle ‚Windhose‘ verlieren die USA aber an Bonität. So stellt sich die Frage: Wie lange werden die Geldgeber der USA noch mitspielen? Wie beim ‚echten‘

Hurrikan weiß niemand, wohin er dreht, und ob die Mauern des Gebäudes wirklich halten.“

Man kann davon ausgehen, dass durch die Staatseingriffe und „Rettungspakete“ die Stabilität der Währungen erschüttert wird. Der Kurs des Dollars wird weiter sinken. Es ist wohl kein Zufall, dass die USA die Kennziffern zur Inflation, zu der im Umlauf befindlichen Geldmenge, nicht mehr veröffentlichen. Zumindest für jeden älteren Deutschen ist der Begriff „Währungsreform“ ein Schreckenswort.

Man braucht keine Berichte der US-Geheimdienste, um zu erkennen, dass sich die politische und wirtschaftliche Bedeutung der USA in der Welt durch das Finanz- und Wirtschaftsdesaster vermindern wird, wie auch der US-Dollar sein starke Rolle verlieren wird. Es war schon lange im Gange, dass Länder wie China, Indien, Brasilien und Russland dafür an wirtschaftlicher und welt-politischer Bedeutung gewinnen.

Der G-20 Währungsgipfel: Nur ein vager Fahrplan

Um in Zukunft Turbulenzen auf dem Weltfinanzmarkt zu vermeiden, jagt eine Konferenz die andere: Zuerst in Sao Paulo, dann die der 27 EU-Länder in Brüssel und schließlich die G-20 in Washington. Das derzeitige System sei wie ein Kartenhaus zusammengestürzt und am meisten müssten die armen Länder unter der Krise leiden, mahnte Lula da Silva. In Brüssel fanden die Regierungschefs große Worte über Kontrolle, Aufsicht und Regulierung, die man installieren wolle. Steueroasen wolle man austrocknen, Hedge-Fonds unter Aufsicht stellen und Rating-Agenturen an die Leine legen, für mehr Transparenz sorgen und einheitliche Bilanzregeln einführen. Die Franzosen wollten noch weiter gehen, doch Angela Merkel blockte ab: „Wir wollen keine europäische Wirtschaftsregierung“.

Auf dem G 20-Gipfel in Washington wurden kleinere Brötchen gebacken. Da gab es Differenzen zwischen Europäern und Nordamerikanern. Bush betonte wieder mal den Segen des „freien Marktes“ und wandte sich gegen „Handelsbarrieren“. Bis zum Frühjahr soll einiges unter Federführung des IWF zustande kommen. Trotz Grundsatzklärungen ist schleierhaft, wie das „wirkungsvolle Regelwerk an Kontrollmechanismen“ durchgesetzt werden soll. Die meisten Beobachter waren sich einig: Ein „vager Fahrplan voller Absichtserklärungen“, dessen „Umsetzung völlig offen“ sei.

In Deutschland – die Ruhe vor dem Sturm?

Zur ersten Stütze warf die EZB 200 Milliarden Euro an kurzfristigen Krediten auf den Geldmarkt. Wie andere europäische Staaten auch (z.B. Großbritannien 640 Mrd. €, Österreich 100 Mrd. €) legte die deutsche Regierung ein Rettungspaket in Höhe von 500 Milliarden Euro auf. Davon musste die Hypo Real Estate mit 50 Milliarden gerettet werden. Verschiedene Landesbanken folgten, dann die Commerzbank mit 8,2 Milliarden Euro. Die HSH Nordbank beantragte eine Staatsbürgschaft von 30 Milliarden Euro usw. Bei manchen Banken droht es ein Fass ohne Boden zu werden. Sieben Billionen Dollar werden bereits genannt, die Zentralbanken und Regierungen bereitstellten. Nicht mal die Hälfte der Verluste sei abgeschrieben worden. Für die 900 Millionen Hungernden in der Welt ist nicht mal eine Milliarde Dollar übrig gewesen... Auch in Deutschland ist das Mißverhältnis mit den Händen zu greifen. Auf der einen Seite scheinen die Milliarden keine Rolle mehr zu spielen. Auf der anderen Seite wird bekannt, dass der „Arbeiterführer“, Ministerpräsident Rüttgers, gerade aus Einsparungsgründen eine Million Obdachlosenhilfe in NRW für 2009 gestrichen hat.

Derweil ließen sich die Kanzlerin Merkel und Finanzminister Steinbrück als die großen Macher in den Medien feiern. Doch kommt es nicht einer Verschleuderung von Volksvermögen gleich, wenn sie die riesigen Bürgschaften ohne entsprechende

Gegenleistung ausgeben? Außer der Linken gibt es wenige, die das kritisieren und Gegenvorschläge anmelten. Der Bremer Wirtschaftsprofessor Huffs Schmid forderte richtigerweise: „Man hätte auch sagen müssen: Gut, dann verstaatlichen wir eben die Banken zu 20 oder 25 Prozent und sichern uns damit den vollen Einfluss auf ihre Geschäftspolitik.“

Unehrllich war auch die Garantieerklärung für die Sparer durch die CDU-Vorsitzende Merkel. Wir haben noch Blüms „Die Renten sind sicher“ im Ohr. Genauso sicher sind die Spargelder – eben so lange noch was da ist. Der aufgestellte Haushaltsplan des Finanzministeriums ist ebenso unehrlich, wenn er die Erhöhung der Neuverschuldung mit nur acht Milliarden Euro mehr angibt. Was Finanzkrise und Konjunkturprogramm mehr erfordern, ist überhaupt nicht abzusehen. Was noch vor Monaten abgestritten wurde, ist nun eingetreten: Die Krise hat auf die Realwirtschaft übergreifen. Nicht nur die strukturell kranke Autoindustrie ist im scharfen Niedergang. Nun hat es auch die Chemieindustrie und die Werftindustrie gepackt. Weitere Branchen werden folgen. Die BRD als Exportland wird es besonders spüren, da die weltweite Gleichzeitigkeit der Krise Exportwege versperrt. In Deutschland rächt sich nun die Vernachlässigung des Binnenmarktes. Als einziges Land in der Kern-EU blieben in der BRD jahrelang Reallohnenerhöhungen aus und damit der Kaufkraftzuwachs.

Nachdem auf breiter Front die erst emporgeschossenen Rohstoffpreise, inklusive Öl- und Gaspreise, in den Keller gefallen sind, geht bei den Wirtschaftswissenschaftlern die Angst vor einer Deflation um, die sich in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts so verheerend auswirkte. Die Keynesianer fordern es schon lange, Parteien und Regierung waren sich nun einig: auch Berlin muss ein Konjunkturprogramm auflegen. Sie ließen sich auch nicht davon abbringen, als bekannt wurde, dass Präsident Bushs groß angelegte Verteilung im Wert von 125 Milliarden Euro an US-Haushalte glatt verpufft war. Was blieb waren neue Schulden. Die Maßnahmen in Deutschland zur Konjunkturförderung belaufen sich auf etwa 30 Milliarden Euro. Zeitun-

gen, wie die NN, schrieben vom Placebo-Paket.

Die Bevölkerung in Deutschland hat die Weltfinanzkrise eigentlich ohne große Erregung aufgenommen. Auch der Skandal um Bankstützungen und Milliardenbürgschaften wurde weithin nicht als solcher empfunden. Die meisten Menschen meinen zudem, die Finanzkrise sei schon am Abklingen und sie brächte keine weiteren großen Folgen. Dass die Zechen einmal zu zahlen sein wird, mit Sozialabbau und Kürzungen in allen Bereichen, dazu fehlen Kenntnisse und Phantasie. Die Parteien halten sich noch zurück und suchen, möglichst ungeschoren über die nächste Bundestagswahl zu kommen. Der schon von der Krise beeinflusste Metall-Lohnabschluß, der nur etwa die Hälfte der geforderten 8% brachte, scheint ebenso ohne großen Aufruhr hingenommen zu werden.

Direkt betroffen von der Wirtschaftskrise ist nur eine Minderheit, wenn auch die Angst um den Arbeitsplatz zugenommen hat. Nachdem die Aktienkurse absackten und der Dax-Index seit Jahresanfang 50% verlor, hatten etwa 15% der Bevölkerung Geld verloren. Vor allem Rentner waren betroffen. Selbst die Renten- und Unfallversicherer waren durch die Lehman Brothers Pleite betroffen. In vielen deutschen Städten, die einst mit dem Cross-Border-Leasing-Steuerdreh Millionen einheimsten, geht die Angst um, da ihre amerikanischen Partner krisengeschädigt sind. Von der Pflicht zum Rückkauf ihrer U-Bahnen und Kanalisationen unter besonderen Umständen wollten die Stadtkämmerer einst nichts wissen. Vielleicht war es auch zuviel, die 1000-Seiten-Verträge zu lesen.

Ablenkungsmanöver

Die Zeitungen und Zeitschriften waren voll von Leserbriefen zum Finanzdebakel. Die meisten jedoch gaben nicht dem ganz normalen Kapitalismus die Schuld, dessen Krisen jahrhundertlang Zusammenbrüche, Elend und Kriege erzeugten. Sie stürzten sich auf die angeblich angloamerikanische Version des „Raubtierkapitalismus“ und möchten die „soziale Marktwirtschaft“ wiederhaben; als ob dies wahlweise zu haben wäre

und nicht von den weltweiten Bedingungen abhänge. Viele wähten sich im Tollhaus, als die Exzesse bekannt wurden, mit der fremden Welt der Derivate, Leerverkäufe, Hedgefonds usw. Die Finanzkrise wäre jedoch auch ohne diese üblen Börsenjobber ausgebrochen, da die „Blasen“ immer größer wurden – vielleicht etwas später. Den Regierungen und Parteien, die dieses menschenverachtende kapitalistische System tragen, kommt natürlich die Suche nach den Sündenböcken entgegen. Dadurch werden die Fragen nach dem herrschenden Gesellschaftssystem nicht zu drängend. Sind die Spekulanten schuld, kann man ablenken und sich den Unmut noch zunutze machen. Regierungen und Parteien verschweigen außerdem, dass sie im letzten Jahrzehnt den Spekulationsgeschäften erst den Weg bereitet haben. Gerade die Bundeskanzlerin, die sich nun als Retterin geriert, hat vor vier Jahren als Oppositionsführerin die vom Bundestag beschlossenen Gesetze zur Verschärfung der Finanzaufsicht im Bundesrat scheitern lassen. Zudem hat die CDU/CSU/SPD-Koalition noch Anfang 2008 Regelungen über weitere Steuervergünstigungen für Private-Equity-Firmen und Hedgefonds verabschiedet. Die „Heuschrecken“ (Münzfeiring) durften sich freuen. Gerade die vorherige Regierung SPD/Grüne stand für Deregulierung. So wurden „Verbriefungen“ zugelassen, und die Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne eingeführt. Wie man sieht, es gibt durchaus auch Schuldige an den Exzessen, im politischen Lager und bei den Banken und Managern.

Es ist in der Tat ein Skandal und bezeichnend für die Raffgier der besitzenden Klasse, welche Gewinne und Managerbezüge auf Kosten ihrer Lohnarbeitskräfte abgezockt werden. In den USA hat sich kürzlich der Nobelpreisträger Paul Krugman darüber empört: Niemand verstehe, wenn der bestbezahlte Hedgefonds-Manager an der Wall Street in einem Jahr mehr verdiene als alle Lehrer New Yorks zusammen in drei Jahren.

Auch in Deutschland gibt es diese maßlosen Managerbezüge mit dem provokativ-frechen Ackermann an der Spitze. Für wie dumm müs-

sen jene Bankmanager das Volk halten, wenn sie – erst durch den Staat mit Milliarden-Bürgschaften vor der Pleite gerettet – sich aufregen, weil ihr Einkommen auf lächerliche 500.000 Euro im Jahr begrenzt werden soll.

So richtig es ist, gegen solche Zustände anzukämpfen, so falsch wäre es, sich von der Hauptursache der Finanzkrise ablenken zu lassen, dem kapitalistischen System selbst.



Danat Bank, Juli 1931

Die Hochfinanz diktiert

Nach marxistischer Ansicht sind die bürgerlichen Regierungen die Geschäftsführer der herrschenden Klasse. Sie haben deren Interessen politisch zu vermitteln, notfalls Kompromisse zu schließen und die wahren Absichten zu vertuschen. Das war schon unter Helmut Schmidt und Kohl so, noch ausgeprägter bei Schröder und nun bei Angela Merkel. Was sich aber jetzt abspielte zur Bewältigung der Finanzkrise, kommt einer direkten Diktatur der Hochfinanz gleich, die eventuell für eine ganze Dekade unser Leben vorbestimmen kann. Die Summen, die nun zum Tragen kommen, sind so gigantisch, dass ein Kurswechsel nahezu ausgeschlossen scheint. In „The Nation“ stellte kürzlich Robert Scharrer den autoritären Staat in Aussicht, „die Übernahme des Staates durch die Unternehmen“.

Es ist bezeichnend für die Missachtung der Demokratie und des Parlamentarismus, wenn die Bundesregierung statt deren Vertreter und statt unabhängiger Fachleute die Abgesandten der großen Banken in den Krisenstab beruft.

Untergrabung der Demokratie

Winfried Wolf schrieb dazu eine längere Betrachtung im Novemberheft der DFG-Zeitschrift „Zivilcourage“ wovon wir einen Auszug bringen:

„(...) Und das ist nicht anders in diesen Tagen und Wochen: Hinter der Bundeskanzlerin als Rezitatorin steht ein kleiner Kreis von Bankern und Finanzleuten, die wiederum eng mit dem vernetzt sind, was hierzulande als ‚Hochfinanz‘ bezeichnet wird. Die ‚Süddeutsche Zeitung‘ spricht am 13. Oktober von einem sechsköpfigen ‚Komitee zur Rettung der deutschen Banken‘, bestehend aus dem Bundesbank-Chef Axel Weber, dem Präsidenten der Finanzaufsicht Bafin, Jochen Sanio, dem Deutsche-Bank-Chef, Josef Ackermann, dem Finanzminister Peer Steinbrück mit seinem Staatssekretär Jörg Asmussen und dem Abteilungsleiter Wirtschaft im Kanzleramt, Jens Weidmann. Diese ‚Sechserbande‘ erarbeitet seit Mitte September alle Krisenpläne. Dieser kleine Männerkreis entwickelte vor allem den 500-Milliarden-Euro-Plan, der zu Wochenbeginn am 13. Oktober von der Kanzlerin vorgestellt, noch Ende derselben Woche von Bundestag und Bundesrat beschlossen und vom Bundespräsidenten mit Gesetzeskraft verkündet wurde. Noch nie in der deutschen Geschichte gab es eine derart weitreichende Finanzoperation zugunsten der Reichen, Besitzenden und Spekulierenden und noch nie in der Geschichte deutscher bürgerlicher Demokratie wurde ein derartig eingreifender Plan binnen einer Woche durch alle gesetzgebenden Instanzen gepeitscht.

Dieses strikt antidemokratische Grundverständnis ist derzeit weltweit zu beobachten. Es wird in ‚Section 8‘ des US-amerikanischen 700-

Milliarden-Dollar-Plans zur Rettung der US-Finanzinstitute besonders verdeutlicht; dieser Plan wurde im übrigen von Finanzminister Henry (Hank) Paulson erarbeitet, einem Mann, der mehr als zwei Jahrzehnte führend für die größte US-amerikanische Investmentbank Goldman Sachs tätig war und hundertfacher Dollarmillionär ist. Danach können alle *„Entscheidungen des Finanzministeriums in Verfolgung dieses Gesetzes (...) von keinem Gericht und von keiner Regierungsbehörde eingesehen oder angefochten werden.“* Das heißt: Entscheidungen über eine der größten Umverteilungsaktionen in der US-Geschichte, werden von einer kleinen Gruppe von Menschen entschieden. Die Entscheidungen werden zur Erhöhung der US-Staatschuld führen, mit der 300 Millionen Menschen auf Jahrzehnte belastet werden. Es entscheidet eine kleine Gruppe, die in enger Verbindung mit den Top-Finanzinstituten steht. Was dabei wer wie entschieden hat, soll von niemandem angefochten werden können. In den Worten des Ökonomen Nouriel Roubini von der New York University, der bereits 2006 den Finanzkrach vorhergesagt hatte: *„Da sagt dieser Paulson: Glaubt mir, ich werde alles richtig machen, wenn ich die absolute Kontrolle bekomme. Aber wir leben doch nicht in einer Monarchie!“*

Tatsächlich sind die Regierungsform und die Handlungsweise, die in der gegenwärtigen Krise vorherrschen, absolutistisch und autokratisch. In der Zeit des Absolutismus wurde die Macht der Alleinherrscher von Gott, einer nicht hinterfragbaren Instanz, abgeleitet. Die moderne Begründung für den aktuellen Absolutismus besteht in Verweisen auf ‚Sachzwänge‘ die ‚schnelle Entscheidungen‘ erforderten und die ‚objektiv nicht in Frage gestellt werden‘ könnten.

Ein ergänzender Verweis auf Gott kann allerdings auch hier nicht schaden. Auf die Frage eines Kongressabgeordneten, was passieren würde, wenn Paulsons Banken-Rettungs-Plan im Parlament abgelehnt werde, antwortete Paulson: *„Dann Gnade uns Gott!“*

Doch die Dromokratie, die Herrschaft der Geschwindigkeit, als Gegensatz zur Demokratie, die auch ausreichend Zeit für Entscheidun-

gen verlangt, ist eine bewusst herbeigeführte. Bis vor wenigen Jahren mussten weltweit Hypothekenkredite in den Büchern und Bilanzen der die Kredite vergebenden Institute bleiben; sie durften nicht weiterverkauft und schon gar nicht mit dubiosen anderen Papieren gebündelt und verschnürt und internationalisiert werden. Indem man diese Regulierung aufgab und den Hypothekenmarkt umfassend deregulierte, schuf man erst das Diktat von Markt und Geschwindigkeit.

Historische „Ausblicke“

Gefahr der Rechtsentwicklung: Dabei stehen wir erst am Anfang der Krise. Und damit auch erst am Anfang der sozialen Folgen derselben. Wenn der US-Finanzminister Henry Paulson vor der Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, am 25. September auf die Knie fiel und bettelte, diese möge doch für eine Kongress-Mehrheit für den 700-Milliarden-Dollar-Plan sorgen, so lässt sich dies zunächst unter der Rubrik ‚Gutes amusement‘ verbuchen. Die Demokratin Pelosi agierte in diesem Fall auf den Republikaner Paulson mit dem Satz: *„Ich wusste gar nicht, dass sie katholisch sind!“* Tatsächlich durfte dann der US-Kongress (er hatte in einer ersten Abstimmung den Paulson-Plan vor allem mit republikanischen Stimmen abgelehnt!), solange unter dem Druck der Märkte abstimmen, bis eine demokratisch-republikanische Mehrheit erzwungen war.

Doch das Amusement hält sich in Grenzen. Denn es geht ja keineswegs nur ein US-Finanzminister in die Knie. *„Das System wankt“* – mit dieser schlichten Zeile war der Leitartikel der ‚Börsen-Zeitung‘ am 30. September überschrieben. (...) In dem etwas breiter angelegten Großbürgerblatt ‚Frankfurter Allgemeine Zeitung‘ fand sich am 4. Oktober ein Artikel, der das Ende der Ära Bush mit der Finanzmarktkrise in einem Zusammenhang sieht und weitreichende politische Konsequenzen, eine drohende allgemeine Rechtsentwicklung, beschreibt: *„Der Entzug dieses Fluchtpunktes (des ‚Ultravertrauens in die demokratischen Garantien‘; d. Verf.) ist, wie man an*

Russland und China sieht, keineswegs das Ende des Kapitalismus. Es droht vielmehr die dauerhafte Spaltung und Regression von Demokratie und Kapitalismus.“

Der bereits zitierte Artikel in der ‚Börsen-Zeitung‘ bringt auch gleich einen direkten Bezug auf die fatale deutsche Geschichte: *„Denn – es hilft ja nichts, sich selbst und der Öffentlichkeit etwas vorzumachen – man ist geneigt, 1931 zu assoziieren: Liquiditätskrise der Danatbank, Run auf die Banken, Notregime für das Kreditgewerbe (...) politische und wirtschaftliche Destabilisierung.“*

Das Aufbrechen der neuen weltweiten Krise findet vor dem Hintergrund von Aufrüstung und neuen Kriegen statt. Da gibt es weiter den Irak-Krieg, auch wenn er aktuell in der Öffentlichkeit kaum mehr beachtet wird. Für die Menschen in der Region wird er weiterhin als ein Krieg des Westens um die Kontrolle über die Rohstoffe in der Region des Mittleren und Nahen Ostens gesehen – und dies zu Recht. Da gibt es den Krieg in Afghanistan. So gut wie alle westlichen Regierungen und beide US-Präsidentenskandidaten plädieren dafür, diesen Krieg zu intensivieren. Inmitten der Debatten über die Eindämmung der neuen Finanz- und Weltwirtschaftskrise ließ die CDU/CSU-SPD-Regierung die Ausweitung des deutschen Militäreinsatzes am Hindukusch beschließen – obgleich mehr als zwei Drittel der Bevölkerung diesen Einsatz ablehnen.

Eine Reihe einzelner Maßnahmen und Beschlüsse verdeutlichen die zunehmende Militarisierung der deutschen Politik. Da wurde in diesem Jahr erstmals das Gelöbnis deutscher Soldaten zum Sengen und Brennen vor dem Reichstagsgebäude abgenommen. Da trat inmitten der Krisenbekämpfungsdebatten, am 11. Oktober, der ‚Stiftungserlass‘ zur Verleihung des neu gegründeten ‚Ehrenkreuzes der Bundeswehr für Tapferkeit‘, sprich: das ‚Eiserne Kreuz Reloaded‘, in Kraft.

Bezeichnend war schließlich, dass die große Koalition Anfang Oktober als eines ihrer nächsten Vorhaben beschloss, noch in dieser Legislaturperiode die gesetzlichen Grundlagen für einen erweiterten Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu schaffen (...). Offiziell ist die

Rede davon, dass die Bundeswehr im Fall von Katastrophen und ‚Terrorangriffen‘ im Inneren eingesetzt werden darf. Kaum verhohlen wird bereits diskutiert, dass der entsprechende Gesetzes-Artikel und die damit verbundenen Grundgesetz-Änderungen auch großzügiger ausgelegt, dass dann die Bundeswehr bei ‚Großveranstaltungen‘ und inneren Unruhen eingesetzt werden kann. Der Beschluss der großen Koalition erfolgte just zum Auftakt der neuen weltweiten Krise.

Dass der Plan wegen Bedenken aus der SPD-Fraktion zunächst aufgeschoben wurde, ändert nichts an den grundsätzlichen Absichten von CDU/CSU und SPD-Fraktionspitze.

Wir erinnern daran: Es war die große Koalition der Jahre 1966 bis 1969, die die ersten gesetzlichen Grundlagen für einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren beschloss. Die damalige CDU/CSU-SPD-Koalition unter Kurt-Georg Kiesinger (CDU) und Willy Brandt (SPD) beschloss 1968/69 die ‚Notstandsgesetze‘, die erstmals einen Bundeswehr-Einsatz im Inneren unter spezifischen Bedingungen erlaubten – womit ein allgemeiner Konsens der BRD aufgegeben wurde, wonach aufgrund der Erfahrungen mit dem Faschismus die Bundeswehr nie und nimmer im Inneren eingesetzt werden darf. Die damaligen Kommentatoren sahen Ende der 1960er Jahre in diesen Verfassungsänderungen eine Art regierungsamtliches Resümee der ersten westdeutschen Nachkriegsrezession, zu der es 1966/67 gekommen war. Auch hier gab es also einen Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrise und Militarisierung – just so, wie er bei den aktuellen Vorhaben der Bundesregierung existiert.

Auch der Sparkurs, den die Bundesregierungen in jüngerer Zeit betrieben haben und den Finanzminister Steinbrück (der jetzt plötzlich die Spendierhosen anhat), personifiziert, steht in einem engen Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise und mit Rüstung und Militarisierung. Mit den unzähligen Kürzungsmaßnahmen und Sparhaushalten zu Lasten der Bevölkerung wurden gewaltige Beträge der öffentlichen Hand entzogen – u.a. durch ‚Steu-

erreformen‘ und Steuersenkungen. Damit wurde die Massennachfrage reduziert, wodurch sich Krisentendenzen verschärften und Arbeitsplätze abgebaut wurden.

Gleichzeitig blieben die gewaltigen ‚eingesparten‘ Summen bei den großen Konzernen und Banken oder sie gelangten in spezifische Kapitalsammelstellen. Ein großer Teil dieser Gelder wurde dann in spekulative Geschäfte investiert – was zu den verschiedenen Spekulationsblasen und damit zum Ausgangspunkt der aktuellen Krise führte. Ein anderer Teil wanderte in



den Rüstungssektor, dem er seit vielen Jahren Extraprofite beschert. Die wachsende Arbeitslosigkeit und die verbreitete Armut u.a. durch Hartz IV wiederum leisteten einen Beitrag dafür, dass sich immer mehr Menschen gegen entsprechende Bezahlung für Bundeswehrauslandseinsätze bereit finden.

Ausgaben für Rüstung und für Banken-Rettung – drei Forderungen:

Die unvorstellbaren Summen, die aktuell für die Rettung der Banken ausgegeben werden sollen, lauten wie folgt: In den USA beträgt das Bankenrettungspaket rund 700 Milliarden US-Dollar, in Deutschland sind es rund 500 Milliarden Euro oder 675 Milliarden Dollar. Zusammen werden also allein in die-

sen zwei Ländern bis zu 1.400 Milliarden US-Dollar zur Rettung von Finanzinstituten ausgegeben. Diese unvorstellbaren Summen sollen den angeschlagenen Finanzinstituten weitgehend ohne Gegenleistung gewährt werden.

Die erste daraus resultierende Forderung muss lauten: In dem Maß, wie der Staat und wie die Steuerzahlenden der skrupellosen Finanzbranche unter die Arme greifen, müssen die entsprechenden Institute in direktes öffentliches Eigentum überführt werden. Nur so gibt es die Chance, dass eine Wiederholung des Desasters ausgeschlossen und eine wirksame Kontrolle im Finanzsektor erreicht werden kann.

Nun kann man die genannten Summen mit allerlei vergleichen; sie entspricht zum Beispiel rund acht Prozent des Bruttoinlandsproduktes der beiden Länder. In unserem Zusammenhang drängt sich jedoch ein anderer Vergleich auf: Die Summe der Bankenrettungsprogramme entspricht auch – rein zufällig(?) – den Rüstungsausgaben. 2007 wurden laut des schwedischen Forschungsinstituts Sipri weltweit 1.340 Milliarden US-Dollar für Rüstung ausgegeben. Im aktuellen Krisenjahr soll der Betrag nochmals höher liegen. Konkretisiert nur auf Nordamerika (USA und Kanada) und Europa: In diesen zwei Regionen des Kapitalismus werden aktuell rund 1.500 Milliarden US-Dollar zur ‚Rettung der Banken‘ investiert. In denselben Regionen werden 800 Milliarden US-Dollar oder gut halb so viel für Rüstung ausgegeben. Im ersten Fall handelt es sich um einen einmaligen Betrag. Im zweiten Fall jedoch um einen jährlich wiederkehrenden Betrag.

Unsere zweite Forderung muss lauten: Nicht die Steuerzahler dürfen zur Kasse gebeten werden. Notwendig ist eine Konversion der Rüstungsausgaben; die staatlichen Ausgaben für Krieg und Zerstörung müssen für ein Konjunkturprogramm der westlichen Industrieländer zum nachhaltigen Umbau der Wirtschaft umgemünzt werden. Damit wiederum könnte man den öffentlichen und demokratischen Einfluss in der gesamten Wirtschaft ausbauen.

Schließlich und drittens eine Forderung, die derzeit niemand stellt, die jedoch tagesaktuell ist: Die kapitalistische Wirtschaftsweise muss grundsätzlich in Frage gestellt werden. Ja, sie wird in diesen Wochen objektiv – durch die Ereignisse – in Frage gestellt. Derzeit ist immer wieder die Rede davon, dass ‚das Vertrauen gestört‘ sei. In der Finanzwelt müsse ‚das Vertrauen wieder hergestellt‘ werden. Das ist absurd, eine Argumentation wie im Tollhaus. Tatsächlich wird derzeit Tag für Tag das Vertrauen in eine Wirtschaftsweise zerstört, die nach den Gesetzmäßigkeiten eines Spielcasinos funktioniert und bei der die wenigen Spieler als Einsatz das Wohlergehen von Hunderten Millionen Menschen geben. Nun sollen mit den Banken-Rettungsprogrammen und mit dem Geld der Steuerzahlenden dieses System ein weiteres Mal gerettet und den Spielern gesagt werden: ‚Faites votre jeu – Auf ein weiteres Mal!‘

Wann, wenn nicht jetzt, steht die Forderung auf der Tagesordnung: Ya basta – es reicht! Eine andere Welt ist möglich. Doch dafür ist eine grundsätzlich andere Ökonomie als die kapitalistische nötig!“

Winfried Wolf ist Chefredakteur von Lunapark21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie und Mitglied der DFG-VK

Die kulturelle Hegemonie des Kapitalismus schwindet

Als die Sowjetunion zusammenbrach, ein Staat, der in 70 schwierigen Jahren zumindest sozialistische Grundlagen gelegt hatte, schien für viele der Siegeszug des Kapitalismus unaufhaltsam und eine Welt ohne Feinde und Kriege der Lohn der Wende. Heute, fast 20 Jahre nach dem Umbruch, steht die kapitalistische Welt vor dem Abgrund und keiner weiß, was noch kommt. Hoffnungen, die Illusionen waren, sind zugrunde gegangen. Noch ist es nicht das Ende dieses Ausbeutersystems, das die Menschen und die Natur zerstört. Es kann trotz Absturz und



29. Oktober 1929, Panik an der Wall Street



Arbeitslose Hafendarbeiter Januar 1931, Hamburg



Chaos schon deswegen nicht das Ende sein, da nicht mal mehr Anfänge einer Alternative vorhanden sind. Das System hat mit „Brot und Spielen“ und auch mit Gewalt den subjektiven Faktor verseucht, der für eine revolutionäre Alternative in Frage käme – die Arbeiterklasse. Da bedarf es langer Zeit mühseligen Neuaufbaus und von Kämpfen, deren Niederlagen neues Bewußtsein schaffen könnten.

Die Krise des kapitalistischen Systems und die Folgen, die die

Massen sozial und politisch zu tragen haben, begünstigen erste Denkanänderungen, Voraussetzungen auch für machtpolitische Neuanfänge. Der Begriff Kapitalismus ist nicht mehr mit der Hoffnung auf persönlichen Aufstieg verbunden, der Begriff Sozialismus bei vielen nicht mehr so verpönt, wie er es in der Vergangenheit war. Wenn es auch noch keine reale Kraft ist, manche Menschen machen sich wieder Gedanken über Krisen, Kriege und ihre Ursachen, trotz der Meinungsmanipulation durch die Medien. Manches, was bisher als Gewissheit galt, kommt ins Wanken.

„Die Selbstregulierung der Wirtschaft hat versagt“ ist nun die Erkenntnis von Joseph Stiglitz, dem Wirtschaftspapst der USA. Der Chef der Deutschen Bank, Ackermann, der bisher nassforsch die Krise herunterredete, muß nun gestehen: *„Ich glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte der Märkte“*. Der Chefredakteur der „Nürnberger Nachrichten“, Wolfgang Schmiege vollzieht eine Kehrtwende: *„Das neoliberale Wirtschaftskonzept ist gescheitert“*. Auch Redakteur Jungkuntz hat neue Erkenntnisse: *„Gegen diese Gier lassen sich kaum Regeln finden; sie gehört zu den Antriebskräften des Kapitalismus und wurde vom homo ökonomikus verinnerlicht, Geiz ist geil, war so ein Spruch, der das Ausstechen anderer, die Maximierung des eigenen Profits zum quasi sportlichen Ziel erklärte“*. Die Frankfurter Rundschau wundert sich, *„wie wenig es braucht, um das ganze Kartenhaus zum Einsturz zu bringen“*. Andere wie die jordanische Königin Rania (!) fordern *„eine Humanisierung der Globalisierung“*. Deutschlands Bundespräsident spielt den Überraschten: Die internationalen Finanzmärkte hätten sich zu einem Monster entwickelt, das in die Schranken gewiesen werden muss. *„Wir stehen am Beginn einer neuen Epoche“* erkannte Umwelt-Staatssekretär Michael Müller, der neben der Finanzkrise die Hungerkrise, die Umweltkrise und die Energiekrise aufführte. In

40 Ländern hätte es deswegen schon Aufstände gegeben. Zhu Min, der stellvertretende Direktor der chinesischen Staatsbank sagt voraus, dass in einem Zeitraum von 8–12 Monaten der Finanzkrise wirtschaftlicher und politischer Aufruhr folgen werde. Als Marginalie kann gelten, dass es in einigen chinesischen Dörfern zur Rekollektivierung gekommen ist – diesmal freiwillig.

Das kapitalistische Gesellschaftsmodell galt all die Jahre als unbestritten bei der großen Mehrheit der Bevölkerung. Was politischer Überzeugungsarbeit der wenigen unermüdeten Sozialisten in der BRD nicht gelang und gelingen konnte, haben nun die harten Tatsachen fertig gebracht: das bisherige Weltbild vom Kapitalismus zu erschüttern. Viele machen nun Front gegen den „Raubtierkapitalismus“, weil sie glauben, Reformen und Regulierungen könnten das System wieder verbessern. Manche linke Intellektuelle meinen, der Kapitalismus habe die kulturelle Hegemonie bereits eingebüßt. Das dürfte etwas voreilig sein und wir müssen wohl noch allerhand erleben und tun, um dieses Ziel zu erreichen.

Es gibt einige kleine Zeichen, die belegen, dass auch geistig etwas in Bewegung gekommen ist. Die britische „Times“ z.B. machte eine Umfrage: „Was Karl Marx right?“ 48% antworteten mit „yes“. In Ostdeutschland startete die „Super Illu“ eine Umfrage. 52% der Befragten meinten, die Marktwirtschaft sei „untauglich“ und habe „abgewirtschaftet“. „43% wünschten sich sogar ein sozialistisches Wirtschaftssystem zurück, weil das die kleinen Leute vor Ungerechtigkeiten schützt“ (NN, 13.10.2008). Aus Hollywood wurde berichtet, im dortigen Kulturbetrieb sei „die Kapitalismuskritik allgegenwärtig“. In der ARD war kürzlich eine Maischberger-Diskussions-Sendung angesagt: „Marx hatte recht – gibt uns den Sozialismus zurück“. Der Berliner Dietz-Verlag berichtete, der Umsatz des ersten Bandes von Marx Kapital habe sich verdreifacht.

Die Kirchen hatten schon immer einen Riecher, wenn die Zeiten wechselten, einmal um nicht selber in einen Niedergang zu stark hineingezogen zu werden, zum ande-

ren, um aus einer neuen Lage für sich das Beste zu machen. So nennt der Erzbischof von York die Finanzspekulanten schlicht „Bankräuber“. Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Zollitsch, prangerte an: Unvorstellbare Summen Geld zerplatzten derzeit wie eine Luftblase, weil diejenigen, die entscheiden, nicht für die Folgen ihres Tuns einstehen, nicht dafür haften müssen. Wo die Gier nach dem schnellen Geld größer sei als das Verantwortungsbewusstsein, da gerate die Welt schnell aus den Fugen. Man fragt sich da doch, auf welchem Planeten die Kirchen-Hierarchie bisher gelebt hat. Auch der Erzbischof von München und Freising, Reinhard Marx, erschrickt: „Der Abgrund ist offensichtlich sehr, sehr tief.“ Ein Kapitalismus ohne ethischen und rechtlichen Ordnungsrahmen sei menschenfeindlich.

Nachdem die Krisenentwicklung selbst den Theorien von Karl Marx, den man in den letzten Jahrzehnten wie einen „toten Hund“ behandelte, recht gegeben hat, sind die Epigonen der bestehenden Gesellschaftsordnung bestrebt, rechtzeitig die Konsequenzen aus seinen Theorien abzuwehren. Man kann Marx loben und gleichzeitig versuchen, ihn zu verfälschen, d.h. ihn zu entschärfen. In der neuen Enzyklika des Papstes Benedikt XVI. würdigt dieser Karl Marx, vor allem dessen sozialrevolutionären Ansatz für mehr Gerechtigkeit und verdammt gleichzeitig die „fürchterlichen Irrwege der Kommunisten“. Der Bischof Marx erinnerte im Oktober an den Philosophen Karl Marx „der heute genauso recht hat, wie vor 100 Jahren“. Er meinte, die katholische Soziallehre hat die Erkenntnisse von Karl Marx mit aufgenommen und steht auf dessen Schultern. Er unterstrich auch die Bedeutung des Sozialismus-Theoretikers bei der Analyse der Lage. So kann man Geschichte verbiegen, wobei darauf nur jene hereinfallen, die die hasserfüllte Feindschaft gerade der katholischen Kirche gegen alle sozialistischen Bestrebungen in der Vergangenheit vergessen haben.

Der geistige Kampf muss weitergeführt werden, nur so kann wieder einmal die Umsetzung in politische Kraft erfolgen.

In einem Produktionssystem, wo der ganze Zusammenhang des Reproduktionsprozesses auf dem Kredit beruht, wenn da der Kredit plötzlich aufhört und nur noch bare Zahlung gilt, muss augenscheinlich eine Krise eintreten, ein gewaltsamer Andrang nach Zahlungsmitteln. Auf den ersten Blick stellt sich daher die ganze Krise nur als Kreditkrise und Geldkrise dar. Und in der Tat handelt es sich nur um die Konvertibilität der Wechsel in Geld. Aber diese Wechsel repräsentieren der Mehrzahl nach wirkliche Käufe und Verkäufe, deren das gesellschaftliche Bedürfnis weit überschreitende Ausdehnung schließlich der ganzen Krisis zugrunde liegt. Daneben aber stellt auch eine ungeheure Masse dieser Wechsel bloße Schwindelgeschäfte vor, die jetzt ans Tageslicht kommen und platzen; ferner mit fremden Kapital getriebene, aber verunglückte Spekulationen; endlich Warenkapitale, die entwertet oder gar unverkäuflich sind, oder Rückflüsse, die nie mehr einkommen können. Das ganze künstliche System gewaltsamer Ausdehnung des Reproduktionsprozesses kann natürlich nicht dadurch kuriert werden, dass nun etwa eine Bank, z.B. die Bank von England, in ihrem Papier allen Schwindlern das fehlende Kapital gibt und die sämtlichen entwerteten Waren zu ihren alten Nominalwerten kauft. Übrigens erscheint hier alles verdreht, da in dieser papierernen Welt nirgendwo der reale Preis und seine realen Momente erscheinen, sondern nur Barren, Hartgeld, Noten, Wechsel, Wertpapiere. Namentlich in den Zentren, wo das ganze Geldgeschäft des Landes zusammendrängt, wie London, erscheint diese Verkehrung; der ganze Vorgang wird unbegreiflich; weniger schon in den Zentren der Produktion.



MEW 25 (Das Kapital, Dritter Band) Seite 507

Der Metallabschluss – Kein fauler Kompromiss

Es war eine komplizierte Ausgangslage, unter der die IG Metall in ihrer wichtigsten Branche „Maschinenbau- und Elektrotechnik“ zu ihrem Abschluss kam. Ein zweifellos schlechter Abschluss, der zu nicht wenig Empörung und Frust bei vielen Mitgliedern führte und der von Teilen der politischen Linken sehr oberflächlich analysiert und entsprechend kommentiert wird.

Gefordert worden war eine Entgelterhöhung von 8 Prozent bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung bis zur Forderungsaufstellung eine moderate Forderung, die sich an der unteren Grenze dessen bewegte, was in den einzelnen Tarifkommissionen, Verwaltungsstellen und Betrieben diskutiert und gefordert wurde. Vor allem in den gut organisierten Betrieben bestand eine außergewöhnlich hohe Erwartungshaltung der Werktätigen an die Tarifrunde. In nicht wenigen Fällen wurden dort sogar Forderungen in zweistelliger Prozent-Höhe aufgestellt. Es war Dampf in den Betrieben. Auch in der Metall- und Elektroindustrie war die negative Entgeltentwicklung der zurückliegenden Jahre spürbar. Natürlich nahmen die Beschäftigten auch zur Kenntnis, dass sich die Schere zwischen den Profiten und den Löhnen immer weiter öffnete. In den letzten vier Jahren stiegen die Nettoprofiten um 220 Prozent, die Entgelte dagegen nur um 16 Prozent. Die Wirtschaft „brummt“. Die Manager hatten deshalb auch keinerlei Hemmungen sich mit üppigen Gehaltserhöhungen zu bedienen, während den Beschäftigten, bedingt durch Lohnstagnation und massive Preissteigerungen, das Geld zum Leben hinten und vorne nicht reicht. Und das bei immer schlechteren und stressreicheren Arbeitsbedingungen in den Betrieben. Die IG Metall traf deshalb mit ihrer Agitation die Stimmungslage der Werktätigen genau. In einem zentralen Tarif-Flugblatt der



Frankfurter Zentrale wird die Frage aufgeworfen: „*Bonus für die Manager – Verzicht für uns. Ist das gerecht?*“.

Unterstützung für eine kräftige Entgelterhöhung bekam die Gewerkschaft sowohl von Wirtschaftswissenschaftlern als auch von der Politik. So meinte der Würzburger Ökonom und Mitglied im Sachverständigenrat, Peter Bofinger im Tagesspiegel (24.6.2008), „*Angesichts des starken Aufschwungs seit Anfang 2006 sind die Löhne bislang erbärmlich wenig gestiegen*“. Und er meinte besorgt, dass damit die Wirtschaft eine ohnehin schwindende Zustimmung für das System der sozialen Marktwirtschaft verlieren würde. „*Das wäre ein Pyrrhussieg für die Unternehmen, wenn sie zwar ihre Gewinne steigerten, aber die Menschen immer unzufriedener würden*“, so der Herr Bofinger. Nicht zuletzt aus dieser Befürchtung heraus gab es formale Unterstützung sogar aus dem Regierungslager. So stellte sich die Sozialdemokratie, verantwortlich für die Verschlechterung der Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung, demonstrativ an die Seite der Gewerkschaften. „*Es ist jetzt Zeit für ordentliche Lohnsteigerungen, die Menschen haben sich das verdient*“, vermeldete Bundesarbeitsmi-

nister Olaf Scholz am Rande einer SPD-Vorstandsklausur im Januar in Hannover. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück mahnte ebenfalls deutliche Gehaltszuwächse an. „*Die Arbeitnehmer haben es verdient, dass sie 2008 mit deutlichen Lohnerhöhungen ihren fairen Anteil am Aufschwung erhalten*“, schrieb er in einem Strategiepapier für die selbige Klausur (FTD Januar 08).

Veränderte Rahmenbedingungen

Mit dem offenen Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise änderten sich die Bedingungen für die Tarifrunde vollständig.

Allerdings zeichnete sich die Abschwächung der Konjunktur bereits vor dem offenen Ausbruch der Krise ab. So stellte die Bundesbank in ihrem Monatsbericht im August fest, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal des Jahres, verglichen mit dem ersten Vierteljahr um 0,5 Prozent zurückgegangen und damit das erste Mal seit vier Jahren geschrumpft war. Auch im dritten Quartal sank das BIP um 0,5 Prozent und damit zum zweiten Mal in Fol-

ge. Nach gängiger Definition ist die deutsche Konjunktur damit in der Rezession. Insbesondere die Autobauer merkten das recht früh und kündigten entsprechende Produktionsdrosselungen an.

Durch die Finanzmarktkrise wird dieser Trend jetzt massiv verstärkt, wobei es nicht unwahrscheinlich ist, dass sich die abzeichnende Weltwirtschaftskrise zur Depression entwickelt.

offene Messer gelaufen. Und im Maschinenbau? Dort lief und läuft die Konjunktur noch immer hervorragend. Aber bei dieser Branche handelt es sich überwiegend um mittelständische Betriebe und es ist unwahrscheinlich, dass sich die Metallarbeitgeberverbände durch Streiks im Maschinenbau in die Knie hätten zwingen lassen. Be-

stim -
räte werden mitmachen. Sie werden zur Zustimmung erpresst. Was dann im November geschieht steht in den Sternen. Bis dahin wird sich die konjunkturelle Lage weiter verdüstern und die Forderung der Kapitalisten wird dann sein, diese Erhöhung ganz auszusetzen. Und die IG Metall wird mitmachen. Das zeigt sich ja bereits jetzt bei Opel. Die Forderung der Geschäftsführung nach einer Nullrunde im Anschluss an das Tarifergebnis, wird von dem Frankfurter Bezirksleiter Armin Schill zurückgewiesen. In einer Presseerklärung äußert er aber dann: „Die IG Metall sagt nicht, es gäbe keine Probleme. Wir sagen aber, wir bieten Lösungen“.



Die ersten Opfer der Krise sind in den Betrieben die Leiharbeitskräfte. Von ihnen entledigen sich die Kapitalisten zurzeit in vielen Betrieben. Außerdem sind Produktionsstopps in vielen Betrieben der Automobil- und Zulieferindustrie nach Weihnachten und im neuen Jahr geplant. Die Finanzmarktkrise ist also im wichtigsten Organisationssektor der IG Metall angekommen. Dieser Fakt wurde lange von der Gewerkschaftsführung ignoriert. Mitte Oktober äußerte sich Huber in einem Spiegel-Interview noch: „Ich sehe keine Krise“. Am 6. November klang es dann schon anders. In der Stuttgarter Zeitung konnte man da lesen: „Wer in einem Abschwung der Weltwirtschaft die Binnenkonjunktur durch eine Reallohnsenkung abwürgen [wolle], hat wirklich nicht mehr alle Tassen im Schrank“.

Das Dilemma der IG Metall

Die Gewerkschaftsführung befand sich durch die aufwallende Krise in einem großen Dilemma.

Die Zeit arbeitete eindeutig gegen sie. Einen Erzwingungsstreik konnte sie jetzt nicht mehr riskieren. In der Automobilindustrie wäre er den dortigen Unternehmern zu Pass gekommen; die IG Metall wäre ins

mend in den Verbänden sind die Autoindustrie und die großen Zulieferer.

Das Dilemma der Führung bestand des Weiteren darin, dass die Kampfbereitschaft der Mitglieder unzweifelhaft vorhanden war. Das zeigte sich nicht zuletzt an der Warnstreikbeteiligung. In nur einer Woche beteiligten sich mehr als 600.000 MetallarbeiterInnen an Aktionen.

Trotz der aufkommenden Krise wollten die Werk­tätigen einen Ausgleich für die ständig steigenden Lebenshaltungskosten und waren dafür bereit zu kämpfen.

Das jetzt vorliegende Tarifergebnis, wird der Erwartungshaltung sehr vieler Belegschaften in keiner Weise gerecht. In der „metallzeitung“ vom Dezember stellt Huber fest: „Die IG Metall hat eine Tarifierhöhung von 4,2 Prozent und eine Einmalzahlung von 510 Euro durchgesetzt“. Doch das ist nur ein Teil der Wahrheit.

Die Laufzeit des Tarifvertrags beträgt nicht 12 Monate, wie gefordert, sondern 18. Die ersten 2,1 Prozent sind dann bis zum Februar 2009 fällig, eine weitere Erhöhung um 2,1 Prozent soll es ab Mai geben, mit der Option dass diese durch eine freiwillige Betriebsvereinbarung (das heißt, es geht nur mit der Zustimmung des Betriebsrats) auf den November 2009 verschoben werden kann. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass nicht wenige Unternehmer diese Option ziehen werden. Und die Betriebs-

Ein fauler Kompromiss?

Auch wenn der Abschluss von Huber jetzt schöngeredet wird: „*Ordentliches Ergebnis in historisch schwieriger Lage*“, so wird er damit nicht besser. Es ist ein Fakt: Der Abschluss setzt die Umverteilung von unten nach oben fort. So berichtet der „Spiegel“, dass Südwestmetall ihren Mitgliedsfirmen vorrechne, dass der neue Tarifvertrag im kommenden Jahr zwischen 1,24 und 2,85 Prozent koste.

Inzwischen rumort es in den Betrieben. Bei den Bezirksleitungen gehen Proteste und Resolutionen gegen den Abschluss ein. So schreibt die „Stuttgarter Zeitung“ am 21. November: „*Gestern übergaben Vertrauensleute von Daimler Untertürkheim und Mahle Unterschriftenlisten an den Bezirksleiter mit denen sie gegen den Abschluss protestieren. Nicht nur die kurzfristig gestoppte Eskalationsstrategie wird moniert, sondern auch das Ergebnis selbst.*“ ... „*Der Abschluss ist ein fauler Kompromiss*“. Dieser Einschätzung folgen auch verschiedene linke Presseorgane mehr oder weniger. Von der „jungen Welt“, über die „Rote Fahne“, bis zur „UZ“. Doch ist die Frage genauer zu untersuchen: Handelt es sich bei dem Tarifabschluss tatsächlich um einen faulen Kompromiss? Eine Einschätzung bot dazu das Handelsblatt aus Kapitalistensicht am 13. November: „... *Zwar war absehbar, dass die IG Metall mit einem Arbeitskampf in ihren*

angestammten Domänen der Autoindustrie angesichts ohnehin geplanter Produktionsstopps wenig wirtschaftlichen Druck hätte aufbauen können. Doch die Zeiten sind nicht so, dass man sich deswegen ein Experiment wünschen wollte. ... Insofern geht es in Ordnung, dass die Arbeitgeberseite nicht noch härter verhandelt hat“.

Das ist eine klare Sprache, die besagt, dass man zwar die Chance gesehen hat, der IG Metall eine vergleichbare Niederlage beizubringen, wie 2003 im Osten. Denn hätte man „härter verhandelt“, wäre die IG Metall in den Streik gezwungen worden, in dem sie „wenig wirtschaftlichen Druck hätte aufbauen können“. Doch dieses „Experiment“ wünschte man sich (jetzt noch) nicht.

Aber sicher ist eines: wäre man auf das „Experiment“ eingegangen und hätte die IG Metall in einen Streik gezwungen, dann wäre er von der Kapitaleseite mit aller Konsequenz geführt worden. Das Ziel hätte dann geheißen: Niederlage und noch schlimmeres für die Gewerkschaft. Bei allen gewerkschaftsseitig überlegten Streikstrategien die kalte Aussperrung zu minimieren, darf nicht übersehen werden, dass die Kapitalisten sehr wohl in der Lage sind eine Auseinandersetzung eskalieren zu lassen. Das haben sie 1984 mit den Mitteln der Aussperrung und kalten Aussperrung bewiesen. Fast 300.000 MetallInnen haben sie damals auf die Straße gesetzt. Die Mehrzahl bekam weder Streikunterstützung noch Kurzarbeitergeld. Der Unterschied zu Heute aber ist, dass die IG Metall mit dem Streik 1984 sehr starken wirtschaftlichen Druck auf die Unternehmer ausgeübt hat, was schließlich zu einer Tarifeinigung führte. Das ist heute nicht der Fall. Denn wie schreibt das „Handelsblatt“: „... [die IGM hätte] wenig wirtschaftlichen Druck ... aufbauen können“. Man kann davon ausgehen, dass unter dieser Voraussetzung der Kampfwillen bei einer wochenlangen Auseinandersetzung erlahmt. Auf der anderen Seite entwickelt ein jeder Streik seine eigene Dynamik, die zu einer Radikalisierung hätte führen können. Und diese Seite der Medaille ist wohl der Grund, dass die Kapitaleseite das „Experiment“ nicht wagte. Es lag also mitnichten an der „staatsbürgerlichen Verantwortung“ der Kapitalisten, die unsere Gewerkschaftsfüh-

rungen in so überreichlichem Maße haben, sondern an dem möglichen Risiko eines solchen Streiks. Nochmal das „Handelsblatt“ dazu: „... Dass ein großer Metallstreik in diesen Tagen leicht in ein Debakel geführt und ebendieses System in seinen Grundfesten beschädigt hätte“.

Sie fürchten also im Moment die gesellschaftliche Stimmung, in der die Akzeptanz zur kapitalistischen Marktwirtschaft schwindet. Eventuell hätte diese Stimmung durch einen Streik verstärkt werden können. Aber eben nur eventuell. Wahrscheinlicher wäre die Niederlage gewesen. Diese aber musste unter allen Umständen vermieden werden. Die Niederlage 2003 in Ostdeutschland zeigt, was eine Niederlage bedeuten kann. Dort bekommt die Gewerkschaft heute kaum noch den Fuß auf den Boden. Deshalb handelt es sich bei dem Tarifabschluss auch um keinen „faulen Kompromiss“ sondern um das Machbare, das auch nur deshalb zustande kam, weil eine massive Warnstreikwelle den erforderlichen Druck erzeugte und die Kapitalisten von Abenteuern abhielt.

Dass die Kapitalisten in der Tarifrunde nicht „härter verhandelt“ haben ist also alleine taktischen Überlegungen geschuldet. Bei den Gewerkschaftsführungen scheint man das aber nicht erkannt zu haben. Die „Stuttgarter Zeitung“ berichtet, dass im Bezirk sehr klagevoll diskutiert wird. So erhebt der Bezirksleiter Hofman den Vorwurf, es sei unfair verhandelt worden. Von Wortbruch und Trickserei ist die Rede, von Heimtücke. Ähnliche Töne sind von Huber und anderen zu hören, die sich jetzt beleidigt geben. Offensichtlich verstehen sie die Welt nicht mehr. Sie scheinen vergessen zu haben, dass auch Tariffragen Machtfragen sind und nichts anderes. Nur wer in der Ideologie der Sozialpartnerschaft gefangen ist, kann von dem Verhalten des Kapitals überrascht sein und prangert seine Vertreter mit moralischen Argumenten an. Aber das ist nicht nur das Problem der Führung, sondern das ist auch das Problem der aufgebrachten Mitgliedschaft. Auch sie kann nicht über ihren Schatten springen. Trotz vieler negativer Erfahrungen kann sie sich noch nicht eine Alternative zum kapitalistischen System vorstellen. Sie

ist nur eine Klasse an sich. Um aber den Kapitalismus zu überwinden muss sie zur Klasse für sich werden, sie muss sich ihrer Rolle und Aufgabe bewusst werden.

Wenn deshalb jetzt die politische Linke und die Gewerkschaftslinken in linkssektiererischer Weise auftreten und von faulem Kompromiss und von Verrat sprechen, tun sie sich selbst keinen Gefallen. Mit dieser Haltung tragen sie dazu bei, dass sich der Frust bei kämpferischen KollegInnen erhöht und damit zukünftige Kämpfe erschwert. Wichtiger wäre jetzt in die emotional geführte Diskussion einzugreifen und über Klasseninteressen und Klassengegensätze aufzuklären.

Gesagt werden muss, dass die Kapitalisten sich rücksichtslos an ihren eigenen Interessen orientieren und an sonst nichts. Gesagt werden muss deshalb, dass der Abschluss zwar schlecht ist, aber trotzdem angenommen werden muss um auch in der Weltwirtschaftskrise noch einigermaßen handlungsfähig zu sein. Gesagt werden muss, dass die Kapitalisten die Krise benutzen werden, um die sozialen Standards verstärkt zurückzudrehen. So wie das beispielsweise bereits jetzt in der Branche Textile Dienstleistungen geschieht, wo die Unternehmer die 40-Stundenwoche verlangen und im Osten sogar die 43-Stundenwoche wollen. Natürlich ohne Lohnausgleich. Und gesagt werden muss, dass es zu Abwehrkämpfen kommen wird, auf die man sich jetzt vorbereiten muss und bei denen man mit einem Gegner konfrontiert sein wird, dem buchstäblich alles zuzutrauen ist. Und gesagt werden muss auch, dass sie sich in die Gewerkschaftspolitik stärker einzumischen haben. Denn die eigenen Angelegenheiten darf man nicht stellvertretend in fremde Hände legen.

Das alles müsste jetzt gesagt und auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die IG Metallführung wird es von sich aus nicht tun. Bleibt deshalb abzuwarten und zu hoffen, dass bei den wenigen klassenbewussten KollegInnen Vernunft einkehrt und sie bereit sind die zurückliegende Auseinandersetzung realistisch zu analysieren und entsprechende Rückschlüsse daraus zu ziehen.

Unsere Jahreskonferenz

Am 25. und 26. Oktober dieses Jahres fand die Jahreskonferenz der *Gruppe Arbeiterstimme* statt. Der Tagungsort war, wie schon seit vielen Jahren, wieder das Nachbarschaftshaus in Stadtteil Gostenhof. Trotz manch widriger Umstände, auf die z.T. im Bericht „Zur Lage der Gruppe“ eingegangen wird, fand sich doch erfreulicherweise ein Kreis von 20 Teilnehmern ein. Neben Mitgliedern und Sympathisanten der Gruppe, davon auch je einer aus Großbritannien und erstmals aus der Schweiz, nahmen an der Tagung drei Mitglieder der „Gruppe Arbeiterpolitik“, ein Mitglied der „Gruppe International“ aus Dorfen, sowie, aus terminlichen Gründen nur am Sonntag, ein Mitglied der DKP aus Nürnberg teil.

Die Konferenz verlief, trotz Schwierigkeiten bei der Vorbereitung der Beiträge, in harmonischer Atmosphäre. Die sich anschließenden Diskussionen fanden, wie auch die letzten Jahre schon, in solidarischer und konstruktiver Art und Weise statt.

Im Anschluß an den Bericht zur Lage der Gruppe fand die Entlastung der alten und die Neuwahl der Redaktion statt. Der Tod von August Thalheimer vor 60 Jahren im Exil in Kuba gab uns den Anlaß für eine kurze Würdigung seines politischen Lebens. Es schloß sich ein längeres Referat an „Zur sozialen Lage in der BRD an: Einkommensentwicklung – Altersarmut – Umverteilung – Rolle der Gewerkschaften – IG Metall – Grundeinkommen?“. Nach der Mittagspause wurde, wie jedes Jahr, eine Solidaritätssammlung durchgeführt. Die Teilnehmer stellten einhellig fest, daß Kuba am meisten unseren bescheidenen Beitrag benötigt. Die anschließende Sammlung ergab immerhin die Summe von 585,- €! Damit kann unser befreundeter Genosse aus Österreich, der leider wegen einer Erkrankung nicht an der Konferenz teilnehmen konnte, wieder, wie schon in früheren Jahren, mit dafür sorgen, daß ein Container mit für Kuba wichtigen Gütern dorthin verschifft werden kann.

Vor vier Jahren hatte ein Kreis, der aus Mitgliedern der Gruppe und befreundeten Genossen bestand, Venezuela besucht, um die dortigen Vorgänge persönlich in Augenschein zu nehmen. (Daraus entstand bekanntlich das Buch „Venezuela. Welcome to our Revolution“, das auch über unsere Redaktion bestellt werden kann.) Ein Teil dieses Kreises besuchte heuer im Herbst erneut das Land, um die in Venezuela stattfindenden Entwicklungen besser beurteilen zu können. Darüber erfolgte ein mündlicher Bericht. Ein Referat über die Lage in Kolumbien schloß sich daran an. Da noch etwas Zeit war, konnten die Teilnehmer der Konferenz noch über die Finanzkrise im Kapitalismus diskutieren, über deren Teilaspekte ja schon in den Nummern 157, 159 und 161 der *Arbeiterstimme* berichtet wurde.

Am Sonntag Vormittag hörten die Anwesenden noch etwas zu Ergebnis und Aspekten der Landtagswahl in Bayern. Den Abschluß der Tagung bildete der Bericht unseres befreundeten Genossen zur Situation in Großbritannien, wie es inzwischen schon Tradition geworden ist.

Die Gruppe „Buena Vista – Solidarität mit Cuba“ aus Oberösterreich möchte sich bei Euch für die großzügige Spende, die

ihr anlässlich eurer Jahreskonferenz gesammelt habt, bedanken!

Wir haben am 6. Dezember 208 unseren Großcontainer nach

Cuba auf die Reise schicken können! Das Material liefern wir hauptsächlich in die Provinz Holguin, da dort große Teile von den Tropenstürmen in Mitleidenschaft gezogen wurden, haben wir uns bemüht, diesmal darauf zu reagieren und erfreulicherweise zwei Tonnen Babynahrung und viele Schulsachen mitschicken können. Ferner enthielt der Container hauptsächlich medizinisches Gerät, Krankenhausausrüstung und Computertechnik.

Nochmals vielen Dank für die gezeigte Solidarität!



Wir sind in den Vorjahren ausführlich auf die Lage der Gruppe eingegangen, auf ihre Einbettung in die gesamtgesellschaftliche Entwicklung, das Fehlen von relevanten Bewegungen und auf die weitere Zersetzung noch vorhandener Reste von Klassenbewußtsein auf die politische Übermacht von Kapital, Politik und Medien, auf die Minimierung kom-

wegung entscheidend beeinflussen. Auch vorbildliche Abwehrkämpfe, von Rheinhausen bis hin zu AEG und BSH, haben keine neue politische Lage geschaffen und am miserablen Zustand des Klassenbewußtseins nichts geändert. Eine Stärkung kommunistischer Kräfte konnte von daher auch nicht erfolgen. Soziale Anliegen allein reichen als Hebel nicht aus. Wie sich zeigt, können auch Standesorga-

kommt, engt sich unser Spielraum weiter ein. Das merken wir vor allem an unserem Umfeld und an unseren Abonnenten. Auch da geht ein Kapitel zu Ende. Krankheit, Tod und Inaktivität derjenigen, die in den 70er und 80er Jahren gewonnen wurden, haben inzwischen eine große Lücke gerissen, verstärkt besonders durch die politische Wende. Das dauert bis heute an. Wir haben immer weniger Geldeingänge, immer weniger Abonnenten. Nur gut, daß ein Stamm in der Leserschaft weiter bereit ist, aus der Abozahlung eine Spendenzahlung zu machen. Das macht das andauernde Interesse erfreulicherweise sichtbar. Auch haben wir durch unsere fortdauernden Werbaktionen neue Bezieher werben können, eine Anzahl davon auch aus den neuen Bundesländern. Die aktive Resonanz bleibt weiterhin sehr bescheiden, wenn man einmal vom engeren Umkreis absieht.

Positiv bleibt die Verbindung und Zusammenarbeit mit Genossen der GI Dorfen. Mit der Gruppe Arbeiterpolitik haben wir Artikel ausgetauscht und sind in Verbindung geblieben, wie auch mit Leipziger Genossen des Marxistischen Forums. Für eine engere Kooperation, auch mit anderen sozialistischen Gruppen, fehlten uns einfach die Kapazitäten. Zumindest konnten in München einige politische Veranstaltungen und Initiativen fortgeführt oder gar mitgetragen werden. Das ist in Nürnberg nicht möglich. In Bezug auf die Herausgabe der Zeitung haben sich die Zusammenarbeit und der Diskussionszusammenhang mit unserem Kreis in München gefestigt. Die Treffen in München zum Redaktionsschluß haben sich bewährt. Alle, die die Kleinarbeit auf sich nehmen, tragen ihren unverzichtbaren Teil zum Erscheinen unseres Organs *Arbeiterstimme* bei, was in der gegenwärtigen Situation unsere Hauptaufgabe bleibt. A und O dafür sind unsere inhaltlichen Beiträge. Erfreulicherweise ist die Anzahl der Autoren in den zwei Berichtsjahren auf nun 24 gestiegen; freilich nicht so sehr von der Mitgliederseite her. (Wir haben also wieder unsere selbst gestellte Aufgabe erfüllen können, pro Quartal eine Ausgabe der *ARSTI* zu erstellen und zu vertreiben. Wie es aussieht, sind wir dazu auch in der nächsten Zeit

Zur Lage der Gruppe

munistischer Gruppen und die Entstehung einer linkssozialdemokratischen Partei.

Es hat ja in den letzten Jahren durchaus politische Bewegungen gegeben, die Montags-Demonstrationen, die Bewegung der Globalisierungskritiker, die Bewegung gegen den Irakkrieg usw., auch die Zunahme sozialer Abwehrkämpfe vor allem gegen Betriebsschließungen und -verlagerungen. (Auch die Tarifauseinandersetzungen waren im allgemeinen defensiver Art.) Ein Durchbruch zu neuem Klassenbewußtsein war mit diesen Einpunktbewegungen nicht zu erreichen; damit konnte auch keine Stärkung und Erneuerung sozialistischer Gruppen stattfinden. Das lag einerseits daran, daß diese Bewegungen größtenteils gescheitert sind und andererseits daran, daß eine Infragestellung des Gesellschaftssystems jeweils außer Betracht stand. Soweit der soziale Widerstand allgemeinpolitischen Charakter annahm, trug dies zum Aufstieg der Linkspartei bei. Bei aller grundsätzlichen Kritik an dieser Partei und ihren politischen Schranken, die sie sich selbst setzt, ist dieser Einbruch in die neoliberale Phalanx m.E. ein politischer Fortschritt in Deutschland. Eine Stärkung der sozialistischen Ziele und kommunistischer Gruppen ist damit freilich nicht verbunden. Das gilt auch für die härter gewordenen gewerkschaftlichen und betrieblichen Auseinandersetzungen, von denen sich manche revolutionäre Linke das Entstehen neuer Keime von Klassenbewußtsein erhofften. Selbst das stellenweise Aufkommen von Militanz konnte bisher jedoch das Überspringen eines politischen Funkens nicht bewirken, ja nicht einmal den Niedergang der Gewerkschaftsbe-

nisationen diese mit Härte verfolgen. Da muß manches zusammenkommen: vor allem Erschütterungen von allgemeingesellschaftlichem Charakter, die auf eine Arbeiterklasse treffen, die mehr politische Kenntnisse und Klassenbewußtsein hat, als es heute der Fall ist.

Seit einigen Wochen ist die Welt nicht mehr so, wie sie war.

Aus der weltweiten Finanzkrise ist nun eine Krise des Kapitalismus geworden. Wir können heute das Ausmaß und die politischen und wirtschaftlichen Folgen noch nicht überblicken. Doch – ein neues Kapitel ist aufgeschlagen! Die Systemfrage wird erstmals wieder öffentlich diskutiert. Die kapitalistische Gesellschafts(un)ordnung wird hinterfragt. Wir wissen heute noch nicht, wie weit die sozialistische Linke dies politisch nutzen kann. Bei ihrer gegenwärtigen Schwäche und unter den herrschenden Machtverhältnissen gibt es keinen Grund zum Überschwang. Doch der propagandistische Angriff auf die ideologische Dominanz des Neoliberalismus und auf die kapitalistische Ausbeutungsordnung hat nun eine neue Chance. Auch wir als Gruppe sollten uns darauf konzentrieren.

Wie für alle sozialistischen Gruppen ist auch für uns als Gruppe die Lage in den letzten beiden Berichtsjahren noch schwieriger geworden. Der Zusammenhalt und die Aktivität unseres kleinen Kreises sind unverändert vorhanden. Aber manche von uns kommen in ein Alter, in dem die Kräfte nachlassen. Da von der Jugend her kaum was nach-

in der Lage, wenn auch unter großen Anstrengungen.)

Wir kommen zur finanziellen Lage der Gruppe, die es uns bisher immer gestattet hat, die Ausgaben der Gruppe und die Kosten der Zeitung aufzubringen. Das verdanken wir einerseits der Opferbereitschaft der Mitglieder und Sympathisanten, wofür wir uns an dieser Stelle bedanken. Andererseits widerspiegelt dies auch die Zustimmung der Leserschaft, die uns mit ihren Abonnements und mit Spenden unterstützt. Die meisten Zahlungseingänge liegen über dem üblichen Satz für ein Abo. Wir haben keine Schulden; auch haben wir noch gewisse Reserven. Aber wir haben in diesem Berichtsjahr erneut ein Minus gemacht, während das Vorjahr ausgeglichen verlief.

Die Kassenbarabrechnung liegt vor und wurde überprüft. Auch auf dem Postscheckkonto halten sich Einnahmen und Ausgaben gerade die Waage.

Die Verschlechterung der finanziellen Lage setzte sich in den letzten Jahren fort und gipfelte in einem gravierendem Einbruch am Ende des vergangenen Jahres, als ein Großspender ausfiel, der immer am Jahresende 6.000 DM bzw. 3.800 € überwiesen hatte. Wahrscheinlich aus Alters- oder Krankheitsgründen ist die Verbindung mit ihm abgerissen. Dr. X, ein außergewöhnlich engagierter politischer Mensch, hat viele Jahre der Gruppe Arbeiterstimme mit großer Solidarität beigestanden. Dafür wollen wir unseren Dank ausdrücken. Wir müssen nun ohne ihn auskommen.

Der Rückgang der Einnahmen hat natürlich auch noch andere Gründe allgemeiner Art. Die revolutionäre Linke in Deutschland stagniert nicht nur, sie unterliegt einem Schrumpfungsprozeß, solange es an der Basis keine Neuansätze zur Herausbildung eines Klassenbewußtseins gibt. Das gilt nicht nur für unsere Gruppe: die UZ kämpft ums Überleben, wie auch andere linke und sozialistische Zeitungen. Die Niedergangsentwicklung in den Gewerkschaften hat zur Folge, daß auch dort politisch Interessierte immer dünner gesät sind. Der Erfolg der neuen Linkspartei, die ja keine sozialistische Partei ist, aber Sozialisten einbindet, bringt es mit sich, daß sich deren Engagement vor allem auf die eigene Partei konzen-

triert; auch finanziell. Von unseren älteren Lesern fallen laufend welche durch Tod oder Krankheiten aus, andere aus politischem Frust. Von den Altgenossen in unserer Gruppe waren viele sehr großzügig mit ihren Spenden – sie gibt es nicht mehr! Nur gut, daß unter unseren Abonnenten immer noch sehr treue Anhänger und Spender sind! Es ist auch wichtig, daß immer wieder neue Leser, besonders im Osten der Republik, zu uns gefunden haben. Die diesbezüglichen Bemühungen dürfen wir m.E. nicht aufgeben, auch wenn mancher Werberversand dabei ins leere geht und uns Porto kostet.

Ungeachtet der zurückgehenden Einnahmen konnte die Gruppe dem Verlag *Gegen den Strom* die erstmalige vollständige Herausgabe von August Thalheimers im Exil in Kuba entstandenem Text *Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst* als Broschüre finanzieren.

Grundsätzlich jedoch müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß wir die Kosten für die Herausgabe der Zeitung und sonstige Ausgaben wie Miete usw. nicht mehr vollständig aus eigener Kraft abdecken können. Ein Zugriff auf die Reserven ist nun unumgänglich.

Die regelmäßigen Treffen der Gruppe waren immer nützlich und wir sollten sie m.E. weiter durchführen. Das betrifft vor allem das Wochenend-Seminar im Mai, das wir, nach der Ära in Landshut und Dorfen, nunmehr in München abhalten. Wir hatten die letzten Male erfreulicherweise auch Zuspruch von Teilnehmern, die ansonsten weniger aktiv sind – so bleiben sie mit der Gruppe verbunden. In Nürnberg besteht weiterhin das Monatstreffen, die Diskussion mit Münchner Genossen. Eingespielt hat sich nun auch das Treffen in München jeweils zum Redaktionsschluß. Vom 14. bis 16. November beteiligen wir uns wieder, wie schon die letzten Jahre, mit einem kleinen Stand an der Linken Literaturmesse in Nürnberg.

Soweit zu den Punkten, die wir nun diskutieren müssen.

Genossinnen und Genossen, wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß wir schwierigen Zeiten entgegengehen. Nun erleben wir im Kapitalismus eine andere Art von Wende. Weder ist die Finanzkrise ausge-

standen, noch sind sich die Menschen bewußt, welch ungeheure Folgen in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht auf die ganze Welt zukommen. Und am Horizont zeichnet sich eine noch größere Krise ab, wenn die gigantische Überschuldungsblase in den USA platzt.

Die Kosten der Finanzkrise werden auch in Deutschland vor allem der Arbeiterklasse aufgezwungen werden. Das wird Widerstand hervorrufen, der mit einem weiteren Abbau der bürgerlich-demokratischen Rechte durch die herrschende Klasse beantwortet werden wird. Darauf haben wir uns einzustellen.

Ich möchte mit Bert Brecht schließen: *Gute Maulwürfe, unbekanntes Soldaten der Revolution, sind unentbehrlich.*

Anzeige

SOLIDARITÄT

mit den
Betroffenen
der 129 a/b
Verfahren!

getroffen
werden einige
gemeint
sind wir alle!

spendet auf das
Solikonto
der Roten Hilfe!

Rote Hilfe e.V.
Postfach 3255
37022 Göttingen

Spendenkonto: 191 100 462
BLZ: 440 100 06
Postbank Dortmund
Stichwort:
Weg mit § 129 a/b
www.rote-hilfe.de

Die soziale Kluft wird größer



Im Juni dieses Jahres wurde der dritte Armutsbericht der Bundesregierung, im folgenden Monat dann auch der Öffentlichkeit bekannt. Die Tagesschau berichtete unter der Überschrift: „Die soziale Kluft in Deutschland wird tiefer“. Danach sind inzwischen 20 Millionen Menschen in Deutschland von Armut betroffen. Das heißt, jeder vierte Deutsche muss durch staatliche Leistungen vor dem völligen Absturz bewahrt werden. Besonders von Armut betroffen sind Alleinerziehende und Kinder. Inzwischen gelten 2,5 Millionen Kinder als arm. Das sind doppelt so viele wie im Jahr 2004.

Nach der international gängigen Definition ist arm, wer weniger als 60 Prozent eines mittleren Einkommens bezieht. Für Alleinstehende hat die Bundesregierung die Armutsgrenze auf derzeit 781 Euro festgelegt, bei einer vierköpfigen Familie auf 1640 Euro. Es fällt auf: Mit dieser 60-Prozent-Grenze geht man im Bundesarbeitsministerium offensichtlich recht locker um, dennoch im Jahr 2005 lag die Armutsgrenze im selben Bericht für Alleinstehende bei 938 Euro. Mit der realen ökonomischen Entwicklung hat das somit nichts zu tun, son-

dern wohl eher damit, dass man die ausgewiesene Armut in der BRD nicht noch höher ausfallen lassen wollte.

Denn glücklich waren die Regierungsakteure über ihren Bericht natürlich nicht. Obwohl manipuliert, zeigt er dennoch überdeutlich die Auswirkungen neoliberaler Politik der vergangenen Jahre. Dabei hatten diese Politiker immer das Gegenteil des jetzt vorliegenden Resultats verkündet. Nämlich, dass diese „Reformen“ Arbeitsplätze schaffen, die Sozialsysteme sichern und zu Wohlstand führen würden.

Aber die neue Armut trifft nicht nur die, mit dem von der SPD erfundenen Begriff „Prekariat“ bezeichnete Gesellschaftsgruppe, sondern bedroht inzwischen auch die Teile der abhängig Beschäftigten, die in der Vergangenheit über ein gesichertes Auskommen verfügten. Nach der bürgerlich, ideologisch definierten Bevölkerungsdifferenzierung ist das der „Mittelstand“. Ob Facharbeiter oder qualifizierter Angestellter, bei eintretender Arbeitslosigkeit beginnt auch für sie die Abwärtsspirale in Richtung Armut. Um den sozialen Abstieg zu dämpfen und die geringen Ersparnisse, die von Hartz IV ge-

fressen würden, zu retten, sind diese Menschen deshalb zu Vielem bereit. Unter anderem auch dazu, ein prekäres Arbeitsverhältnis anzunehmen.

Über sieben Millionen Menschen erhalten deshalb inzwischen nur noch Niedrig- und Hungerlöhne. Rund drei Millionen verdienen so wenig, dass sie Anspruch auf zusätzliches Arbeitslosengeld haben. 1,3 Millionen, davon eine halbe Million in Vollzeitarbeit, machen davon Gebrauch.

Aber auch diejenigen, die ein tariflich abgesichertes Arbeitsverhältnis haben, müssen sich strecken. Über viele Jahre sind die Einkommen nominal und noch stärker natürlich real gesunken. Das gilt auch für das zurückliegende Jahr. Trotz Konjunktur setzt sich das Trauerspiel der letzten Jahre fort. Zum ersten Mal sinken die realen Löhne in einer Hochkonjunkturphase! Und auch hier trifft es das untere Viertel der Einkommenspyramide am Brutalsten. Nach Berechnungen der Wirtschaftsabteilung von ver.di sanken hier die realen Stundenlöhne in den zurückliegenden sechs Jahren um 13 Prozent!

Dabei hatte Merkel im Bundestag noch im Dezember stolz verkün-

det: „Der Aufschwung kommt bei den Menschen an“. Dem kann man schon zustimmen. Allerdings nicht so, wie das sie das gemeint hat. Die Feststellung gilt nur für die dünne Schicht der Bourgeoisie – für die Reichen und Superreichen. Der Rest des Volkes hat davon bis jetzt nichts gemerkt.

Im Jahr 2007 ist das Volkseinkommen um runde 74 Milliarden Euro oder 4,2 Prozent gestiegen. Es hätte also einiges verteilt werden können. Und Verteilung fand statt. Nämlich so wie schon in den vergangenen Jahren auch. 43 Milliarden nahmen sich die Kapitalisten und 30 Milliarden bekam auf die breite Masse des Volkes. Die Folge davon ist, dass die Lohnquote weiter abstürzte. Im Jahr 2007 forderten die Gewerkschaften einen „kräftigen Schluck aus der Pulle“. Und verglichen mit den Vorjahren waren die Abschlüsse auch höher als in den zurückliegenden Jahren. Im Durchschnitt lagen die Einkommenserhöhungen bei knapp drei Prozent. Aber von einer Trendwende in der Einkommensentwicklung, die manche Gewerkschaften schon verkündeten, kann beim besten Willen nicht gesprochen werden.

Inzwischen frisst die Preisentwicklung die Löhne auf. Besonders teuer sind die täglichen Ausgaben geworden. Die Fahrt zur Arbeit, Heizung und Lebensmittel werden teurer und teurer. Die Schuld daran tragen nicht irgendwelche anonymen Ölscheichs oder gar die Chinesen, die jetzt plötzlich soviel Milch trinken, sondern Finanzspekulant, internationale Ölkonzerne und große Energieunternehmen. Zurzeit sieht es nicht so aus, als würde sich diese Entwicklung umkehren. Und selbst wenn sich die Preisentwicklung verlangsamen würde, würde die Durchsetzung höherer Löhne schwerer. Der Grund ist in dem sich abzeichnenden Konjunkturabschwung zu suchen, der sich durch die jüngsten Ereignisse zur Depression entwickeln kann. In solchen Phasen sind die Gewerkschaften objektiv nicht in der Lage, hohe Abschlüsse durchzusetzen. Schon jetzt predigt Gesamtmetall (und zwar vor der Finanzkrise), im Hinblick auf die Tarifrunde im Herbst in der Metall und Elektro-Industrie, Lohnzurückhaltung. Das ist ein kleiner Vorgeschmack auf die zukünftige Entwicklung, die weiter gegen

die Lohnquote laufen wird und zur Senkung des Lebensstandards großer Teile der abhängig Beschäftigten führt. Die Armutsbedrohung wird also nicht verschwinden, sondern sie wird sich verallgemeinern.

Armut im Alter droht

Aber das dicke Ende kommt erst noch. „In 25 Jahren wird jeder zweite Rentner eine Rente in Höhe von Hartz IV bekommen“, prognostiziert der selbsternannte „Rentenexperte“ Meinhard Miegel vom Bonner Institut für Wirtschaft und Gesellschaft. Die Absicht Miegels ist klar: Er will mit der Horrorvision den Versicherungskonzernen Anleger für eine private Altersversorgung zutreiben. Eine Änderung der neoliberalen Bonner Politik will er natürlich nicht. Deshalb ist die Armutsbedrohung der abhängig Beschäftigten durchaus real. Die Verlängerung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bedeutet nichts anderes als eine weitere Rentenkürzung. Die meisten Arbeiter und Angestellten halten den Arbeitsstress bereits heute gesundheitlich schon nicht bis zum 65ten Lebensjahr durch. Auch gibt es kaum noch Arbeitsplätze für Ältere. Die Unternehmer wollen „olympiareife“ Belegschaften und drücken ältere Beschäftigte – oftmals mit Mobbing-Methoden – systematisch aus den Betrieben. Das führt dazu, dass zwei Drittel vor 65 in die Rente gehen. Und das heißt: Sie gehen mit Rentenabschlägen. Wer deshalb in Zukunft mit 63 Jahren geht, hat eine Rentenkürzung für den Rest seines Lebens in Höhe von 14,4 Prozent hinzunehmen. Aber das ist noch nicht alles. Die Bundesregierung plant darüber hinaus, dass es in den nächsten Jahrzehnten keine oder nur minimale Rentenerhöhungen geben soll. Bei optimistisch angenommenen zwei Prozent Inflation bedeutet das für die nächsten zehn Jahre, eine weitere reale Rentenkürzung von 20 Prozent.

Auffangen kann man die Rentenkürzung nur durch eine private Altersversorgung. Eine solche können sich aber heute schon Millionen von Lohn- und Gehaltsempfänger nicht leisten. Sie bekommen zu wenig Lohn. Ihre Hungerlöhne reichen nicht aus, einen Teil davon auch noch an die Versicherungskonzerne abzugeben.

Gelingt es deshalb in den nächsten Jahren den oppositionellen Kräften in der Gesellschaft nicht, der Politik eine andere Richtung zu geben, dann wird die Miegelsche Horrorvision wahr. Dann gibt es in Deutschland eine verbreitete Altersarmut.

Das Märchen von der demographischen Notwendigkeit

Die Neoliberalen sagen: Die Einschnitte bei den Renten sind erforderlich, weil die Menschen immer länger leben und immer weniger Kinder geboren werden; also wegen der demographischen Entwicklung. Dabei spielen sie sehr bewusst mit der Naivität der Bevölkerung, die sich dann auch für die neoliberale Argumentation offen zeigt, solange der Einzelne nicht selbst direkt betroffen ist. Das Argument ist: „Heute kommen vier Erwerbstätige auf einen über 65-Jährigen. In 30 Jahren sind es nur noch zwei Erwerbstätige. Damit ist der Generationenvertrag endgültig gesprengt. Wir müssen wegen dieses Sachzwanges das Rentensystem, ja sogar den ganzen Sozialstaat umbauen!“

So reden sie, die Neoliberalen in Regierung und Parteien. Bereits im Jahr 2006 knüpfte der damalige Bundesarbeitsminister Müntefering an diese „Argumentation des gesunden Menschenverstandes“ an. Er meinte damals: „Da muss man kein Mathematiker sein, da reicht Volksschule Sauerland, um zu wissen: Wir müssen irgendetwas machen“. Dieses Geschwätz eines Arbeitsministers lässt tiefe Einblicke in das Volksschulwesen des Sauerlandes zu, das Müntefering wohl im Überfluss genossen haben muss.

Die günstigste Annahme die man in dem Zusammenhang machen kann ist: Müntefering ist einfach zu blöd, die Probleme, die sich aus der Rentenentwicklung ergeben, zu durchschauen. Die weniger günstige, jedoch wahrscheinlichere ist, dass er die Zusammenhänge sehr wohl durchschaut, aber mit dieser infamen Argumentation die Bevölkerung zu manipulieren versucht.

In der Folge wurde die Regierung aus ihrer „sozialen Verantwortung“ heraus auch aktiv. Sie hat nämlich, wie es Merkel ausdrückte, eine wirkliche Reform gemacht, die nach

Merkel eine „ehrliche Politik“ charakterisiere, „weil nämlich heute schon gesagt wird, wie es im Jahr 2012 bis zum Jahr 2029 gehen wird.“

Mit dieser „ehrlichen Politik“ stürzt die neoliberale Koalition die heutigen Rentner – und noch mehr die zukünftigen – in die Altersarmut.

Untersuchen wir einmal die Notwendigkeit einer solchen „ehrlichen Politik“ genauer: Schauen wir in die jüngere Geschichte zurück, dann werden wir feststellen, dass die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung nichts Neues ist. Am Anfang des letzten Jahrhunderts kamen auf einen Rentner noch zwölf Beschäftigte. Das änderte sich in den Folgejahren drastisch. 1950 hatte sich dieses Verhältnis fast halbiert. Auf einen Rentner kamen nur noch sieben Erwerbstätige. Wenn das keine Verschiebungen in der Demographie sind! Und trotz dieser demographischen Belastungen war in der Nachkriegszeit der Ausbau des Sozialstaates mit seinen sozialen Sicherungssystemen, inklusive der Rentenversicherung, in vorher nicht gekannter Qualität möglich! Das hat Müntefering in seiner „Volksschule Sauerland“ offensichtlich nicht gelernt.

Der „gesunde Menschenverstand“ sagt, und daran knüpfte Müntefering ja an: „so etwas geht nicht“. Aber die 50er- und 60er-Jahre haben gezeigt, dass so etwas sehr wohl geht. Und der Grund dafür liegt in der steigenden Produktivität der menschlichen Arbeit. Von jedem Werktätigen wurden und werden von Jahr zu Jahr mehr Produkte und Werte geschaffen. Allein in den 60er-Jahren war eine Steigerung von 50 Prozent zu verzeichnen (Michael Schlecht, FR, 27. Jan. 2007). Dadurch fiel die veränderte gesellschaftliche Altersstruktur nicht mehr ins Gewicht. Die steigende Produktivität hat also den demographischen Wandel mehr als ausgeglichen, wobei noch anzumerken ist, dass in jener Zeit auch massiv die wöchentliche Arbeitszeiten verkürzt wurden.

Auch in Zukunft wird die Produktivität steigen und somit der demographische Wandel auffangbar sein. Michael Schlecht von der Wirtschaftsabteilung der Gewerkschaft ver.di machte in der FR 2007 folgend

Rechnung auf: „2006 wurde im Durchschnitt je Einwohner fast 28.000 Euro Reichtum produziert. Selbst bei einem jährlichen Produktivitätsfortschritt von nur einem Prozent und anhaltend hoher Arbeitslosigkeit würde das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung bis 2030 auf 31.500 Euro steigen. Ein Plus von 13 Prozent. Der oberste Rentenkürzer der Republik – Professor Rürup – geht von einer Produktivitätssteigerung von 1,8 Prozent je Jahr in der Zukunft aus. Das würde bedeuten, würde der erarbeitete Reichtum, auf alle, vom Baby bis zum ältesten Rentner, gleichmäßig verteilt, dass im Jahr 2030 für jeden 38.000 Euro entfallen würde. Etwa 35 Prozent mehr als 2006. Trotz Demographie! Wo



ist da eigentlich das Problem?“

Ja, wo ist da eigentlich das Problem? Es liegt nicht im demographischen Wandel und auch nicht in der Ökonomie. Das Problem liegt allein an der einseitigen Verteilung des erarbeiteten Reichtums zu Gunsten der Kapitalisten. Eine höhere Produktivität heißt für das Kapital ganz klar die Steigerung der Profite. Setzt die Arbeiterklasse mit ihren Gewerkschaften nur ungenügende Lohnabschlüsse durch, dann fließen diese Profite unverhältnismäßig stark den Kapitalisten zu. Es findet eine Umverteilung von unten nach oben statt, die noch zusätzlichen Schub erhält durch die neoliberale Politik des Sozialabbaus und durch Steuergeschenke an die Kapitalisten. Das genau ist in den letzten zehn Jahren im Über-

maß geschehen. Bei einer wirklich aktiven Lohnpolitik sähe das Bild anders aus. Dazu nochmals Michael Schlecht: „Gelingt es, Lohnsteigerungen mindestens in Höhe des verteilungsneutralen Rahmens durchzusetzen (verteilungsneutral ist eine Lohnsteigerung in Höhe des Produktivitätszuwachses plus der Inflationsrate), könnten die Beitragssätze über die bis 2030 geplante Marke von 22 Prozent steigen. Mit höheren Löhnen und höheren Beiträgen könnten Beschäftigte und Rentner an der wachsenden Leistungsfähigkeit der Arbeit teilhaben. Genau wie in den 50er-, 60er- und auch noch 70er-Jahren. Von 1957 bis heute stiegen die Beiträge von 14 auf knapp 20 Prozent an. Der Verzicht auf die Rente mit 67 würde bis 2030 gerade einmal zu einem um 0,5 Prozentpunkte höheren Beitrag führen.“

Die Reichen werden reicher

Entscheidend für eine Veränderung der derzeitigen Zustände ist die Frage, welche Kraft die Werktätigen in der Lage sind aufzubringen, um eine Umverteilung von oben nach unten zu erzwingen. Diese Kraft war in den zurückliegenden Jahren nicht vorhanden. Die Folge davon ist nicht nur in der manifestierten Armut sichtbar, sondern auch an der Kehrseite der Armuts-Medaille, dem Reichtum in den Händen von Wenigen. So spricht der Armutsbericht der Bundesregierung von inzwischen 800.000 Einkommensmillionären (andere Einschätzungen gehen von einer Million Millionären aus), wobei die Vermögensmillionäre nicht ausgewiesen werden. Es gibt also immer mehr Reiche, die immer reicher werden. Dabei handelt es sich nicht alleine um die Manager, die im Brennpunkt einer öffentlichen Ablenkungsdiskussion stehen. Nach Berechnungen des ver.di-Vorstandes wurden allein in diesem Jahr von deutschen Aktiengesellschaften 27,2 Milliarden Euro an Dividenden an die Aktionäre ausgeschüttet. So viel, wie noch nie! Eine Diskussion darüber findet öffentlich natürlich nicht statt, denn diese würde für die Bourgeoisie die Gefahr beinhalten, dass über die Vermögensverteilung in Deutschland grundsätzlich diskutiert werden könnte.

Aus diesem Grunde werden stellvertretend die Manager vorge-schoben, eine Schicht innerhalb der Kapitalistenklasse, die sich genauso hemmungslos an der Klasse der abhängig Beschäftigten bedient, wie die Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit. Nur, bei dieser Spezies ist die Profitgier sichtbar. 5,1 Millionen Euro kassierte im Jahr 2007 im Durchschnitt jeder Vorstandsvorsitzende eines DAX-Konzerns. Alle 30 DAX-Bosse bekommen soviel, wie 4.500 ihrer Arbeiter und Angestellten. An der Spitze liegt bekanntlich Josef Ackermann von der Deutschen Bank mit 14,3 Millionen Euro.

Ein Ende der Fettleibe ist nicht abzusehen, denn die Mangergehälter sind im vergangenen Jahr drastisch gestiegen und werden das wohl in der Tendenz auch in den nächsten Jahren tun. Zwölf Prozent waren es im Durchschnitt im vergangenen Jahr. Bei Infineon, Daimler, BMW, Merck und TUI waren es sogar fast 50 Prozent. In der Tat sind das schamlose Größenordnungen, vor allem, wenn man gleichzeitig die soziale Lage der Bevölkerungsmehrheit betrachtet.

Hier müsse die Politik steuernd eingreifen, fordern die Gewerkschaften. Die Politik reagierte darauf und griff mit vielen Appellen an Anstand und Moral in das Geschehen ein. Angefangen beim Bundespräsidenten, der Merkel und den Spitzen (fast) aller Parteien. Und sie überboten sich mit Vorschlägen, wie dem Problem beizukommen sei, die bei den betroffenen Managern allerdings nicht einmal ein müdes Lächeln hervorge-rufen haben dürften. So zum Beispiel der Vorschlag, die Gehälter gesetzlich ab einer bestimmten Höhe zu deckeln. Ein Vorschlag, der im Widerspruch zur kapitalistischen Verfasstheit der Bundesrepublik steht und deshalb nicht ernst gewesen ist und gewesen sein kann. Geradezu lustig wirken deshalb im Moment die Schelten der Bankmanager und anderer Gierschlunde des Kapitals durch die Offiziellen der Politik.

Offensichtlich spüren sie aber die möglichen Gefahren für die Stabilität des kapitalistischen Systems durch die zunehmende Kluft zwischen unten und oben. Es müssen Nebelkerzen gesetzt werden. Nicht die kapitalistische Struktur der Gesellschaft soll als Verursacher der

unsozialen Entwicklung im Brennpunkt stehen, sondern die wenigen raffgierigen Manager. Diese tragen ihre Rolle als Sündenbock mit Gelassenheit, was ihnen bei der herausragenden Bezahlung nicht schwer fallen dürfte. Das Ganze ist also nichts weiter als ein groß angelegtes Ablenkungsmanöver.

Wollte man tatsächlich etwas tun, könnte man die Spitzensteuersätze ab einem bestimmten Jahreseinkommen beispielsweise drastisch erhöhen. Eine Anhebung auf 80 Prozent hat beispielsweise „Die Linke“ gefordert. Aber das ginge wohl zu weit – schließlich soll es ja so bleiben wie es ist. Deshalb ist davon selbstverständlich nicht die Rede.

Die Rolle der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften haben in den zurückliegenden Jahren immer wieder versucht, den Sozialabbau und die Umverteilung von unten nach oben zu bekämpfen. Erfolgreich waren sie dabei leider nicht. Auch auf ihrem Hauptbetätigungsfeld, der Tarifpolitik, sind die Erfolge dürftig. Nichts zeigt das deutlicher als die Einkommensentwicklung der letzten zehn Jahre. Diese ist, wie schon dargestellt, geprägt von Lohnstagnation und Reallohnabbau. Hinzu kommen interne Probleme, wie Mitgliederrückgang, schwindender Einfluss, selbst in großen Betrieben und die schwindende Bindekraft der Tarifverträge. Darauf wurde in den Jahreskonferenzen der zurückliegenden Jahre mehrmals eingegangen.

Die Gewerkschaften befinden sich seit Jahren in einem Erosionsprozess, der ihre Schwäche begründet und der sich beschleunigt. Aufzuhalten wäre er nur, wenn ohne politische Rücksichtnahme auf die Sozialdemokratie und bei Aufgabe ihres staats-tragenden Selbstverständnisses die Interessen der Arbeiterklasse offensiv vertreten würden. Doch darauf werden wir wohl vergeblich warten. Hatte es noch während der Schröder-Regierung und in der Anfangszeit der großen Koalition zwischen den Gewerkschaften und der SPD „atmosphärische Störungen“ gegeben, die bei den Gewerkschaften zu der Tendenz geführt hat, sich von der Sozialdemokratie zu emanzipieren, so befinden

sich DGB und Einzelgewerkschaften inzwischen wieder auf Schmusekurs. Das gilt besonders für die IG Metall. Das Führungsduo Huber/Wetzel betreibt eine solche Politik ganz offensichtlich. Doch dazu noch später. Erleichtert wird eine Wiederannäherung an die SPD natürlich durch deren Politik. Nachdem man sich dort, um der „Linken“ den Wind aus den Segeln zu nehmen, wieder „sozial“ gibt und die gewerkschaftliche Forderung nach der Einführung eines Mindestlohns übernommen hat, scheint für nicht wenige Führungsleute in den Gewerkschaftsvorständen, die Welt wieder im Lot zu sein.

Man weiß dabei nicht, ob die dort so dumm sind oder nur so dumm tun. Wahrscheinlich trifft beides zu. An der SPD-Spitze auf jeden Fall ist man nicht bereit, sich grundsätzlich von der Agenda 2010 zu distanzieren. Das gilt umso mehr jetzt, nachdem Kurt Beck aus dem Parteivorsitz gedrängt worden ist. Auch eine Abkehr vom rigorosen staatlichen Sparkurs ist nicht in Sicht und die Forderung nach einem Mindestlohn vertritt man nur deshalb, weil man mit der „Die Linke“ konkurriert, die mit dieser Forderung schon lange vor der SPD in die Offensive gegangen ist. Im Grundsatz soll sich nichts ändern. Die einstige Klientel der Sozialdemokratie wird weiter in die Verarmung getrieben. Damit ist aber auch der weitere Niedergang der Sozialdemokratie vorprogrammiert. Da wird ihr auch die halbherzige Unterstützung der Forderung nach einem Mindestlohn nichts nützen. Die Gewerkschaften aber werden, wenn sie wieder die alte Verbundenheit mit der SPD aufnehmen sollten, in diesen Niedergangsstrudel hineingezogen. Als hätten sie nicht schon für sich allein genug Probleme.

Da ist beispielsweise die Mitgliederentwicklung. In allen Gewerkschaften gehen in den nächsten Jahren die mitgliederstarken Jahrgänge in die Rente. Allein bei der IG Metall sind das bis zum Jahr 2012 rund 300.000 Mitglieder. Wenn es den betrieblichen Funktionären nicht gelingt, diesen Aderlass mit der Werbung neuer Mitglieder auszugleichen, kommt das einer organisationspolitischen Katastrophe gleich.

Von daher hat Huber schon Recht, wenn er davon spricht, dass

die Mitgliederwerbung und die Verbesserung des Organisationsgrades die politischste Aufgabe der IG Metall sei. Es stellt sich dann allerdings die Frage nach dem „Wie“? Wie soll die politischste aller Aufgaben angegangen werden?

Darauf hat der IG Metall-Vize Detlef Wetzels eine Antwort. Man will den neoliberalen Profitsteigerungsmethoden der Kapitalisten ein neues Leitbild entgegensetzen: „*Besser statt billiger*“ lautet das Motto, das laut Wetzels die Betriebsräte bundesweit in die Betriebe tragen sollen. Im Tagesspiegel hat er im Mai d.J. die Vorstellungen, die sein Zuständigkeitsbereich entwickelt hat, dargestellt. „*Wir erleben eine grundsätzliche Auseinandersetzung industrieller Strategien*“, sagt Wetzels. *Auf der einen Seite arbeiteten Unternehmen hochprofitabel und schafften neue Arbeitsplätze, indem sie auf Innovationen, auf Beteiligung der Belegschaften und Kreativität setzten. Auf der anderen Seite operierten viele Unternehmen selbst in Boom-Zeiten an der Verlustgrenze und glaubten, sich nur durch harte Kostenreduzierungen oder Verlagerungen über Wasser halten zu können. Nach Wetzels sollen dann Betriebsräte ‚bei drohenden Werksschließungen‘ durch ‚faire‘ Kostenvergleiche befähigt werden, der Cheftage Alternativen zu präsentieren. Dort, wo das bereits funktioniert, sei die Resonanz in der Mitgliedschaft ‚riesig‘.*“

Eigentlich fällt einem dazu nicht mehr viel ein. Wetzels will natürlich mitnichten die Arbeiterklasse auf die revolutionäre Betriebsübernahme vorbereiten. Wetzels will das Gegenteil. Er will das Co-Management der Betriebsräte in absolut verschärfter Form. Wetzels sagt, dass die IG Metall in NRW sehr gute Erfahrungen damit gemacht habe. Die hat man allerdings auch anderswo gemacht. In ganz herausragender Weise hat dieses Co-Management beispielsweise im VW-Konzern funktioniert. Und mit Sicherheit war auch die Resonanz

bei der VW-Belegschaft „*riesig*“, als sie von den Lustreisen ihres BR-Vorsitzenden Volkerts erfuhr. Nun muss die Kungelei von Betriebsräten mit Unternehmensvorständen nicht die Ausmaße der Wolfsburger Ereignisse annehmen. Aber sicher ist, dass Betriebsräte und Gewerkschafter, die Hand in Hand mit Unternehmenslei-

verweigern – solange sie sozialverträglich abgedeckt sind, natürlich!

Wursteln ohne Klassenstandpunkt

Wie mit einer solchen Strategie, die den Begriff „*Solidarität*“ nicht kennt, neue Mitglieder gewonnen werden sollen, bleibt dem Außenstehenden verborgen. Auf die Idee, dass Menschen vielleicht schneller über eine konfliktorientierte Strategie den Weg zur Gewerkschaft finden könnten, kommt Wetzels erst gar nicht. Tröstlich ist immerhin, dass er sich laut Tagesspiegel „*im Übrigen an der Seite von Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht, die kürzlich auch betont habe, ‚dass die deutsche Volkswirtschaft über eine Besser-Strategie funktioniert und nicht mit billig‘.*“

Aber die Kampagne „*Besser statt billiger*“ ist bei Leibe kein Alleingang Wetzels. Hinter ihr steht in gleichem Maße auch der Vorsitzende Huber. Auf der Bezirkskonferenz des größten IG Metall-Bezirks NRW, hat er im August dieses Jahres in einem Grundsatzreferat sein politisches Credo abgelegt. Im Hinblick auf die alte Arbeiterbewegung führte Huber aus, „*dass viele alte Gewissheiten heute nicht mehr tragen*“. Damit meinte er

das sozialistische Endziel. Er erklärte dann seine Erkenntnis folgendermaßen: „*Die Versuche zur Errichtung nichtkapitalistischer Gesellschaften sind gescheitert.*“ Er schränkte dann immerhin etwas ein und meinte: „*Ich sage nicht, dass der Kapitalismus das letzte Wort der Geschichte ist. Aber: Heute geht es um etwas anderes*“. Nach Huber geht es um zwei Entwicklungswege. Der erste ist der neoliberale und marktradikale Kapitalismus, der den „*alten Grundkonsens der Bundesrepublik in Frage stellt*“. Und der zweite Weg ist der des „*Ausgleichs, der Verteilungsgerechtigkeit, der Bildung, der Innovation*



Aus einer Plakatserie der IG Metall zur Angleichung der Löhne und Arbeitszeiten der ostdeutschen Beschäftigten an die ihrer KollegInnen im Westen, 2003

tungen Strategien gegen konkurrierende Unternehmen entwickeln, objektiv gegen die Interessen der in diesen Unternehmen beschäftigten Arbeiter und Angestellten handeln. Und zwar gleichgültig, ob im Inland oder Ausland. Auch ist mehr als zweifelhaft, dass eine solche BR-Politik den eigenen Kollegen nutzt. Ein Betriebsrat und eine Gewerkschaft, der und die in die Unternehmenspolitik der Kapitalisten eingebunden ist, wird sehr viel Verständnis für die betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten der Kapitaleseite aufbringen und sich bei Personaleinschnitten sicherlich nicht

und der Nachhaltigkeit sowie der akzeptierten Mitbestimmung und lebendigen Demokratie.“ Nach Huber sind „beide Wege kapitalistisch. Wirtschaftlicher Erfolg ist auf beide Weisen möglich. Heute geht es darum: Welcher Weg setzt sich durch!?“

Damit ist der Weg eindeutig beschrieben, den die neue Führungsriege mit der IG Metall gehen will. Mehr als den Kapitalismus mitgestalten und von den Kapitalisten als Partner akzeptiert werden, will man nicht. Neu ist dieser Weg nicht. Auch in den 60er- und 70er-Jahren stand der Mitgestaltungsanspruch in den Programmen der Gewerkschaften. Aber immerhin verstand man sich damals als Gegenmacht zur realen Unternehmermacht. Huber und Wetzel rücken dafür heute das „Co-Management-sein-wollen“ an die Stelle des „Gegenmacht-sein-wollen“. Der Weg ist verhängnisvoll und auch illusorisch und wird der IG Metall schaden. Es ist der Weg der IG BCE, bei der die Kooperation mit dem Klassengegner die Gewerkschaft fast bis zur Unkenntlichkeit verkommen lassen hat. Wenn Ausgleich und Kooperation mit dem Gegner im Vordergrund stehen, meidet man möglichst die Konfrontation. Dann hofft man auf die Vernunft des „Sozialpartners“ und dann glaubt man daran, mit Argumenten mehr zu erreichen als mit gewerkschaftlicher Aktion, sowohl bei den Gegnern in den Verbänden und Betrieben, als auch in Parteien und Regierung.

Zwar schließt die IG Metall-Spitze den gewerkschaftlichen Kampf nicht grundsätzlich aus. Aber wer von „akzeptierter Mitbestimmung“ und „lebendiger Demokratie“ faselt, wer Appelle an die Kapitalisten richtet, doch bitte „die Arbeitnehmer besser zu behandeln und wertzuschätzen“, wie das Wetzel getan hat, der wurstelt ohne Klassenstandpunkt vor sich hin und fährt die Karre in den Dreck.

Auch wenn Huber meint, dass „viele alte Gewissheiten heute nicht mehr tragen“, so besteht doch heute weiterhin, genauso wie gestern, der Grundwiderspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung deren Ergebnisse. Daraus leiten sich alle anderen Widersprüche, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, ab – auch die Massenarbeitslosigkeit und die neue Armut. Huber und Wet-

zel negieren diese wissenschaftlichen marxistischen Erkenntnisse und werden deshalb Schiffbruch erleiden.

Es geht nicht darum, den Weg der kapitalistischen Entwicklung zu beeinflussen und die zivilisiertere der beiden Möglichkeiten kritisch zu begleiten. Es geht vielmehr darum, gegen die kapitalistischen Angriffe Widerstand zu organisieren, damit sich bei den abhängig Beschäftigten Klassenbewusstsein entwickeln kann, das schließlich die Möglichkeit eröffnet, den kapitalistischen Grundwiderspruch zu überwinden.

Aber vielleicht werden schon in der kommenden Tarifrunde im Herbst die beiden auf den Boden der kapitalistischen Realität zurückgeholt. In der Beziehung ist auf die Kapitalisten meistens Verlass. In einem Interview hat Huber angekündigt, dass ein Abschluss über vier Prozent (was wiederum Reallohnverlust bedeuten würde) liegen müsse. Gesamtmetallchef Kannegießer dagegen sieht aufgrund der konjunkturellen Entwicklung kaum Spielräume. Das Handelsblatt sah deshalb schon vor dem Zusammenbruch der Finanzsysteme eine harte Tarifrunde auf die Republik zukommen. Und deshalb ist es durchaus möglich, dass die IG Metall in einen Arbeitskampf gezwungen werden könnte, was auf der einen Seite nicht die schlechteste aller Möglichkeiten, auf der anderen Seite aufgrund der heraufziehenden Krise auch nicht unproblematisch wäre.

Verwirrung auf der ganzen Linie

Die Führungen der richtungsangehenden Gewerkschaften meinen heute ihre Traditionen, ökonomische Erkenntnisse und Klassenkampfstandpunkte über Bord werfen zu müssen. Waren diese schon in früheren Jahren wenig ausgeprägt, so sind sie heute für die Gewerkschaftsspitzen obsolet.

Eine mögliche sozialistische Umgestaltung der BRD ist für einen Huber, Wetzel, Schmoltdt, und wie sie alle heißen, ein unvorstellbarer Weg. Wer solcher Auffassung ist, sucht nach Alternativen. Und diese können nur noch in den Grenzen des kapitalistischen Systems liegen. Deshalb ist es für sie kein Widerspruch, wenn

sie sich den Politikvorgaben der Kapitalisten anpassen und meinen, mit einem zweifelhaften „Modernismus“ und mit Co-Management, deren Akzeptanz zu gewinnen und wieder zu mehr Einfluss und zu mehr Mitgliedern zu gelangen.

Die Verwirrung besteht auf der ganzen Linie, denn politische Illusionen und indifferenten Standpunkte sind nicht nur auf Gewerkschaftskreise beschränkt. Sie findet man auch bei Gruppen, die sich selbst der politischen Linken zurechnen, in noch umfangreicherem Maße. Das ist auch kein Wunder, denn wenn man die marxistische Gesellschaftswissenschaft für tot erklärt hat, muss man notgedrungen die Welt neu erfinden.

Auch hier sucht man nach Ansätzen, die gesellschaftlichen Deformationen auf dem Boden und innerhalb einer kapitalistisch strukturierten Gesellschaft zu beseitigen.

Als Stichwort sei hier das bedingungslose Grundeinkommen (bGE) genannt, das sich einer breiten Diskussion erfreut. Die Linksfraktion im Bundestag teilt zwar das Ziel der Einführung eines bGE nicht, sie verfolgt das Modell der bedarfsorientierten Grundsicherung. Einzelne Abgeordnete halten aber weiter an dem bGE fest, wie zum Beispiel die stellvertretende Parteivorsitzende Katja Kipping, was zu einer regen Diskussion in der Partei „Die Linke“ führt. An der Auseinandersetzung sind führend die Strömungen „Emanzipatorische Linke“, die „Sozialistische Linke“ sowie Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften „Grundeinkommen“ beteiligt.

Ronald Blaschke, Philosoph und Zuarbeiter Kippings, sieht in dem bGE neben der Armutsbeseitigung vor allem das emanzipatorische Element. In einem Papier aus dem Jahre 2006 schreibt Blaschke: „Unter Emanzipation verstehe ich die fortschreitende freie (also selbst bestimmte) Verfügung aller Menschen über das eigene Leben. Ein bGE ermöglicht die weitgehende freie Verfügung aller Menschen über das eigene Leben“. Und Blaschke definiert dann auch, was er unter einem Grundeinkommen versteht, nämlich, „ein allen Menschen individuell zustehendes und garantiertes, in die Existenz sichernder Höhe (Armut verhindernd, gesellschaftliche Teilnah-

me ermöglichend), ohne Bedürftigkeitsprüfung (Einkommens-/Vermögensprüfung), ohne Arbeitszwang und -verpflichtung bzw. Tätigkeitszwang und -verpflichtung vom politischen Gemeinwesen ausgezahlt Grundeinkommen“. Blaschke verfolgt mit seinen Überlegungen also das Ziel, unter Fortbestand der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen, so etwas ähnliches wie den Kommunismus einzuführen. Auf die Finanzierung des bGE geht Blaschke nicht ein. Vielleicht deshalb, weil es in der Diskussion eine Menge von Finanzierungsbeispielen gibt, die beweisen, dass ein bGE möglich ist. Zur Durchsetzung der Forderung meint er immerhin, „die praktische Einführung des bGE (wird) nicht vom Himmel fallen. Der Diskurs muss offensiv und gemeinsam mit den Menschen in unterschiedlichen Interessenlagen geführt, die Einführung des bGE politisch erkämpft werden“. Über die Frage, wie der politische Kampf dafür aussehen muss, lässt sich Blaschke in dem Papier nicht aus. Doch aus der Betrachtung des gesamten Kontextes, kann er nur meinen mit außerparlamentarischen Aktionen und parlamentarischen Mehrheiten.

Blaschke und die Vertreter des bGE sind Illusionisten. Sie haben sich in die Einzelheiten ihrer Modelle eines bGE dermaßen verrannt und geradezu verliebt, dass sie die Klassenstruktur der Gesellschaft und den Klassencharakter des Staates völlig vernachlässigen. In dem Punkt ähneln sie den historischen Frühsozialisten, die ebenfalls mit phantastischen Gesellschaftsmodellen das Proletariat und die gesamte Menschheit aus dem Elend erlösen wollten. Was daraus wurde, wissen wir heute!

Die Vertreter des bGE, und insbesondere die „Emanzipatorische Linke“, verstehen unter „bedingungslos“, dass tatsächlich alle Menschen keinerlei Arbeitszwang unterliegen dürfen.

Eine solche Forderung findet natürlich durchaus eine Resonanz bei Arbeitslosen und Hartz IV-Empfängern, die staatlicherseits mit manchmal schikanösen Methoden zur Annahme jeglicher so genannter zumutbarer Arbeit gezwungen werden. Dass ein solcher Arbeitszwang insbesondere von

der Linken nicht akzeptiert werden kann und politisch mit allen Mitteln bekämpft werden muss, bedarf keiner Diskussion. Er ist nicht nur für die davon Betroffenen eine Demütigung, sondern er hat die objektive Funktion, die Arbeiterklasse zu disziplinieren, die Konkurrenz innerhalb der Klasse zu verschärfen und sie damit zu spalten. Die Hartz-Gesetze entsprechen damit ganz klar der Interessenlage der Kapitalisten. Und insoweit ist die Forderung nach Beseitigung eines



solchen Arbeitszwangs für Linke natürlich eine Selbstverständlichkeit.

Die Vertreter des bGE wollen aber darüber hinaus. Sie wollen jeglichen Zwang zur Arbeit abschaffen (unter Beibehaltung der kapitalistischen Produktionsweise). Abgesehen davon, dass es in jeder Gesellschaft, auch in einer kommunistischen, den Zwang gibt, die erforderlichen Mittel zum Leben und Überleben zu erarbeiten, ist die Forderung, innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft den Zwang zur Arbeit abzuschaffen, geradezu absurd. Der Kapitalismus kann nur durch den Arbeitszwang existieren. Im Kapitalismus besteht der Zwang zur Lohnarbeit für all diejenigen, die über kein Kapital, und damit über keine Produktionsmittel verfügen. Nur mit der erzwungenen Lohnarbeit sind sie in der Lage ihre Existenz zu sichern und sich zu reproduzieren.

Ein bGE, wie es sich Blaschke und Genossen vorstellen, würde den Lebensnerv des Kapitals treffen und ist deshalb innerhalb des kapitalistischen Systems nicht durchsetzbar. Schließlich war die Voraussetzung für die Entstehung des Kapitalismus die Enteignung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln und der daraus resul-

tierende Zwang zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft an einen Kapitalisten. Das lässt sich innerhalb einer bürgerlichen Gesellschaft nicht ändern und schon gar nicht auf parlamentarischem Weg.

Die Forderung nach einem bGE ist nicht nur eine Illusion, sondern sie ist auch nicht förderlich für den gemeinsamen Kampf zur Abwehr der Angriffe des Kapitals. Von dieser Seite wird ständig gespalten. Man betrachte nur die regelmäßige Hetze der Kapitalistenpresse, allen voran die Bild-Zeitung. Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht über die „faulen Arbeitslosen“ und die „Hartz IV-Betrüger“ geschrieben wird. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass diese Hetze bei den rückständigen Teil der Arbeiterklasse auf fruchtbaren Boden fällt. Nicht wenige übernehmen die Hetze, dass die Arbeitslosen sich auf ihre Kosten ein schönes Leben machen. Die Forderung nach einem bGE begünstigt das und natürlich auch die Möglichkeit der verschärften Hetze.

Natürlich haben die Vertreter des bGE dieses Modell aus anderen Motiven entwickelt. Aber objektiv trägt es mit zur Spaltung innerhalb der Klasse bei und schwächt diese, wenn auch nicht entscheidend.

Was nicht zu verstehen ist, ist die Ignoranz der Verfechter dieses Modells. Sie weigern sich schlichtweg zur Kenntnis zu nehmen, dass die tatsächliche Macht in der Gesellschaft die Kapitalisten haben, dass der Staat das Instrument eben dieser Klasse ist und dass die Demokratie im Land nur einen formalen Charakter hat. Sie werden wohl resistent gegenüber diesen Erkenntnissen bleiben.

Aber das ist unwichtig, denn es hat in der Zukunft keine große Bedeutung. Die heraufziehende Weltwirtschaftskrise wird die Modelle von bGE verdrängen. Die Krise wird gesellschaftspolitische Erschütterungen verursachen und Fragen aufwerfen, die für die Arbeiterklasse von existenzieller Bedeutung sind. Raum für solche Spielereien wie das bGE wird da ohnehin nicht vorhanden sein. Bleiben wird, wenn überhaupt, eine historische Randnotiz, die in wenigen Jahren vergessen sein wird.

Kolumbien: Neue Achse Berlin – Bogota?

Verstärkte Reisediplomatie, ökonomische Begehrlichkeiten und repressive Rahmenbedingungen

Der Kolumbienartikel in der letzten Ausgabe der Arsti endete mit einem deprimierenden Ausblick.

Der kolumbianischen Regierung unter Präsident Alvaro Uribe ist es während des Jahres immer wieder gelungen, trotz massiver Verstrickungen in den Sumpf des Paramilitarismus, den Guerrillaverbänden der FARC-EP durch das Eindringen in die Führungsebene und durch gezielte Mordanschläge schwere Verluste zuzufügen. Vor allem die spektakuläre Befreiungsaktion von Ingrid Betancourt zusammen mit einer Gruppe von weiteren Gefangenen der FARC-EP verschaffte dem angeschlagenen Präsidenten weltweit Popularität. Dass diese Aktion weitere Gespräche zur Lösung der Gefangenenfrage unmöglich macht und somit das Schicksal hunderter Gefangener ungelöst bleibt, geriet in den Hintergrund. Ebenso wurde der strikte Kriegskurs des Uribereregimes kaum ernsthaft hinterfragt, dafür aber als erfolgreich dargestellt und damit legitimiert. Hätte Frau Betancourt zusätzlich zu ihren vielen Ehrungen als Krönung noch den Friedensnobelpreis bekommen, wovon sie fest überzeugt war (eine entsprechende Presseerklärung hatte sie bereits verschicken lassen), hätte sich Uribe in ihrem Glanz sonnen können. Diese Peinlichkeit ist der Welt zumindest erspart geblieben.

Merkel reist an

Aufgewertet fühlen durfte sich Uribe nicht zuletzt durch den Besuch der deutschen Bundeskanzlerin im Mai dieses Jahres. Auf dem Weg von Brasilien über Peru nach Mexiko hat sie als erste deutsche Regierungschefin Bogota einen Besuch abgestattet.

Uribe bedankte sich bei der anschließenden Pressekonferenz artig für die dringend benötigte Unterstüt-

zung durch Merkels Besuch, schließlich hat sie ja die Nachbarländer Venezuela und Ecuador dafür links liegen gelassen: „Wir erhalten seitens der deutschen Regierung große politische Unterstützung, und zwar aufgrund der Klarheit der Frau Bundeskanzlerin in



Merkel und Uribe in Bogotá

Hinsicht auf den Terrorismus. (...) Das ist wirklich exemplarisch. Es ist unsere wichtigste Unterstützung, dass diese klare Politik gegenüber dem Terrorismus festgelegt wird.“

Nur wenige Wochen nach der Grenzverletzung im März gegenüber Ecuador, mit der sich Kolumbien in der Region isoliert hatte, musste der Besuch der Bundeskanzlerin wie ein Befreiungsschlag wirken. Denn Merkel stellte nicht den Grenzverletzer an den Pranger. Vielmehr stellte sie klar, wer sich in ihren Augen in der Region problematisch verhält: „Es ist wichtig, dass die Nachbarn (gemeint sind Venezuela und Ecuador) am Kampf gegen den Terrorismus teilnehmen.“ Die Konrad Adenauer Stiftung (KAS) – ebenso wie die Friedrich Ebert Stiftung in Bogota deutlich präsent – wertete die Merkelreise in ihrem Monatsbericht wie folgt: „In einer Zeit, in der Kolumbien die größten Fortschritte in der Überwindung des ... Binnenkonflikts macht, sandte die Bundeskanzlerin ein konstruktives und wichtiges Signal.“ Wie deutlich diese „größten Fortschritte“ konkret aussehen, ist einem aktuellen Bericht (Oktober 2008) von Amnesty International zu entnehmen. Im vergangenen Jahr seien mindestens 1.400 Zivilisten und damit 100

mehr als im Vorjahr durch politisch motivierte Gewalt getötet worden, heißt es in der Studie der Menschenrechtsorganisation unter dem Titel: „Lasst uns in Frieden! Zivilisten im Fadenkreuz des bewaffneten inneren Konflikts in Kolumbien“. Die Zahl der Verschwundenen sei von 180 vor zwei Jahren auf 190 im vergangenen Jahr angestiegen. Auch die Zahl der Flüchtlinge innerhalb des Landes stieg nach Angaben von Amnesty von 220.000 im Jahre 2006 auf 305.000 im vergangenen Jahr. Amnesty kritisiert die Sprachregelung der Regierung, wonach es in Kolumbien keinen Bürgerkrieg gebe, sondern nur einen „Krieg gegen den Terrorismus“, oder dann einen „Krieg gegen den Drogenhandel“; unter diesen Titeln erhalte Kolumbien auch umfangreiche Militärhilfe, namentlich von den USA. Dabei bestehe aber die Gefahr, dass die Menschenrechte ausgeschaltet würden, zumal der Präsident selbst keinen Hehl mache aus seiner Verachtung für Menschenrechtsaktivisten.

Ob die Bundeskanzlerin über die reale Menschenrechtslage in Kolumbien informiert ist, sei dahingestellt. Sie muss zumindest wissen, mit wem sie es zu tun hat und was sie sagt. Unterwegs ist sie zuvörderst als Repräsentantin einer ökonomischen Großmacht mit der Zielrichtung, noch bessere Bedingungen für die Verwertung des Kapitals aus dem Standort Deutschland zu erreichen. Weil die kolumbianische Regierung eine wirtschaftsliberale Politik verfolge, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel das Land als privilegierten wirtschaftlichen Partner der EU bezeichnet. Als Grundlage für ihre Einschätzung benutzt sie z.B. das Grundsatzpapier der Lateinamerika Initiative der Deutschen Wirtschaft (LAI) „Boomregion Lateinamerika: Potenziale, Risiken und Trends für die Deutsche Wirtschaft“. Dieses Papier wurde extra vor ihrer Reise und für sie verfasst.

Dass Kolumbien zunehmend in den Fokus deutscher Kapitalinteressen gerät, zeigt auch ein weiterer hochrangiger Besuch: Ole von Beust in seiner Funktion als amtierender Bundesratspräsident traf sich im Oktober mit Staatspräsident Alvaro Uribe. Hauptgesprächgegenstand war natürlich die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen und das Voranbringen eines Freihandelsabkommens mit der EU. Von Beust zeigte sich beeindruckt: „Der Präsident ist ein sehr freundlicher, charmanter und beeindruckender Mann“. Dies dürfte auch zutreffen, wenn bei den Gesprächen die Geschäfte im Mittelpunkt stehen und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ausgeklammert werden. Weniger erfreulich war für Uri-

be ein Besuch einen Monat vorher in Washington verlaufen. Bei einem Gespräch mit Barak Obama merkte der künftige Präsident an, die fehlenden Garantien zur Überwindung der Arbeitskonflikte und die Zunahme der Angriffe auf Gewerkschafter seien für ihn ein Grund, unter seiner Regierung das Freihandelsabkommen nicht zu unterzeichnen.

Skandalöse Verbrechen des Militärs

Ein sehr konkretes Beispiel „für die größten Fortschritte in der Überwindung des Binnenkonflikts“ (KAS) – um es zynisch auszudrücken – lieferte erst vor wenigen Wochen ein Skan-

dal, der ein bezeichnendes Licht auf die Handlungsweise der kolumbianischen Armee, die militärische Führung, die verantwortliche Regierung und damit auch auf Uribe wirft. Was war geschehen? Im Januar 2008 meldeten Familien aus der Stadt Soacha, einem Vorort von Bogota, etwa 20 Jugendliche als vermisst. Im August wurden elf dieser Jugendlichen von Mitarbeitern einer Spezialeinheit der Staatsanwaltschaft, die sich mit der Identifizierung von in Massengräbern verscharrten Unbekannten beschäftigt, gefunden: Hunderte Kilometer von Bogota entfernt, in der Nähe der venezolanischen Grenze.

Nachdem sich die Medien des Falles angenommen hatten, sah sich der Verteidigungsminister Santos

Auszüge aus dem Grundsatzpapier der LAI:

Wengleich 2007 die deutschen Exporte nach Lateinamerika um 6 % auf 20,4 Mrd. Euro und die deutschen Importe aus der Region sogar um 16 % auf 21,0 Mrd. Euro zunahmen, bleibt der Anteil Lateinamerikas am gesamten deutschen Außenhandel mit 2,5 % sehr niedrig. Zu den traditionellen deutschen Exportprodukten nach Lateinamerika gehören Maschinen und Anlagen, Fahrzeuge, Kfz-Teile, Elektrotechnik, Pharmaprodukte, Chemikalien, Mess- und Regeltechnik, optische und medizinische Geräte, Elektronik, Metallwaren, Kunststoffe sowie Eisen- und Stahlprodukte.

Die tatsächliche Bedeutung der deutschen Wirtschaft für und in Lateinamerika wird erst dann deutlich, wenn man die Aktivitäten der deutschen Tochterunternehmen vor Ort in die Betrachtung mit einbezieht: Das Produktionsvolumen deutscher Unternehmen in Lateinamerika beträgt etwa das Vierfache des gesamten deutschen Export in die Region. In Mexiko und Brasilien tragen deutsche Tochterunternehmen sogar mit rund 5 % zum jeweiligen BIP bei.

Deutsche Investoren nehmen heute in Lateinamerika aufgrund ihrer hohen Reinvestitionen mit über USD 60 Mrd. hinter den USA und Spanien den 3. Platz ein.

Beim Ausbau des deutschen Engagements in der Region spielt der Zufluss neuer Mittel aus Deutschland schon lange nicht mehr die Hauptrolle. Viele Lateinamerikaföchter deutscher Unternehmen finanzieren die als notwendig erachteten Ersatz- oder Neuinvestitionen weitgehend aus dem eigenen Cashflow

Grundsätzlich bevorzugen deutsche Unternehmen bei ihren Investitionsentscheidungen in Lateinamerika Märkte, die groß sind, über ein großes Wachstumspotenzial verfügen oder ein besonders günstiges Investitionsklima bieten.

Wichtigste Zielbranche der deutschen Direktinvestitionen in Lateinamerika ist mit Abstand die verarbeitende Industrie: Rund vier Fünftel der deutschen Lateinamerika-Investitionen sind in diesem Sektor konzentriert, in dem deutsche Unternehmen an 2. Stelle nach ihren Wettbewerbern aus den USA stehen.

Lateinamerika bleibt außerhalb Europas die einzige Weltregion, in der deutsche Unternehmen Schlüsselpositionen in bestimmten Industriesektoren innehaben: Dabei handelt es sich vorrangig um die Branchen Kfz und Kfz-Teile, Chemie, Pharmazie, Elektrotechnik und Maschinenbau.

(...)

Fazit

Der Zeitpunkt für ein stärkeres Engagement der deutschen Wirtschaft in Lateinamerika war noch nie so günstig, sowohl für den Ausbau des Engagements der bereits in der Region ansässigen deutschen Firmen als auch vor allem für den innovationsstarken deutschen Mittelstand. Die über Jahrzehnte beschworene Zukunft des Kontinents hat längst begonnen, die deutsche Wirtschaft sollte die Gunst der Stunde zur Intensivierung ihrer Aktivitäten mit und in Lateinamerika noch stärker nutzen.

Um die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Engagement auf beiden Seiten des Atlantik weiter zu verbessern, ist die politische Flankierung von grundlegender Bedeutung und wird von seiten der deutschen Wirtschaft sehr begrüßt.

Zu IV.3. Kolumbien

„Nach Angaben des Statistkinstitutes Dane erzielte Kolumbien 2007 ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum von 7,62 %. Das war das beste Ergebnis der letzten 30 Jahre. Die Popularität von Präsident Álvaro Uribe erreichte nach Angaben von Gallup am 6.03.08 mit 84 % einen neuen Höhepunkt. Damit nahm sie in Lateinamerika mit weitem Abstand die Spitzenposition ein.“

veranlasst, eine Kommission einzusetzen, die zwar nicht einer krassen Menschenrechtsverletzung nachgehen sollte, sondern vielmehr aufzudecken hatte, wo sich die undichte Stelle im Militärapparat befindet. Trotz dieser Vorgabe war der Bericht der Untersuchungskommission derart entlarvend, dass Präsident Uribe und Verteidigungsminister Santos noch am gleichen Tag die Absetzung von 27 Militärs veranlassten, darunter drei Generäle. Ebenso demissionierte General Mario Montoya, Oberbefehlshaber des Militärs als Verantwortlicher. Er hatte erst 2006 das Kommando über die Streitkräfte übernommen. Seitdem erzielten die Truppen größere Erfolge gegen die Verbände der FARC-EP. Montoya gilt auch als Architekt der gewaltlosen Befreiung von Ingrid Betancourt Anfang Juli.

Die ermordeten Jugendlichen waren nur die Spitze des Eisbergs. Wie die „Koordinationsgruppe Kolumbien – Europa – USA“ in einer Pressekonferenz erläuterte, hat die Hinrichtung von Zivilisten durch die kolumbianische Armee System. Untersuchungen gegen 3000 Militärs wegen extralegalen Hinrichtungen sollen

bei der Staatsanwaltschaft anhängig sein. Zwischen 2002 und 2007 seien bisher 955 Fälle dieser Exekutionen registriert worden. Das wäre eine Steigerung von fast 70 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum davor. Nach einem Bericht der kolumbianischen Wochenzeitung *Semana* gibt es



General Mario Montoya, hier mit Ingrid Betancourt

bei den extralegal Hingerichteten des Militärs mehrere Opfergruppen. Darunter sind Jugendliche aus den Armenvierteln der Metropolen, politische bzw. soziale Aktivistinnen, als Unterstützer der Guerilla Verdächtige und Drogenabhängige. Da Regierung und Militärführung mit Geldprämien für die Denunzierung von vermutlichen Rebellen werben, den Kommandanten die Mentalität des „Body count“ durch schnellere Beförderung schmackhaft machen und diese wiederum unteren Dienstgraden zusätzliche Urlaubstage für das Abliefern getöteter Personen gewähren, kann mit Fug und Recht von erwünschten Handlungen ausgegangen werden. Handlungsbedarf sah die politische Führung in Bogota vor allem wegen der Ankündigung aus Washington, die Militärhilfe zu kürzen. Zwar fällt die für 2009 bereits beschlossene Unterstützung nur uner-

heblich geringer als die Jahre vorher aus, aber die Amtsübernahme durch Obama lässt für 2010 nichts Gutes ahnen und die sich abzeichnende schwere Wirtschaftskrise dürfte den Spielraum für die Obama – Administration zusätzlich einschränken. Schließlich wird die Umsetzung eines Freihandelsabkommens im US-Kongress durch die Mehrheit der Demokraten blockiert, solange miese Nachrichten über die Menschenrechtslage veröffentlicht werden.

Massenproteste überziehen das Land

Im vierten Quartal des Jahres 2008 kam es in vielen Teilen des Landes zu Massenprotesten. Am 23. Oktober führten u.a. der größte Gewerkschaftsdachverband CUT und Fecode, die Gewerkschaft der LehrerInnen einen landesweiten ein-tägigen Streik durch. An den Großkundgebungen beteiligten sich nach Gewerkschaftsangaben etwa 400.000 Menschen, die bessere Arbeitsbedingungen und ein Ende der Kriminalisierung der sozialen Bewegungen durch die Uribe- Regierung forderten. Mit den gewerkschaftlichen Massenaktionen sollte auch der Streik der Zuckerrohrarbeiter im Südwesten des Landes unterstützt werden. Am 15. September hatten in den Provinzen Cauca und Valle de Cauca mehr als 10.000 Zuckerrohrarbeiter die Arbeit unbefristet niedergelegt und 13 Plantagen besetzt. Sie forderten direkte Arbeitsverträge und eine menschenwürdige Entlohnung. Während die Plantagenbesitzer nicht zuletzt durch Biotreibstoffe Profit in historischem Ausmaß machen, bleiben den Arbeitern Hungerlöhne – und sieben Mal vierzehn Stunden Arbeit die Woche.

Die Zuckerrohrarbeiter streiken für fundamentale Arbeitsrechte. Seit sie in sog. Kooperativen „ausgelagert“ wurden, gelten die Arbeiter als Selbstständige ohne Anspruch auf jedwede Art von Sozialleistung. Sie werden nach „Marktpreisen“ bezahlt, die von den Plantagenbesitzern diktiert werden. Der Streik wird von internationalen BeobachterInnen des Red de Hermandad (Netz der Brüderlichkeit und Solidarität mit Kolumbiern) begleitet. Bereits Anfang Oktober

Who To Kill? Colombia Army Picks Soldier's Brother Soldier's Brother 'easiest Victim' As Colombian Army Kills Innocents To Boost Rebel Count

BOGOTA, Colombia, Nov. 13, 2008 (Übersetzung aus: Bogota Daily/BBC)



Luis Esteban Montes

„Die Soldaten des 3. Zugs konnten seit Monaten keinen Guerilla-Abschuss vorweisen. Und ohne Resultate hatten sie Angst, am Muttertag nicht die Basis verlassen zu dürfen. Also heckten sie nach Angaben des Soldaten Luis Esteban Montes den Plan aus, einen Zivilisten in ihr Camp zu locken, ihn umzubringen und als Rebel-

len zu registrieren, der im Kampf getötet wurde. Montes, 24, hatte keine Einwände bis er die „Beute“ traf. Es war Leonardo, sein älterer Bruder, den er nicht mehr gesehen hat, seitdem er 9 war. Montes sagte, dass er versuchte, seinen Kommandanten von dem Vorhaben abzubringen. Dieser hätte aber mit Drohungen reagiert. Er habe dann seinen Bruder aus dem Camp gebracht, sagte er. Nur eine Woche später sei er aber tot wieder aufgetaucht. Ein „Guerilla-Abschuss“ mit drei Kugeln im Körper und einer klaffenden Gesichtswunde, die wahrscheinlich durch ein Messer verursacht worden ist.“

ist die deutsche Menschenrechtsaktivistin Friederike Müller festgenommen worden, als sie eine Demonstration der streikenden ZuckerrohrarbeiterInnen in Cali begleitete. Friederike Müller wurde anschließend ausgewiesen, zudem wurde ein siebenjähriges Wiedereinreiseverbot gegen sie verhängt. Präsident Uribe ver-



teidigte die Repressionsmaßnahme in äußerst aggressiver Form.

Was haben die gewerkschaftlich organisierten Zuckerrohrarbeiter bisher erreicht? Nach 56 Streiktagen haben die Zuckerrohrschneider ihren Streik beendet: mit beachtlichen Erfolgen, aber ohne das von den Unternehmen aufgezwungene System der kooperativen Kontraktarbeit beseitigen zu können. Deutliche Lohnerhöhungen, Reduzierung der täglichen Arbeitszeit und Verbesserung der arbeitsmedizinischen Versorgung – das sind für das Leben der Arbeiter und ihrer Familien wichtige Erfolge, die nur durch äußerste Entschlossenheit zu erreichen waren. Aber die Abschaffung des Systems der sog. Kooperativen – grundlegendes Ziel des Streiks – gelang nicht.

Am 15. Oktober meldeten vor allem die alternativen Medien, dass im Südwesten Kolumbiens, also in der Gegend, in der die Zuckerrohrarbeiter streikten, sich auch die Indigenas zu massiven Protesten zusammenfanden. Sie wehrten sich gegen Bestrebungen der Regierung, ihren Grund und Boden an Konzerne zu übertragen, wozu gerade gesetzliche Grundlagen geschaffen wurden. Die Proteste richteten sich auch gegen das Freihandelsabkommen mit den USA und gegen den Plan Colombia u.a. wegen der Besprühung der Felder mit Pflanzengiften. Die Indigenas blockierten die zentrale Fernstraße von Popayan nach Cali und forderten mit dieser Aktion ein Gespräch mit dem Präsidenten Uribe, unter dessen Amtszeit bisher etwa 1000 Indigenas Mordanschlägen zum Opfer gefallen sein sollen. Aus Polizeikreisen wurden die an der Straßensperrung beteiligten Indigenas beschuldigt, mit

den FARC-EP zusammenzuarbeiten. Die Polizei ging in üblicher Manier gegen die Blockade mit Tränengas und Schüssen vor. Es kam auf Seiten der Indigenas zu Toten und Schwerverletzten. Spiegel-Online nahm am 16. Oktober den Konflikt zum Anlass,



die Vorgänge in Kolumbien auf einen ebenso einfachen wie falschen Nenner zu bringen. Das liest sich dann so: „In Kolumbien tobt ein Krieg mit zwei Fronten: Die reguläre Armee kämpft gleichzeitig gegen rechte Paramilitärs und gegen die linksgerichtete Guerilla. Unschuldig zwischen den Fronten: die kolumbianischen Indios.“ Diese Art der Berichterstattung ist symptomatisch, sofern überhaupt aus Kolumbien berichtet wird.

Sofern berichtet wird, spielen die (Des-)Informationen der Konrad Adenauer-Stiftung (KAS) und der Friedrich Ebert-Stiftung eine wichtige Rolle. Sie liefern nicht nur Informationen, vielmehr tragen sie dazu bei, dass sich die Verhältnisse des Landes in eine für die Interessen deutscher Konzerne günstigen Richtung entwickeln. Gleiches gilt für die Tätigkeit dieser Stiftungen in Venezuela:

„Die US-amerikanische Rechtsanwältin und Publizistin Eva Golinger (*Kreuzzug gegen Venezuela. Der Chávez-Code*) hat Einrichtungen und Organisationen aus den USA, Deutschland, Spanien und Kanada vorgeworfen, sich massiv in den Wahlkampf zu den gestrigen Regionalwahlen in Venezuela eingemischt und so massgeblich zum Erfolg der Opposition in Caracas, dem Bundesstaat Miranda und anderen Regionen beigetragen zu haben. Namentlich nannte sie die US-Einrichtungen USAID, NED, Freedom House sowie die internationalen Institute der Demokraten und Republikaner, die deutschen Parteistiftungen Konrad Adenauer (KAS) und Friedrich Ebert (FES) sowie die spanische FAES und die kanadische FOCAL.“ (24.11.08)

he, 25.11.08

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 161 Herbst 2008, 40 S.

- Die Finanzkrise eskaliert
- Russlandkrise
- Kolumbien: Schwierige Zeiten für die Guerilla
- Ecuador
- Der Castrismus nach Castro
- China: Das rote Mandarinat
- Jahrestag des Versuchs einer sozialistischen Reform in der CSSR
- Trotz alledem! – Ein Beitrag zur Geschichtsdebatte
- Rezensionen...

Nr. 160 Sommer 2008, 36 S.

- Spalten, unterlaufen, zerstören! Die gelben Gewerkschaften
- Die Transnet-Legende
- Nahrungskrise
- Rolf Becker im Interview
- Versammlungsgesetz auf bayerisch
- Ein Wahldesaster für Labour
- Einige Anmerkungen zu Afghanistan
- Schon wieder mal besorgt... NPD in Sachsen
- Die Linke: Die Sowohl-als-auch-Partei

Nr. 159 Frühjahr 2008, 44 S.

- Raus aus Afghanistan!
- Von der Immobilien- zur globalen Finanzkrise
- Brüche in der Sozialpartnerschaft
- GDL: Die unendliche Geschichte eines Tarifkonfliktes
- Privatisierung und Schule
- Putsch der bayerischen Hausärzte
- Wer war Leo Jogiches?

Nr. 158 Winter 2007/2008, 40 S.

- Niedergang der Gewerkschaften
- Jahreskonferenz der Gruppe Arbeiterstimme
- Privatisierung: Es geht weiter!
- Ständiger Abbau von Grundrechten
- England: Die Zeit nach Blair
- Israel: Arbeitslosigkeit und Migration
- Für die Entfernungspauschale!

Der rote Oktober 1917:

- Völker hört die Signale
- Die Russische Revolution und Rosa Luxemburg

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
Probehefte versenden wir gratis!

Sozialismuserfahrungen und zeitgemäße Sozialismuskonzeption

Erstens: Eine knappe, einprägsame positive Bilanz der Erfahrungen des Realsozialismus für die Zukunft des Sozialismus, vergleichbar mit der Aussage von Karl Marx nach der Pariser Kommune (aus heutiger Sicht sicherlich eine Überinterpretation dieser Erfahrungen), das sei „die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen“ kann bzw. „die politische Form der sozialen Emanzipation der Arbeit von der Usurpation (der Sklaverei) der Monopolisten der Arbeitsmittel“ (MEW, Bd. 17, S. 342 und 545), ist nicht möglich.

Immerhin besagen aber diese Erfahrungen, dass eine sozialistische Gesellschaft über längere Zeit lebensfähig ist, u.a. auf den Gebieten

der Sozial-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik Beachtliches im Interesse der arbeitenden Menschen leisten konnte und ein für den Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern für soziale Verbesserungen und dem Kampf der unterdrückten Völker für nationale Befreiung ausgesprochen günstiges internationales Kräfteverhältnis zur Folge hatte.

Sozialismus im Kapitalismus verwirklichen zu wollen, das besagen dagegen die entsprechenden Versuche sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien, ist nicht machbar. Die dennoch weiter anhaltenden Bemühungen dieser Art gehen in aller Regel mit der Ablehnung einer Definition des Sozialismus als gemeinwirtschaftliche Gesellschaftsordnung und mit einer Herabstufung des Sozialismusbegriffs zu einer bloßen Public-Relation-Formel im linken Dialog einher.

Als generelle Arbeitshypothesen zu den für die Zukunft bedeutsamen Erkenntnissen und Erfahrungen hinsichtlich des Realsozialismus bieten sich an:

- Sozialismus ist keine kurzfristige Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, sondern offenbar eine langandauernde relativ selbständige Gesellschaftsordnung mit eigenen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, sozialen und politischen Widersprüchen, mit einer eigenen Klassenstruktur und spezifischen politischen Zwängen und Herausforderungen. Sozialismus bzw. sozialistische Gesellschaftsgestaltung setzt die politische Machtergreifung der arbeitenden Klassen voraus.

- Zusammen mit der Eigentums- bzw. Aneignungsfrage und der Machtfrage ist die Lösung der Demokratiefrage von außerordentlicher Bedeutung: als

Frage der demokratischen Verfügung über das Eigentum sowie der unmittelbaren Machtausübung der arbeitenden Klassen, der demokratischen Kontrolle der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und überhaupt als Lebensfrage der sozialistischen Gesellschaft.

- Der Realsozialismus ging mit äußeren Bedingungen und sich daraus ergebenden innenpolitischen Konsequenzen (wie dem Schutz und der Verteidigung des sich entwickelnden Sozialismus) einher, die es sehr erschwerten, seine Vorzüge und Triebkräfte zur Geltung zu bringen. Jeder weitere Versuch des Ausbruchs nur eines Teils der Menschheit aus dem kapitalistischen Weltsystem wird mit ähnlichen Problemen konfrontiert sein. Er wird mit der Versuchung einhergehen, den strategischen Fehler des Realsozialismus zu wiederholen, die politische Herrschaft der Produzenten durch die Herrschaft einer administrativen „Vorhut“ zu ersetzen.

Zweitens: Ein neuer Sozialismus wird nicht als verbesserter Real-



s o -
z i a -
l i s m u s

entstehen. Diese Chance wurde in den Ländern des sich entwickelnden Sozialismus in den fünfziger und sechziger Jahren vertan. Inwieweit in den verbliebenen Ländern des ehemaligen sozialistischen Weltsystems, vor allem in China und Kuba, aber auch in Nordkorea und Vietnam, eine solche Chance noch besteht, gegebenenfalls sogar welthistorische Bedeutung erlangen könnte, ist eine Frage, die gründlicher Analysen und Debatten bedarf. Ein neuer Sozialismus wird aus den zukünftigen Klassenkämpfen, den in diesen Zusammenhang geführten konzeptionellen Debatten sowie überhaupt aus den zukünftigen politischen Herausforderungen im Kampf um eine humane Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse hervorgehen. Er wird wie die bisherigen Sozialismusversuche ein Suchpfad sein. Sinn einer Debatte um bisherige Sozialismuserfahrungen ist es, einen theoretischen Vorlauf hinsichtlich der methodischen Probleme sozialistischer Staats- und Demokratiegestaltung zu erreichen, um auf diesem Suchpfad besser voranzukommen und möglichst Sackgassen und Fehlentwicklungen zu vermeiden.

In den aktuellen Kämpfen um einen zukünftigen Sozialismus in Lateinamerika zeichnet sich bereits ab, dass den Erfahrungen der sozialistischen Länder ein hoher Stellenwert beigemessen wird. Vor allem Ratsschläge von Wirtschaftspraktikern, z.B. auch von LPG-Vorsitzenden, von

Theoretikern der politischen Ökonomie des Sozialismus sowie von Staats- und Demokratietheoretikern sind gefragt. Daraus ergibt sich eine hohe Verantwortung von Wissenschaftlern, Praktikern und Politikern der ehemaligen sozialistischen Länder, ihre Sicht auf positive und negative Erfahrungen mit den Formen und Methoden der Wirtschaftsleitung, der Wirtschaftsdemokratie, der Machtausübung und des politischen Systems zur Diskussion zu stellen.

Drittens: Eine Analyse des Scheiterns des Realsozialismus darf sich nicht darin erschöpfen, bloß „innere und äußere Ursachen“, „subjektive und objektive Faktoren“ oder „Haupt- und Nebenursachen“ zu benennen und das Ganze dann als komplexe Analyse auszugeben. Eine auf die Herausarbeitung der (positiven, negativen, aber auch nachdenkenswert und geradezu tragischen) Erfahrungen gerichtete Analyse muss von der konkreten geschichtlichen Situation einer sich unter schwierigen äußeren und inneren Bedingungen entwickelnden sozialistischen Gesellschaft, ihrer inneren und äußeren, sozialökonomischen und politischen Widersprüche, der ihr eigenen Triebkräfte und Hemmnisse ausgehen. Auf der Grundlage einer solchen Analyse ist die Frage zu beantworten, warum es nicht, bloß zeitweise bzw. nur partiell gelang, diesen Widersprüchen geeignete politische Bewegungs-, Lebens- und Entwicklungsformen zu geben, welche Defizite, aber auch, welche erfolgreichen politischen Formen es dabei gab.

Antworten auf diese Fragen werden nur zu finden sein, wenn man dem Marxschen Ausgangspunkt folgt, Staat und Demokratie als Lebens- und Entwicklungsformen gesellschaftlicher Verhältnisse in ihrer konkreten Widersprüchlichkeit zu begreifen. Das Auffinden einer „durch und durch ausdehnungsfähige(n) politischen Form“ (Karl Marx, MEW, Band 17, S. 342) war in den realsozialistischen Gesellschaften objektiv deshalb so schwierig, weil grundlegende gesellschaftliche Widersprüche in einer geradezu dramatischen Weise sich gegenseitig zu blockieren droh-

ten: Dem Ziel einer Selbstregierung des Volkes standen die Erfordernisse des Abwehrkampfes gegen die Konterrevolution entgegen. Der zur Entwicklung der Produktivkräfte absolut notwendige, aber sich „spontan“ bürokratisch entwickelnde Eigentümerstaat drohte den Kommunisten zu erdrücken. Die Sicherung der Arbeiterklasse „gegen ihre eignen Abgeordneten und Beamten“ (Friedrich Engels, MEW, Band 19, S. 197) versagte angesichts des Anwachsens des staatlichen Apparates und der Ersetzung der Absetzbarkeit durch Privilegierung. Die Demokratie von unten traf auf eine politische Führung, die von „flexiblen Konsultationsmechanismen“ (Lenin) zwischen sich und den Volksmassen immer weniger wissen wollte.

Die politischen und staatlichen Strukturen des europäischen Sozialismus waren über geraume Zeit (bei sicherlich nicht wenigen Entartungen und Funktionsstörungen, angesichts wirtschaftlicher Unterentwicklung und einer Situation, da ein großer Teil der Wirtschaftskraft für die Verteidigung eingesetzt werden musste und so der Erhöhung des Volkswohls verloren ging) in der Lage, Entwicklungsform des Sozialismusversuchs zu sein. Letztlich waren sie langfristig nicht in der Lage, in der globalen Systemauseinandersetzung mit dem Kapitalismus in Bezug auf die Arbeitsproduktivität und den Lebensstandard erfolgreich zu konkurrieren und ein Gesellschaftssystem zu schaffen, dass hinsichtlich seiner sozialen, aber vor allem auch demokratischen Qualität der Masse der Menschen als verteidigungswert erschien.

Viertens: Es geht heute im Besonderen um eigene, für das 21. Jahrhundert taugliche sozialistische Maßstäbe bei der Analyse und Debatte um die Erfahrungen des Realsozialismus.

Die Übernahme bürgerlicher Be- und Verurteilungen führt unweigerlich in die Irre, verhindert eine dif-

ferenzierte und gerechte Bewertung dieser Erfahrungen. Die Stalinismuskeule erweist sich dabei als eine sich links gebende Variante der Totalitarismustheorie, die eine konkrete Analyse durch die magere Schablone eines Gut-Böse-Schemas zu ersetzen sucht.

Eigene, zeitgemäße Maßstäbe sind:

- Die reale Vergesellschaftung der Produktionsmittel, d.h. ihre tatsächliche Aneignung durch die assoziierten Produzenten.
- Die Ausübung der politischen Macht durch die arbeitenden Klassen selbst und nicht durch nur sich selbst verantwortliche bürokratische Apparate, eine entsprechende Gewährleistung der politischen Grundrechte, die Kontrolle der staatlichen Verwaltungsapparate von unten.
- Die demokratische Kontrolle über die Wirtschaft als die entscheidende Sphäre der Gesellschaft, die demokratische Entscheidung über die Verwendung des Mehrprodukts im Rahmen einer demokratischen Planung. Entscheidende Bedeutung kommt dabei der Bestimmung praktikabler Formen unmittelbarer und mittelbarer Demokratie von unten und von oben zu.
- Die Gewährleistung sozialer Grundrechte, insbesondere des Rechts auf Arbeit, auf Bildung, auf soziale Sicherheit und die reale Gleichstellung der Geschlechter.
- Eine Politik der Ächtung des Krieges und der Durchsetzung des demokratischen Völkerrechts in den internationalen Beziehungen.
- Eine Politik der ökologischen Nachhaltigkeit, der Abwehr von Gefahren einer irreversiblen Umweltzerstörung und einer drohenden Klimakatastrophe.

Fünftens: Zumindest hinsichtlich der DDR gibt es die Erfahrung, dass der Eigentümerstaat durchaus in einem beachtlichem Maße funktioniert hat. Immerhin lag die DDR hinsichtlich der Industrieproduktion an 10. Stelle in der Welt. Der bürokratisierte Eigentümerstaat aber hat auch in der DDR den Kommunisten weitgehend überlagert und verdrängt. Die konkrete Analyse des Widerspruchs

Die Stalinismuskeule erweist sich dabei als eine sich links gebende Variante der Totalitarismustheorie, die eine konkrete Analyse durch die magere Schablone eines Gut-Böse-Schemas zu ersetzen sucht.

zwischen Eigentümerstaat und Kommunestaat ist der entscheidende Ausgangspunkt, um für die Zukunft die „politische Form, unter der sich die Befreiung der Arbeit vollziehen“ kann, weitaus präziser zu bestimmen, als dies nach 72 Tagen Pariser Kommune möglich war.

Dabei geht es darum, die komplizierten, objektiv bestehenden Probleme sozialistischer Demokratiegestaltung und Gesellschaftsentwicklung aufzuzeigen und Lehren zu formulieren, wie diese Probleme besser als im Realsozialismus gelöst werden können.

Karl Marx

und Friedrich Engels räumten bereits im Kommunistischen Manifest dem zukünftigen sozialistischen Staat die Rolle eines ökonomischen Zentrums der sozialistischen Gesellschaft ein. Danach sollte (MEW, Band 4, S. 481) der sozialistische Staat, d.h. das „als herrschende Klasse organisierte Proletariat“ (und nicht das Proletariat direkt), in die Produktionsverhältnisse eintreten. Diese Position stand, wie sich in der politischen Praxis dann zeigte, in einem geradezu dramatischen Spannungsverhältnis zum Konzept des Kommunestaates, wie es von Marx und Engels in Auswertung der Erfahrungen der Pariser Kommune entwickelt wurde. Das Kommunekonzept orientierte auf „die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft als ihre eigne lebendige Macht“ (Karl Marx, MEW, Band 17, S. 543), auf die Selbstregierung des Volkes, auf die Reduzierung und Kontrolle des staatlichen Apparates, auf die Beseitigung von Privilegien für Staatsangestellte, auf Wahl, Rotation und Absetzbarkeit der Abgeordneten und Beamten sowie überhaupt auf das Absterben des Staates (vgl. dazu die Thesen vom 22. November 1987 von Uwe-Jens Heuer, „Ökonomie, Demokratie und Recht in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“, geschrieben für eine dann auch sehr heftige Debatte im Bereich Gesellschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR Anfang 1988).

Lenin bekräftigte am Vorabend der Oktoberrevolution in „Staat und Revolution“ das Kommunekonzept des „Halbstaates“, das heißt eines Staates, der nach seiner mit Karl Marx

und Friedrich Engels übereinstimmenden Position schon kein „eigentlicher“ Staat mehr war (LW, Bd. 25, S. 409), vollzog allerdings schon ein halbes Jahr später einen deutlichen Kurswechsel weg von einem Staat ohne Armee, Polizei und Beamtenapparat in Richtung auf eine deutliche Stärkung des Eigentümerstaates, mittels dessen eine „höhere Organisation der Arbeit“ und die „strengste Rechnungsführung und Kontrolle über die Produktion und die Verteilung der Produkte“ durchgesetzt werden sollte.

Die weitere Entwicklung ergab, dass der Eigentümerstaat den Kommunestaat

immer mehr dominierte. Lenins Forderung in „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“, zugleich „die Formen und Methoden der Kontrolle von unten“ auszubauen, um das „Unkraut des Bürokratismus immer wieder und unermüdlich auszureißen“ (LW, Bd. 27, S. 266), scheiterte bzw. wurde missachtet. In der Partei setzte sich eine hierarchische Struktur und die Allmacht des Generalsekretärs Stalin durch. Die bereits von Lenin Anfang 1921 kritisierte Tendenz zu einem „Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen“ (LW, Bd. 32, S. 32) verstärkte sich enorm. Nach einer demokratischen Phase in einer Reihe volksdemokratischer Länder nach 1945

setzte sich auch dort mehr oder weniger modifiziert das Modell des politischen Systems der Sowjetunion durch. Mit der Entwicklung einer Staats- und Parteibürokratie, aber auch der schon aus Gründen der Verteidigung unabdingbaren Militär und Sicherheitsbürokratie entwickelte sich eine soziale Schicht mit eigenen Interessen, die schon infolge ihrer Nähe zu den Hebeln der Macht diese Interessen in der Staatspolitik zur Geltung bringen konnten.

Es gab es in der Geschichte des Realsozialismus durchaus positive Erfahrungen wie die Verpflichtung staatlicher Institutionen auf Bürgernähe mittels des Eingabenrechts, die Übertragung ehemals staatlicher Sanktionsmöglichkeiten auf die Konfliktkommissionen in den Betrieben

oder die insgesamt gelungene Verbindung von staatlicher Leitung und demokratischer Eigenständigkeit der Produzenten in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Zu den positiven Erfahrungen gehörte auch der Versuch in der DDR der sechziger Jahre unter Walter Ulbricht, mit dem Neuen Ökonomischen System (NÖS) dem sozialistischen Eigentum und den Erfordernissen der Produktivkraftentwicklung adäquate Formen der Planung und Leitung zu geben. Dieser angestrebte Wechsel im ökonomischen System wurde nicht zuletzt gerade auch als Entwicklung der sozialistischen Demokratie verstanden.

Auch in einem zukünftigen Sozialismus wird der Staat augenscheinlich ein wichtiges Instrument der Gesellschaftsgestaltung und Produktivkraftentwicklung sein. Ein Absterben des Staates als Dahinschwinden seiner Funktionen und Apparate, als Verlust seines politischen Charakters (infolge erreichter sozialer Homogenität) ist auch dann nicht in Sicht, wenn es gelingt, Bürokratie und Bürokratismus erfolgreich zu bekämpfen bzw. zu kontrollieren. Staatliche Leitung und Verwaltung als Form gesellschaftlicher Arbeitsteilung und als Methode zur Durchsetzung allgemeiner gesellschaftlicher Interessen werden auf absehbare Zeit

Auch in einem zukünftigen Sozialismus wird der Staat augenscheinlich ein wichtiges Instrument der Gesellschaftsgestaltung und Produktivkraftentwicklung sein.

bleiben. Staaten lassen sich nicht ehrenamtlich nach Feierabend regieren. Was aber gesichert werden kann und muss, ist eine allseitige, der bürgerlichen Demokratie überlegene Demokratisierung dieses sozialistischen Staates: durchaus im Sinne der von Marx proklamierten Selbstregierung des Volkes und der Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft. Insofern ist es natürlich nicht falsch (aber eben unzureichend), für einen zukünftigen Sozialismus auch das Recht auf Opposition und Gewaltenteilung zu fordern. Es geht, weit darüber hinaus, um eine neue Qualität von Demokratie im Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus, nicht nur (wie im Realsozialismus vielfach verwirklicht) hinsichtlich der sozialen Demokratie. Dem Konzept des Kom-

mune- bzw. Halbstaates als ständige Aufgabe zukünftiger sozialistischer Staats- und Gesellschaftsgestaltung kommt dabei eine maßgebliche konzeptionelle Bedeutung zu.

Sechstens: Die Demokratiefrage hat sich insgesamt als eigenständige Frage sozialistischer Gesellschaftsgestaltung erwiesen, die weder mit der Machtfrage noch mit der Verstaatlichung bzw. Sozialisierung der Banken und der Betriebe identisch ist. Während es unter Lenin noch üblich war, Einschränkungen von Demokratie im Sozialismus infolge der Heftigkeit des Bürgerkrieges bzw. des Klassenkampfes auch als Einschränkungen zu bezeichnen, wurde es später üblich, derartige Beschränkungen als Wesensmerkmale sozialistischer Demokratie oder gar als Ausdruck der Höherentwicklung von Demokratie hinzustellen.

Hinsichtlich der Demokratiefrage gibt es eine Fülle sowohl nega-

tiver als auch positiver Erfahrungen des Realsozialismus.

● Demokratiegestaltung im Sozialismus braucht einen allgemeinen Maßstab und insofern auch einen allgemeinen Demokratiebegriff.

Als solcher bietet sich die Demokratiedefinition an, die Demokratie als

die jeweils in enger Verbindung zu den Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnissen stehende „individuelle und kollektive Selbstbestimmung des Volkes“ begreift (vgl. Uwe-Jens Heuer, in: Z. Nr. 30, Juni 1997, S. 106).

● Sozialistische Demokratie ist demokratische Gestaltung des politischen Prozesses, also die Abstimmung und Durchsetzung der widersprüchlichen Interessen von Klassen und sozialen sowie demographischen Gruppen bzw. Schichten der sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaft. Sozialistische Demokratie ist zugleich die politische und gesellschaftliche Form, der demokratische Prozess

dieses Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses auf der Grundlage des assoziierten Verstandes der Massen. Die sozialistische Gesellschaft hat kein „Gehirn“, auch nicht in Gestalt einer Parteiführung (so Uwe-Jens Heuer Anfang der achtziger Jahre), das an Stelle der Gesellschaft den gesamtgesellschaftlichen Willen formulieren könnte.

● Die im Realsozialismus verbreitete Auffassung, dass Staatspolitik und Machtausübung Aufgabe des Politbüros und der Regie-

rungsinstitutionen sei, wurde mit der besonderen Fähigkeit dieser Institutionen zur marxistischen Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse legitimiert. Tatsächlich war dies vor allem eine Schutzbehauptung zur Rechtfertigung bürokratischer Herrschafts- und Entscheidungsstrukturen. Positive Erfahrungen mit demokratische Entscheidungsstrukturen, mit einer sozialistischen Konsensdemokratie gab es an der Basis, in den Betrieben und Gemeinden.

● Grundlegende Strukturfehler des politischen Systems des Realsozialismus waren eng mit einer falschen Sicht auf das Verhältnis von Spontaneität und Bewusstheit verbunden. Spontaneität wurde als Gegensatz zur Bewusstheit (und nicht auch als deren Keimform) verstanden. Dies hatte Konsequenzen für die juristische und praktisch-politische Abschottung des politischen Systems gegen spontane politische Aktivitäten, gerade auch gegen kritische Bürgerinnen und Bürger. Wahlrecht, Absetzbarkeit und Abstimmungsverfahren wurden so gestaltet, das „alles unter Kontrolle“ bleiben sollte. Damit aber fehlte eine geeignete politische Form für die Bewegung des Widerspruchs zwischen politischer Führung und Volksmassen.

● Eine entscheidendes Merkmal des sozialistischen Demokratie-typs und seiner Überlegenheit gegenüber der bürgerlichen Demokratie muss die Aneignung der Produktionsbedingungen und die Entscheidung über das Mehrprodukt auf den verschiedenen Ebenen der Gesellschaft durch die assoziierten Produzenten sein. Diese werden sich nur dann als Eigentümer fühlen, wenn sie es auch tatsächlich sind, wenn sie über die entsprechenden Teilhaberechte verfügen. Das dies in den realsozialistischen Ländern weitgehend nicht der Fall war, machte gerade auch die fehlende Bereitschaft der Werktätigen „nach der Wende“ deutlich, ihre Betriebe zu verteidigen.

Ekkehard Lieberam

Nachdruck aus Marxistisches Forum (siehe Anzeige auf dieser Seite)

Anzeige

Neu erschienen

MARXISTISCHES FORUM

Heft 56

„Die Legende von der revisionistischen Wende“

mit Beiträgen von
Siegfried Kretzschmar, Ekkehard Lieberam, Herbert Münchow, Werner Roß, Robert Steigerwald und Ingo Wagner

Juli 2008 · 50 Seiten · A4 · 4 Euro

Bestellung an:
GNN-Buchversand
Badeweg 1 · 04435 Schkeuditz
Fon (03 42 04) 6 57 11, Fax (03 42 04) 6 58 93
www.gnn-verlag.de

Wahlen in Österreich 2008

Protest ohne Perspektive

Vor knapp zwei Jahren bildete sich nach den Wahlen vom Oktober 2006 eine neue Große Koalition in Österreich. Die zwei Parteien der Koalition, die sozialdemokratische SPÖ und die konservativ-katholische Österreichische Volkspartei (ÖVP) mussten beide Stimmenverluste registrieren, vor allem die ÖVP mit einem Minus von etwa acht Prozent; die SPÖ wurde so um ein Kleines größer als die ÖVP und stellte damit den Bundeskanzler. Nach mehreren Monaten wurde ein Regierungsprogramm ausgearbeitet. Das hätte kein Problem sein sollen – beide Parteien haben genügend Erfahrungen aus früheren Koalitionen. Es stellte sich jedoch schnell heraus, dass das Regierungsprogramm unklar war, die ÖVP wollte die Politik der vorherigen Koalition zwischen ÖVP und der rechtsradikalen Freiheitlichen Partei (FPÖ) weiterführen, die widersprüchlichen Vorstellungen der SPÖ waren gegen den Widerstand der ÖVP nicht durchzuführen. Der SPÖ-Bundeskanzler, der keine Weisungsbefugnisse hat – die Minister sind jeweils die Verantwortlichen – versagte und wurde schließlich als Parteivorsitzender abgelöst. Nach weiteren Querelen, die bei den Meinungsumfragen die SPÖ unter die 20-Prozent-Marke brachten, kündigte die ÖVP die Koalition auf und vorfristige Neuwahlen wurden für den 28. September ausgeschrieben. Die ÖVP hoffte einiges von ihren Verlusten 2006 wieder zu holen, im Endeffekt verlor sie nochmals ca. 8 Prozent und landete bei 26 Prozent – innerhalb von knapp 3 Jahren von 42 Prozent auf 26 Prozent.

Dies Ergebnis zeigt u.a., dass die Wähler nicht mit den Parteien zufrieden sind, sie von Wahl zu Wahl austauschen, aber ihrer Unzufriedenheit noch keinen positiven Ausdruck zu geben vermögen. Die Leute wünschen sich zurück zu sozialeren Verhältnissen, die sie kennen – andere Vorstellungen können derzeit nicht entwickelt werden. Ein Zurück ist aber nicht möglich. Die Wähler kön-

nen sich (noch nicht) gegen kapitalistische Verhältnisse zur Wehr setzen, sie suchen noch, verweigern aber den großen Parteien ihre Zustimmung.

Der äußere Anlass zum Bruch der Koalition war ein Leserbrief des neuen Parteivorsitzenden, Werner Faymann, und dem SPÖ-Bundeskanzlers, in dem sie angeblich eine Kehrtwendung in der bisherigen Europapolitik der Partei ankündigten. Dies war eine Eigeninitiative der beiden, die ohne irgendeine demokratisch legitimierte Entscheidung des Parteivorstandes oder der Parlamentsfraktion unterstützt wurde. Angekündigt wurde, dass die SPÖ in Zukunft bei entscheidenden Änderungen der Struktur der EU eine Volksabstimmung fordern würde. Begründet wurde dies anschließend mit der Tatsache, dass die österreichische Bevölkerung der EU sehr skeptisch gegenüber steht. Die Bevölkerung müsse notwendigerweise in die Beschlussfassung mit einbezogen werden, damit sie sich mit der Entwicklung der EU identifizieren könne. Diese Entscheidung brachte der SPÖ die Unterstützung der beiden auflagenstärksten Zeitungen des Landes ein, beides sogenannte Boulevard-Zeitungen, die beide gegen die Mitgliedschaft in der EU sind. Der Austritt aus der EU wird von keiner Partei direkt befürwortet, jedoch treten die beiden rechtsextremen Parteien FPÖ und die derzeitige Partei des früheren FPÖ-Vorsitzenden, Jörg Haider, Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) gegen einen weiteren Ausbau der Institutionen der EU ein – sie erwecken aber gleichzeitig den Eindruck, als ob sie strikte EU-Gegner seien.

Die Frustration der Wähler mit der Koalition war groß, und es war von vornherein klar, dass es bei der Wahl viele Proteststimmen geben würde und evt. die Wahlbeteiligung geringer sein würde. Dem entsprach auch das Endergebnis. Die Wahlbeteiligung lag zwar wie 2006 bei etwa 79 Prozent, jedoch ging der Stimmenanteil in Wien um einige Prozentpunkte auf jetzt ca. 65 Prozent zurück, was vor allem die SPÖ geschwächt haben dürfte. Symptomatisch für die Fru-

stration der Wähler war auch, dass bundesweit insgesamt 10 Parteien aufgestellt waren, von denen zwei am Anfang des Wahlkampfes gute Aussichten auf die Überwindung der 4-Prozent-Sperrklausel hatten; im Endeffekt überschritt keine dieser Parteien die Sperrklausel.

Gleichwohl war es überraschend, dass die BZÖ, die bisher eine auf Kärnten beschränkte Partei war, 10,7 Prozent der Stimmen erhielt und damit sogar noch die Grünen auf den 5. Platz (10,4 Prozent) verwies. Die SPÖ hatte ihren Wahlkampf gut organisiert, konnte die Themen, die diesen dominierten, bestimmen und setzte sich gegenüber den Grünen und der ÖVP durch. Sie wurde mit etwa 29,3 Prozent die größte Partei und bekam so den Auftrag des Bundespräsidenten eine neue Regierung zu bilden. Es wird angestrebt, noch vor Weihnachten eine neue Regierung zu bilden.

Die rechtsextremistischen Parteien

Die SPÖ konnte nicht den Aufstieg der Rechtsextremen verhindern. Ein nicht unbedeutender Teil der Wähler ist gewiss aus Überzeugung in unterschiedlicher Masse rechtsradikal: von klerikal-faschistisch bis großdeutsch. Die Motive die beiden Parteien zu wählen sind jedoch vielfältig, die größte Bedeutung dürfte die Frustration über die Große Koalition haben. Der ewige Opportunist Jörg Haider möchte für seine Partei eine Regierungsbeteiligung erreichen, und trat daher vergleichsweise gemäßigt auf, was ihn für enttäuschte Wähler der ÖVP annehmbar machte. Der große Zuwachs des BZÖ und der Absturz der ÖVP – beides war eine Wahl-Überraschung – kann so evtl. eine Erklärung finden.

Die beiden Parteien verdoppelten fast ihren Wähleranteil von etwa 15 Prozent im Jahr 2006 auf jetzt 28 Prozent. Eine Rolle mag gespielt haben, dass vor allem die FPÖ in beträchtlichem Maß eine soziale, teilweise sogar semisozialistische und anti-kapitalistische Demagogie entwickelte, die Schichten von Kleinbürgern und Arbeitslosen ansprach – laut Einschätzung eines angesehenen Wahlforscher erhielt die FPÖ die meisten Arbeiterstimmen (ob dies einer Untersuchung stand hält, ist recht

zweifelhaft). Angeblich konnte sie auch überdurchschnittlich viele Stimmen von Jungwählern holen.

Die beiden Parteien sind bisher als das „dritte Lager“ neben den Sozialdemokraten und Katholiken bezeichnet – historisch war das „dritte Lager“ dasjenige der Deutsch-Nationalen, die sich für einen Zusammenschluss mit Deutschland aussprachen. Es gibt diese Deutsch-Nationalen weiterhin, aber sie sind auch im „dritten Lager“ eine Minderheit und nicht sonderlich an einem „Anschluss“ interessiert. Es hat sich nach 1945 ein eigenständiges österreichisches Nationalbewusstsein entwickelt, auf das sich die FPÖ und ihr Vorsitzender Heinz-Christian Strache häufig bezieht („Österreich den Österreichern“); die Deutsch-Nationalen reden derzeit nur noch von einer deutschen Kultur und Sprache. Gewiss wird von der BZÖ das Problem der Slowenen in Kärnten zum Anlass genommen, um einige Kärntner anzuziehen, aber man kann annehmen, dass diese Karte inzwischen ausgereizt ist. Im Wahlkampf tauchte sie nicht auf.

Nun ist Österreich nicht das einzige Land, in dem rechtspopulistische, rechtsextremistische, rassistische oder reaktionäre Parteien bestehen. In drei Nachbarländern: in der Schweiz, Ungarn und Italien gibt es entsprechende Parteien, die ebenso große oder größere Wahlerfolge aufzeigen können. In mindestens acht bis zehn weiteren EU-Staaten gibt es Parteien dieser Art, die sich auch mit einer Fraktion im EU-Parlament versucht haben. Auf Grund innerer Widersprüche ist diese wieder auseinandergebrochen, aber es ist deutlich, dass es in fast allen EU-Ländern ein wachsendes Potential nicht-demokratischer Kräfte gibt. Die derzeitige Finanzkrise wird diese Entwicklung vermutlich beschleunigen.

Was geschah nun auf der linken Seite des politischen Spektrums?

Die Chefredakteurin der liberalen Zeitung „Der Standard“ stellte fest, dass „Die SPÖ hat den Klassenkampf wieder entdeckt und folgerichtig einen Feldzug gegen die Teuerung geführt“ habe. Sie meinte weiterhin, „dass die Änderung der Europapolitik“ bedeute, dass die SPÖ auf den „von der FPÖ vorgegebenen Kurs eingeschwenkt“ sei (Der Standard,

27./28. Sept. 2008). Das zeigt gewiss nur, wie sich die Wirklichkeit in einem liberalen Kopf widerspiegelt.

Der neue Parteivorsitzende und Kanzlerkandidat der SPÖ, Werner Faymann, hat wohl von Arbeiterinteressen gesprochen, hat die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und ihren Vorsitzenden wieder aufgenommen und teilweise durchgesetzt. In Bezug auf die EU hat er festgestellt, dass die Liberalisierung des Marktes und die Ausrichtung auf die freie Beweglichkeit der Unternehmen zu Lohndrückerei und Untergrabung der erkämpften Rechte der Arbeiter geführt hat. Die „soziale Dimension“ der EU bedürfe einer Stärkung, sonst würde das Desinteresse der Arbeiter in Widerstand umschlagen. Das sind Erkenntnisse, die ansonsten kaum von einem sozialdemokratischen Politiker in Europa ausgedrückt werden. Im Gegenteil – die Wortführer der neoliberalen Wende in der Labour Party halten am Blair-Kurs fest und haben die Macht in der Partei. Die SPD hält mit Ausnahme einzelner Schönheitsoperationen an der Agenda 2010 fest, die Aufmüpfigkeit in der hessischen SPD wird sich auf Sicht nicht durchsetzen, die französische PS ist in sich zerstritten, die italienische Partei existiert nicht mehr, und die spanische Partei hat ihre halblinke Politik weitgehend eingestellt. Die Andeutungen Faymanns müssen erst in tatsächlich geführte Politik umgesetzt werden, bevor es möglich ist sie einzuschätzen. Seine Aussagen haben sicherlich dazu beigetragen, dass der Verlust der Partei sich auf 6 Prozent begrenzte (2006 hatte sie schon 1,2 Prozent verloren), zumindest einige der verunsicherten Arbeiter haben trotz allem wieder die SPÖ angekreuzt. Ob der Bruch zwischen SPÖ und den Gewerkschaften, der nach dem Skandal um die gewerkschaftseigene BAWAG (siehe *Arbeiterpolitik* 2006/3) entstand, jedoch wieder geheilt wird, es wieder eine sozialdemokratisch geführte Bewegung geben wird, ist eher unwahrscheinlich. Gewiss sind die Reformbestrebungen im ÖGB eingeschlafen, aber eine einfache Rückkehr zur „bewährten Taktik“ ist kaum möglich.

Die KPÖ hatte 2006 leicht zugelegt, aber verlor heuer die damals gewonnenen Stimmen und steht wieder bei 0,8 Prozent. Sie wurde im Wahlkampf kaum sichtbar und konnte kein klares Bild von sich und ihrer Rolle vermitteln – es gibt weiterhin große

Widersprüche in der Partei. Dem Vorsitzenden war es offensichtlich unmöglich sich zu artikulieren, und in den wenigen Sendeminuten, die der KPÖ in Rundfunk und Fernsehen zugestanden worden waren, eine klare Alternative vorzustellen. Aber auch in dem Bundesland Steiermark, wo die KPÖ eine gewisse Verankerung in Industriedistrikten hat, hat sie nur geringe Stimmenzahlen einfahren können. Wie die Partei sich bei den nächsten Wahlen (2013) verhalten wird muss erst noch geklärt werden. Klar ist aber schon jetzt, dass sie keinem prinzipienlosen Wahlbündnis zustimmen wird – zu Recht hat der Vorsitzende des steirischen Landesverbandes gesagt, dass eine Addition von bestehenden Organisationen von vornherein zum Scheitern verurteilt sei.

Im Frühsommer entstand eine Diskussion unter diversen linken und trotzkistischen Gruppen um eine Wahlalternative, die evt. zu einer neuen Partei ausgebaut werden sollte. Die Voraussetzung war die Einschätzung, dass die Frustration der Wähler zu einem Rechtsruck führen würde, wenn nicht eine deutliche linke Alternative angeboten werden würde. Vorbild bei dieser Einschätzung war die deutsche „LINKE“. Jedoch fehlen alle Voraussetzungen, die der „LINKE“ diese Position ermöglicht hat. Der Wunsch war der Vater des Gedankens, es steckte nichts dahinter. Die KPÖ lehnte eine Wahlalternative mit den unklaren Köpfen dieser Gruppierungen ab, linke Sozialdemokraten – soweit es sie überhaupt gibt – hielten ihrer Partei die Treue. Die Diskussionen zwischen den Gruppierungen waren nicht sehr weit gediehen als die Wahl ausgeschrieben wurde, und es gelang nicht die notwendigen 2600 Unterschriften in den nach einem Schlüssel auf alle Bundesländern verteilten Unterschriften zu sammeln. Dies wurde nur in einigen Ländern erreicht, und so erhielt diese linke Alternative nur ca. 0,1 Prozent der Stimmen. Ihr zweites Wahlziel, mehr Stimmen als die KPÖ zu erreichen, um so zur stärksten Kraft auf der Linken zu werden, wurde ebenfalls nicht erreicht.

Wien, 2. November 2008

Aus *Arbeiterpolitik*, November 2008

Arbeiterpolitik

GFSA e.V.

Postbox 106426

20043 Hamburg

www.arbeiterpolitik.de

webmaster@arbeiterpolitik.de

Spanien: 30. Jahrestag der Verfassung

Erklärung des Sekretariats für soziale Bewegungen der PCE

Zum 30. Jahrestag der Annahme der Verfassung von 1978 wollen wir, die Kommunistische Partei Spaniens, an die Anstrengungen der Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter erinnern, deren ungeachtet Jahr um Jahr ihre Rechte, die angeblich von besagter Magna Carta anerkannt werden, gemindert und missachtet worden sind. Alle Abschnitte und Artikel über soziale, wirtschaftliche und Umwelt-Rechte sind unerfüllt geblieben, die politische Freiheit wurde eingeschränkt und die Qualität der Demokratie ist auf einem Tiefpunkt, der soziale Teil des Verfassungspaktes für den Übergang (vom Franco-Faschismus zur bürgerlichen Demokratie; d. Übers.) ist nicht verwirklicht worden, wie zum Beispiel, unter vielem anderem, eine demokratische Planung der Wirtschaft und das Recht auf Wohnen. Die Werk tätigen haben geschuftet, währenddessen sie an Kaufkraft verloren und die Prekarität anstieg und die Unternehmer Gewinne bis zu 70 % einstrichen. Die Verfassung hat sich für die Werk tätigen in einen Fetzen Papier verwandelt, in ein Mittel der Panzerung der politischen und ökonomischen Macht und eines absolut unantastbaren Königshauses,

das gerade wieder einmal das Volk erhöht, indem es sich sein „Gehalt“ um neun Millionen Euro erhöht.

Aus diesen Gründen betrachtet die Kommunistische Partei Spaniens, wie sie das auf der letzten Politischen Konferenz zum Ausdruck gebracht hat, den Verfassungspakt als zerstört. Angesichts dessen distanziert sie sich von der Verfassung von 1978 und positioniert sie sich außerhalb des herrschenden politischen, ökonomischen und sozialen Regimes, dessen perfekter Repräsentant das obskure und reaktionäre Königshaus ist. Die PCE setzt auf die Entfaltung eines Programms, das antikapitalistisch, föderal und republikanisch ist, auf eine Verfassungsbewegung in Richtung einer dritten Republik, deren Inhalt soziale, wirtschaftliche und Umwelt-Rechte, Frieden und Völkerfreundschaft und eine breite partizipative Demokratie ist.

Die PCE ruft alle Inhaber öffentlicher Ämter der Linken unseres Landes, die republikanisch gesinnt sind und entsprechend handeln, auf, sich dem Netzwerk der Gemeinden und öffentlichen Mandatare für eine Dritte Republik anzuschließen und Bewegungen für einen Verfassungsprozess anzutreiben. Die PCE ruft auch die Bür-

gerschaft, insbesondere ihre Aktivisten und Sympathisanten, auf, in ihren Gemeinden republikanische Initiativen anzustoßen.

Die PCE beginnt eine neue, von Fesseln freie Etappe und fordert ihre Aktivisten und Mandatare öffentlicher Ämter auf, entsprechende Aktivitäten zu entwickeln, die auf eine Alternative zum gegenwärtigen System zielen, und sich mit dem Netzwerk der alternativen, transformatorischen und für die Republik eintretenden Kräfte zu verbinden. Die PCE ruft die Bürgerschaft zu einer republikanischen Offensive an allen Fronten auf; der Mythos, demzufolge wir Demokratie und Freiheit dem Koenig verdanken, muss endgültig demontiert werden, denn wenn dieses Land den aktuellen Stand der Freiheit - der besorgniserregend abnimmt - genießt, dann ist dieser denjenigen zu verdanken, die dafür gekämpft haben und deswegen über all die Jahre verfolgt, gefoltert und eingesperrt worden sind, - und nicht denjenigen, die dies als großzügiges Zugeständnis des Francismus und seiner Erben darstellen. Heute, nach dreißig Jahren, erklärt die PCE, dass das Referendum von 78 wenig zu tun hatte mit einer souveränen Entscheidung des Volkes, das damals nur zwei Optionen hatte: Monarchischer Parlamentarismus oder Francismus ohne Franco.

Übersetzung: Sepp Aigner

Novemberrevolution in München

Vor 90 Jahren brach die Monarchie in Bayern widerstandslos zusammen. Arbeiter und (teilweise) Bauern griffen nach der Staatsmacht. Adel und Bürgertum, unter dem Schock des verlorenen 1. Weltkriegs, vermochten zunächst nicht dem etwas entgegenzusetzen.

Eine große Zahl von Veranstaltungen erinnerte im Herbst dieses Jahres in München an die Revolution in Bayern und vor allem in München. Auch unsere Gruppe beteiligte sich als Mitveranstalterin an 3 Diskussionsveranstaltungen im Münchner Westend.

Warum? Haben wir nichts Besseres zu tun als längst vergangene Ereignisse wieder aufzuwärmen?

Es gibt einige Gründe dafür. Zum einen scheint es uns notwendig

daran zu erinnern, daß der Freistaat Bayern, die Trennung von Schule und Kirche, das Frauenwahlrecht keine Erfindungen der CSU sind, wie viele konservative Medien, bis in die Schulen hinein, den Anschein erwecken wollen. Erstmals spielten auch Frauen (nicht nur Linke) eine politische Rolle. Diese Entwicklungen wurden erkämpft und die Rolle der rechten und reaktionären Kräfte bestand darin, dies vergessen zu machen und die positiven Ansätze soweit möglich zurückzunehmen.

„Landfremde“ Gesellen (deutlich antisemitische Untertöne sind nicht zu überhören) hätten dem braven Bayernvolk die Revolution aufgedrückt. Die konservativen Kräfte und die Männer, die sie anführten (nicht nur Franz Josef



Strauß ist gemeint) mußten und müssen die „Werte“ des christlichen Abendlandes retten.

Allein das bedarf der Richtigstellung soweit es unsere schwachen Kräfte erlauben.

Weitere Gründe für unsere Aktivitäten sind interessante Besonderheiten der Münchner Revolution. Das ist zum einen die bedeutende Rolle von Anarchisten bzw. so genannten „freiheitlichen Sozialisten“ und zum anderen die Beteiligung fortschrittlicher Bauern.

Aus Platzgründen müssen die Referate zusammengefaßt werden. Der Zusammenfasser bekennt, daß er trotz aller Mühe vielleicht auch subjektive Eindrücke nicht ganz unterdrücken konnte und bittet die Referenten um Nachsicht.

Es war das Bündnis der rechten Sozialdemokratie (MSPD) mit reaktionären Kräften der Bourgeoisie und des Militärs (Freikorps), das letztlich zum Scheitern der deutschen und auch der bayrischen Revolution führte.

Anarchistinnen und Anarchisten vor und in der Münchner Revolution

Der Referent Günther Gerstenberg begann mit einer ausführlichen Darstellung der elenden Lebens- Wohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse an Beispielen aus dem Münchner Westend: „Die Arbeiter sterben durchschnittlich zwölf Jahre früher als die Bürger. Im Maschinensaal von Metzeler sind 23% der Arbeiter verstümmelt, 24% haben die Schwindsucht.“*

Erst in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand auf der „Sendlinger Heide“ das Westend. „Terraingesellschaften“ kauften das wenig fruchtbare Land billig und verkauften es teuer an Bauherren. Die Mieten waren kaum aufzubringen: „Die Arbeiterinnen und Arbeiter schuften 10, 12 und noch mehr Stunden am Tag, unterwerfen sich der Fabrikdisziplin und kommen kaum über die Runden. Frauen erhalten 1897 bis zu 80 Pfennig täglich, Arbeiter bis zu 1 Mark 50.“ Arbeitslosigkeit führt zu Mietrückständen und Zwangsräumungen. Widerstandsversuche, sogenannte Krawalle, werden von berittener Polizei mit blankem Säbel niedergeworfen.

Wer sich nicht abfinden will und wer von der kirchlichen Bigotterie abgestoßen ist, organisiert sich

in Lese- und Sparvereinen, in Genossenschaften und Gewerkschaften. Tschechische und italienische Arbeiter bringen fortschrittliche Traditionen aus ihren Heimatländern mit. „Es kommt vor und in den Fabriken zu heftigen Auseinandersetzungen, zu Sabotage und Streiks.“ Anarchistische Vorstellungen in der Tradition der Aufklärung und der Säkularisation stehen gegen religiöse Orientierung. „Der lesende Arbeiter erkennt: Letztlich kann nur das Individuum vor sich selbst bestehen.“ Die rigorose Organisationsdisziplin der bayrischen SPD unter Georg v. Vollmar kann (und will?) solche Lebenshaltungen nicht dulden. „Die Folge war, daß die SPD nicht nur einzel-



Erich Mühsam

ne aufmüpfige Querköpfe aus der Partei warf, sondern ganze Vereine ausschloß. Nicht wenige dieser Ausgeschlossenen sammelten sich im Freidenkerverband. In den Quellen werden diese sowohl als ‚freiheitliche Sozialisten‘, als Freidenker, als Anarchisten oder auch nach 1900 als Syndikalisten bezeichnet.“

„Wichtig erscheint mir, daß der Anteil der ehemaligen Sozialdemokraten an der anarchistischen Bewegung sehr groß ist. Es waren diejenigen, die erkannt hatten, daß man die richtigen Ziele nicht mit den falschen Mitteln erreichen kann. Sie hatten selbst erfahren, daß die Organisationsstruktur der SPD ein Abbild des

personalpolitischen Stützpfilersystems des Staates war, wo ein innerer Zirkel die Macht auf sich vereinigt, und daß, wer in den inneren Zirkel vorstoßen wollte, sich anpassen mußte an die Choreographie des Denkens, Fühlens und Handelns der Mächtigen.“

Die in den Geschichtsbüchern noch häufig beschworene Kriegsbegeisterung im August 1914 war auch in München mehr Ideologie als Tatsache. „Weinende, verzweifelte Arbeitermütter am Münchner Hauptbahnhof. Großeltern, die sich noch an den 70er/71er Krieg erinnern und ihre Enkel warnen. Junge Männer, die vor dem Gestellungsbefehl fliehen.“

Derartiges findet sich in den Münchner Archiven.

Am 7. November 1918 sammeln sich rund 50.000 Menschen auf der Theresienwiese zu einer Kundgebung gegen den Krieg. MSPD, USPD und Gewerkschaften haben dazu aufgerufen. Die Mehrheit zieht mit dem Nachfolger Georg v. Vollmars, Erhard Auer, friedlich zum Friedensengel. Etwa 1.000 folgen Kurt Eisner von der USPD durch das Westend zur Guldeinkaserne. Die Soldaten schließen sich der Revolution an. Vom Westend aus zieht Eisner zu den Kasernen im Münchner Norden. Ohne Blutvergießen gehen die Soldaten mit. Der Anarchist Erich Mühsam zieht mit seiner Frau Zenzl und einigen Anhängern in die Maxvorstadt vor die Kaserne des königlichen Leibregiments. Er fordert die Abdankung der Wittelsbacher und läßt die „Bayerische soziale Volksrepublik“ hochleben. Die „Leiber“ schließen sich an. Von dort geht es zu anderen Kasernen am Oberwiesenfeld. Hier kommt es vereinzelt zu Schüssen. Es gibt aber keine Toten.

In der offiziellen Geschichtsschreibung wird die Rolle der Anarchisten beim Sturz der Monarchie und der Gründung der Republik diskret verschwiegen.

Eisner ruft am Abend des 7. November im Mathäser Bierkeller den Freistaat aus. Er bildet ein Kabinett, dem auch Vertreter der MSPD, vor allem Erhard Auer als Innenminister angehören. Daneben bildet sich ein revolutionärer Arbeiterrat, der die Anarchisten Mühsam und Landauer kooptiert. Daraus entsteht der Landesarbeiterrat und ein Zentralrat. Die

*Alle Zitate wurden den Manuskripten der Referenten entnommen

Anarchisten, vor allem Mühsam, kritisieren die Zusammenarbeit mit der MSPD, die über die bürokratischen Mittel verfügt und diese einsetzt, um fortschrittliche Ansätze ins Leerlaufen zu lassen. Natürlich kommt es zu Reibungen zwischen Kabinett und Räten. Mühsam z.B. besetzt mit seinen Anhängern die Redaktionen bürgerlicher Zeitungen. Eisner hebt die Besetzung auf und läßt Mühsam vorübergehend festnehmen.

Eisners Vorstellung einer Synthese aus parlamentarischer und Rätedemokratie bekommt keine Chance in der Praxis. Bei den Landtagswahlen am 12. 1. 1919 erleidet Eisners USPD eine vernichtende Niederlage. Sie bekommt nur 2,5 % der Stimmen. Stärkste Fraktionen werden Bayrische Volkspartei und MSPD.

Eisner will als Ministerpräsident zurücktreten. Auf dem Weg zum Landtag wird er von dem Offizier Graf Arco Valley, Mitglied der reaktionären völkischen Thule Gesellschaft, erschossen.

Die bürgerliche Reaktion formiert sich. Die Landtagsparteien MSPD, USPD und bürgerliche Listen schließen am 8. 3. 1919 den Nürnberger Kompromiß. Er sieht im wesentlichen die Stärkung des Landtags und der von diesem gewählten Regierung Hofmann (MSPD) vor. Der Rätekongreß, dem auch viele MSPD-Mitglieder angehören, stimmt mehrheitlich zu.

Noch einmal scheint die revolutionäre Seite die Oberhand zu gewinnen. Am 7. 4. 1919 ruft der Rätekongreß die Räterepublik aus. Die Münchner Arbeiter und Soldaten schließen sich an. Die großen Industriestädte Bayerns, Nürnberg und Augsburg, gehorchen weiter der Regierung Hoffmann. Eugen Leviné, KPD, analysiert treffend, daß die Räterepublik unter diesen Umständen keine Chance hat und lehnt eine Beteiligung der KPD ab.

Die Regierung Hoffmann sammelt mit Unterstützung der Reichsregierung, d.h. Noskes, Freikorps zur militärischen Niederschlagung der Räterepublik. Das war schon seit spätestens Januar 1919 vorbereitet worden.

Am 13. 4. 1919 erfolgt ein Putsch in München. Freikorps und reaktionäre Studenten besetzen den Hauptbahnhof und strategische Stellen in der Stadt. Doch die Rote Armee

verjagt die Putschisten und erobert nach heftigen Kämpfen auch den Hauptbahnhof zurück.

Die KPD schließt sich jetzt der Räteregierung an und übernimmt die wichtigsten Funktionen. Leviné hält die Sache zwar für verloren, meint aber die Kommunisten dürfen die Arbeiterklasse in der Niederlage nicht im Stich lassen.

In Oberbayern formieren sich das Freikorps Oberland und andere Formationen. Die Bauern strömen ihnen zu. Zumindest eine der Ursachen dafür ist die Hetze der katholischen Kirche: In München würden Priester ermordet, Nonnen vergewaltigt usw. Nichts davon war die Wahrheit.

Die Übermacht der „Weißen“ erobert am 1. und 2. Mai 1919 München zurück.

Die folgenden Massaker fordern mindestens 1000 Todesopfer. Später werden Anhänger der Räterepublik auch in die Psychiatrie eingeliefert. Wer für die Roten ist, muß ja



Kurt Eisner

verrückt sein.

Bayern wird zur „Ordnungszelle des Reiches“ Unter dem Schutz dieser Ordnung formieren sich die Nationalsozialisten.

Kurt Eisner, Revolutionär des Alltags*

Eisner spielte eine wichtige Rolle bei den Streiks im Januar 1918 in München. Er saß dafür bis zum 14. 10. 1918 im Gefängnis München-Stadelheim ein. Da er für die Nachwahl um den Wahlkreis Georg v. Vollmars, der aus

gesundheitlichen Gründen zurückgetreten war, gegen Erhard Auer (MSPD) kandidierte, mußte er freigelassen werden. Der Wahlkampf mit zahlreichen Versammlungen bot ihm reichlich Gelegenheit, gegen den Krieg, die Monarchie und die Untätigkeit der MSPD zu argumentieren.

Verbündete Eisners bei seiner Kampagne – auch über München hinaus – waren der Bayerische Bauernbund, dessen bedeutendste Vertreter die Brüder Karl und Ludwig Gandorfer waren. Karl Gandorfer war seit 1912 Reichstagsabgeordneter. Ludwig Gandorfer war mit Karl Liebknecht persönlich befreundet. Auch eine Anzahl MSPD-Mitglieder, Betriebsräte und Linke gaben Unterstützung.

Kurt Eisner war ein mitreißender Redner. Er gebrauchte volkstümliche Worte und Begriffe. Seine Rednergabe wurde mit derjenigen Rosa Luxemburgs verglichen.

Am 3. 11. hielt Eisner eine Rede auf der Theresienwiese. Seine Anhänger zogen anschließend zum Gefängnis Stadelheim und befreiten politische Gefangene.

Die Revolution bricht am 7. November aus. Die MSPD hat zu einer Kundgebung für einen raschen Friedensschluß aufgerufen. Eisner, Felix Fechenbach und Ludwig Gandorfer reden vom Rand der Theresienwiese aus. Fechenbach ruft den Versammelten zu: „Soldaten! Auf in die Kasernen! Befreien wir unsere Kameraden! Es lebe die Revolution!“ Diese marschieren, Eisner, Gandorfer und Fechenbach an der Spitze, erst zur Guldeinkaserne im Westend und dann zu den anderen im Norden Münchens. Die Soldaten laufen zu den „freien Truppen“ über.

Um 21 Uhr sind alle Kasernen ohne Todesopfer auf Seiten der Revolution. Eine Stunde später sind alle Ministerien, Polizeipräsidium, Bahnhof, Post, Telegrafenamts und die wichtigsten Presseredaktionen besetzt. Ein Indiz dafür, daß nicht allein Spontaneität sondern auch Planung und Organisation eine Rolle spielten. Eisner eilt zum Matthäuser-Bräu, wo die neu gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte schon tagen. Sie wählen Eisner zu ihrem Vorsitzenden und ziehen dann zum Landtagsgebäude. Hier wird Eisner zum Ministerpräsidenten ausgerufen.

*Referent Klaus Weber

König Ludwig III flieht. An den Türmen der Frauenkirche wehen rote Fahnen. Die Revolution hat gesiegt. Wirklich?

Eisner lädt die Massen zur Revolutionsfeier ins Nationaltheater. Statt Galauniformen, Orden und Damen in großer Toilette drängen sich Arbeiter/innen, Soldaten mit roten Armbinden in die Oper. Beethovens Leonoren Ouvertüre wird gespielt aus der Oper, in der der Komponist die Ideale der bürgerlichen Freiheitsvorstellungen ausdrückt – aber auch zur Erinnerung an den Wiener Kongreß, bei dem die Fürsten diese Freiheit niederwarfen und Monarchie, Kirchenherrschaft und Nationalismus noch für eine Zeit durchsetzten. Eisner gedenkt in seiner Rede seines Freundes Ludwig Gandorfer, der am 10. 11. Bei einem Autounfall ums Leben kam: *„Es ziemt sich für mich, heute, wo ich zum ersten Male Gelegenheit habe vor ihnen zu reden, vor den breiten Massen zu sprechen, die mit am Werke der Revolution gearbeitet haben, des Mannes zu gedenken, der durch einen unsinnigen Zufall zum Opfer der Revolution geworden ist. Durch die Zeiten wird einst wie eine Legendengestalt die Person des blinden Bauern aus Niederbayern schreiten, in dessen Kopfe dieses Werk seherisch vorbereitet wurde.“*

Die Regierung Eisner sorgt, so gut es in der Zeit möglich war, für die Verbesserung der Ernährungslage. In Verhandlungen mit den Siegermächten wird die Kriegsschuld Deutschlands anerkannt, er strebt eine Föderalisierung Deutschlands an.

Die Rätekonzeption versucht er weiterzuentwickeln, behält aber die parlamentarische, repräsentative Demokratie bei.

Das Bayerische Staatsgrundgesetz der Republik führt das Frauenwahlrecht ein, senkt das Wahlalter von 26 auf 21 Jahre, schafft Adelstitel ab, trennt Kirche von Schule, Religion wird Wahlfach.

So weit sind wir heute nicht mehr.

Innenminister Erhard Auer und die MSPD behindern durch die von ihnen beherrschten Apparate die fortschrittlichen Entwicklungen nach Kräften.

Die Landtagswahl findet am 12. 1. 1919 statt. MSPD und BVP erhalten jeweils über 30% der Stimmen.

Eisners USPD erleidet mit 2,5% eine vernichtende Wahlniederlage.

„Ein selbsternannter Aktionsauschuß zum Schutz des Landtags besetzt den Bahnhof und verschiedene Ämter und verlangt die Verhaftung Eisners und seine Abschiebung in die Tschechoslowakei. Als neuen Mann an der Spitze Bayerns schlägt der Putschistenführer Lotter den Sozialdemokraten Auer vor.“

Vor der Konstituierung des neuen Landtags will Eisner seine Rücktrittsrede halten. Auf dem Weg wird er am 21. 2. 1919 von dem rechtsextremen Offizier Graf Arco auf Valley erschossen.

Der Referent ging weiter auf die politisch-literarische Arbeit Eisners ein:

Er selbst war jüdischer Herkunft, *„wenig religiös“*, blieb aber Mitglied der jüdischen Gemeinde. Seine häufig ironischen Erzählungen kleidet er gern in volkstümliche, häufig religiöse, Sprache und entsprechende Bilder. Damit erreicht er die religiösen Vorstellungen seiner Zeitgenossen und kann daran anknüpfen.



Rotarmisten auf Münchner Straßen

Vorstellungen, die damals noch weit mehr Einfluß auf das Denken und das Gefühl haben als heute. So schildert er etwa den König Herodes, der die Geburt des Jesuskindes erlebt und erfährt, daß dieses Kind den Frieden und ihm selbst den inneren Frieden bringen wird. Er überlegt lange wie er dabei helfen kann und läßt alle Knaben in seinem Reich umbringen, damit niemand das friedensbringende Kind stören kann. Die heiligen 3 Könige finden eine Welt ohne Krieg, ein Reich der Weiber gar nicht gut. Sie überschütten das Jesuskind mit Gold und Weihrauch (man könnte sich auch vorstellen mit Kapital und Kirche). Als die Mutter das Kind hervorholt ist es tot, erdrückt von den

Gaben der Könige. Die Pfaffen aller Religionen werden diese Geschichte wohl weniger gut finden.

Eisner spricht zwar auch von *„Religion des Sozialismus“*. Er sieht das Christentum als Bewegung zur Befreiung der Menschen, gewendet gegen Arbeitgeber, staatliche Kriegstreiber und Pfaffen.

Eisner nutzt Sprache und Material des Alltagslebens um Empörung, Rebellion und Befreiung als selbstverständliche Handlungsweisen erscheinen zu lassen.

Vergnügen während Krieg und Revolution...

...hieß der Titel der dritten und letzten Veranstaltung, referiert von Martin W. Rühle in dieser Reihe.

München zählte schon 1850 mit 100.000 Einwohnern zu den Großstädten Deutschlands, nur in Berlin, Hamburg und Breslau lebten zu dieser Zeit mehr Menschen. 1914 lebten in der Stadt bereits knapp 650.000 Menschen. *„Die ländliche Zuwanderung war in München, wie in den meisten deutschen Städten des 19. Jahrhunderts, der entscheidende Bestandteil der Stadtentwicklung und des Bevölkerungswachstums. 1914 gab es in München Dutzende von Varietés und Singspielhallen und 46 Kinos. Die Anzahl der Kinos stieg bis 1919 weiter auf 59.“*

„Im August 1914 machte die nationale Kriegsbegeisterung auch vor den Varietés und Kinos nicht halt. Der Historiker Martin Baumeister (,Kriegstheater. Großstadt, Front und Massenkultur 1914-1918, Essen 2005') spricht in seiner Untersuchung des Berliner Kriegstheaters von einer ‚Selbstmobilisierung der Medien‘.“

Offensichtlich wich die anfängliche Befürchtung der Inhaber um den finanziellen Bestand ihrer Kinos, Varietés usw. der Erkenntnis, dass auch in den Zeiten des Krieges Bedarf nach Vergnügen und Zerstreuung besteht. *„In München war es nicht viel anders: Zu Kriegsbeginn wurden die Varietés und Kinos zwar kurz geschlossen bzw. änderten ihr Programm. Josef ‚Papa‘ Benz etwa, der eine Kleinkunsthöhle in der Leopoldstraße betrieb, erklärte am 9. August ..., dass er sein Lokal mit als Erster bei Beginn der Mobil-*

machung geschlossen hätte. Ebenso hätte er Angehörige der feindlichen Nationen auf der Bühne und auch Tanzvergnügen unmoralisch gefunden. ... Humoristische Aufführungen mussten hier ernstesten patriotischen Stücken weichen. Vaterländischer Stolz und Hass gegen die Gegner standen im Mittelpunkt. Aktuelle Nachrichten wurden schon seit einigen Jahren als kinematographische Vorstellung präsentiert und jetzt als ‚Neueste Kriegsberichterstattung‘ angekündigt. ... Ab Oktober 1914 gab es im Kolosseum wieder Varietévorstellungen: Bei verbilligtem Eintritt für das Militär war nun besonders die ‚Eindeutschung‘ der Artistennamen auffällig: Aus einem **Jongleur** wurde etwa ein **Fänger**. Insgesamt legen die Künstler exotische und ausländische Namen ab, ... und das Publikum begeisterte sich für Programme ‚ohne Franzmann und Englishman‘. ...“

„Anfang 1917 mussten die Kinos für 2 Wochen schließen und am 30.1.1917 wurde das Bild- und Filmamt gegründet, das erst der Obersten Heeresleitung und dann dem Kriegsministerium unterstand. Damit begann die gezielte Propaganda in den Kinos. Üblicherweise gab es nun 1 ¼ Stunden Film, dann 30 Minuten Lustspiel und dann **Aufklärung und Belehrung**. Noch während des Krieges wurde am 18.12.1917 Univer-

sium Film (Ufa) gegründet, um die Importabhängigkeit bei Filmen zu beenden und eigene starke deutsche Filme produzieren zu können.“

(...) „Zusammenfassend ist zu sagen, dass sowohl die Kinos als auch die Varietés und Singspielhallen während der Kriegsjahre anhaltend guten Besuch verzeichnen konnten... Die Kriegsberichterstattung als Film und Propaganda etablierte sich in den Kriegsjahren und war Teil des Programms.“

Auch während der Revolutionstage ging der Betrieb im Vergnügungssektor, bis auf wenige Ausnahmen weiter. „Vor allem der Kinobesuch war bei jungen Menschen sehr populär. Als Schund und Kitsch schon im Kaiserreich gebrandmarkt, erkannte auch die Räteregierungen nicht die Dimensionen der neuen Populärkultur, hatten aber na-

türlich auch wenig Zeit eigene Akzente zu setzen.“

„Ende Oktober/Anfang November 1918 spielten Theater, Kinos und Varietés vor vollen Häusern, auch Kriegspropaganda wurde noch betrieben: Feste für die 9. Kriegsanleihe wurden abgehalten. (...) Erst am 8.11. betrafen die revolutionären Ereignisse auch die Vergnügungsorte ... Die Schließung der Lokale war auf 7 Uhr



angeordnet worden und alle Zivilisten mussten um 9 Uhr zu Hause sein. ‚Das brachte von selbst ein Unterbleiben der abendlichen Theater-, Kino- und Varietévorstellungen.‘

Aber schon am nächsten Tag, einem Samstag, wurde die Polizeistunde wieder auf 11 Uhr gelegt (vorher 11 ½) und die Bühnen und Kinos nahmen normal wieder ihren Betrieb auf. ... Die Revolution schien vorerst keine Auswirkungen auf das tägliche Vergnügungsprogramm zu haben, ebenso wenig wie die weiterhin andauernde Grippeepidemie mit täglichen Todesfällen (etwa 100 Personen wurden täglich in die Krankenhäuser eingeliefert). Die Filme in den Kinos waren die gleichen wie zu Kriegszeiten.

Doch nicht nur in Vergnügungsorten merkte man oftmals

von der Revolution wenig: „Der erste Sonntag im Volksstaat verlief ruhig: Die Münchner Bevölkerung machte Spaziergänge, im Frauendom wurde eine ganz normale Messe abgehalten, bei der der Pfarrer mit keinem Wort auf die Ereignisse einging (am südlichen Turm wehte die rote Fahne)“

„Während bei den kommerziellen Vergnügungsorten meist alles beim Alten blieb, hatte sich im Nationaltheater ein Künstlerrat gebildet. ... Für die populäre Kultur hatte dies aber keine sichtbaren Folgen. ... Bekannt ist die Geschichte vom Münchner Komiker Weiß Ferdl (Bürgerlich Ferdinand Weisheitinger). Dieser war während des Krieges als Soldat an der Front in einer Singspieltruppe aktiv, mit der er auch Gastspielauftritte in München hatte, z.B. beim Vaterländischen Abend im Löwenbräukeller am 1.8.1917. Im Dezember 1918 jedenfalls trug der Weiß Ferdl im Platzl sein **Revoluzilaaziluzilai** Lied vor, indem er die Revolutionäre als **unversehns an die Macht gekommenen dümmlichen Mob** beschrieb, allerdings in einer Form, die scheinbar akzeptiert wurde, er selbst schrieb später: ‚Dieses Lied hatte den einen großen Vorzug gehabt, dass es allen Parteirichtungen gefallen hat. Während der Räteregierung saßen viele

Rotgardisten bei uns im Platzl, auch denen hat es gefallen.‘ Weiß Ferdl engagierte sich auch in der reaktionären Einwohnerwehr. Nach Niederschlagung der Revolution wurde sie eine jener reaktionären Kräfte, die das Bild der ‚Ordnungszelle Bayern‘ schufen, W.F. schrieb sogar ein Stück mit dem Titel ‚Die Ordnungszelle‘ und spielte schon 1921 zum ersten Mal auf einer Veranstaltung der NSDAP.

Auch die Ausrufung der Räterepublik beeinträchtigte in den ersten Tagen das Vergnügungsleben scheinbar nicht, aber die Kino- und Varietésbesitzer fürchteten eine Sozialisierung ihrer Betriebe ... Am 15. April fand deshalb im Konzertsaal Hotel Wagner eine Protestveranstaltung mit 2000 Personen gegen Sozialisierung statt.“

August Thalheimer – Was bleibt?

Wie in der letzten Ausgabe der *Arbeiterstimme* angekündigt, fand am 22.11.2008 eine Tagung des Rosa Luxemburg Forums (Rosa Luxemburg Stiftung Baden-Württemberg) unter Leitung von Erhard Korn statt. Etwa 25 Interessierte aus ganz Deutschland nahmen teil. Auch die Gruppe Arbeiterpolitik und unsere Gruppe waren vertreten.

Nach meinem Wissen war es das erste Mal, dass sich die Rosa Luxemburg Stiftung bzw. ihre Gliederung in Stuttgart mit Thalheimer und der Geschichte der KPD-Opposition befaßte. Um das wichtigste Ergebnis vorwegzunehmen: Es gab nachdenkenswertes Referate und ein freundliches Klima. Die Diskussionen verliefen sachlich ohne erkennbare parteipolitische Präferenzen oder Interventionen.

Im folgenden versuche ich, die m.E. wichtigsten Schwerpunkte der Referate sehr verkürzt zusammen zu fassen.

Klaus Kinner aus Leipzig sprach über „August Thalheimer als führender Theoretiker des deutschen Kommunismus in der Weimarer Zeit.“

Das Referat behandelte Thalheimers theoretische Beiträge in der „Roten Fahne“ und bei der programmatischen Arbeit der III. Internationale. Hervor-

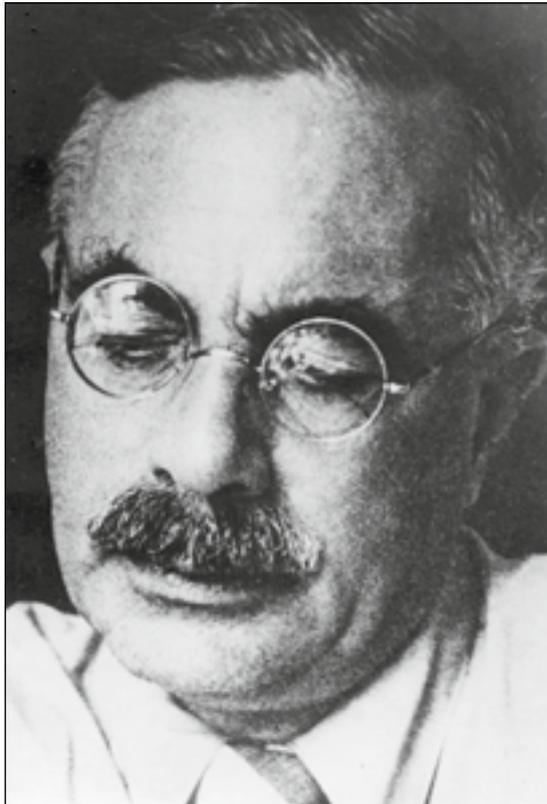
gehoben wurde seine Sicht auf die Gesetzmäßigkeit der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus und den erwarteten Sieg der kommunistischen Revolution. Kritisch sah Kinner die 1921 entwickelte Offensivtheorie als Reaktion auf den Einmarsch starker preußischer Polizeikräfte in die (preußische) Provinz Sachsen, um die linke Arbeiterschaft vor allem der Leuna-Werke zu disziplinieren. Thalheimer war damals Mitglied des Zentra-

len Ausschusses der KPD. Brandler war Vorsitzender. Ebenso kritisierte er den Ausschluß Paul Levis, der die Offensivtheorie als putschistisch angriff.

Harald Jentsch, Frankfurt a.M., behandelte die Themenkomplexe „kommunistische oder sozialistische Politik? – Einheitsfronttaktik – Faschismusanalyse: Programmatische und strategische Diskussionen der Linken zwischen Novemberrevolution und Faschismus.“

Jentsch machte Ausführungen zu den Übergangsforderungen während der Phase der Einheitsfrontpolitik in den Jahren nach 1921 bei der auch Forderungen der damaligen SPD übernommen wurden. Er ging auf Thalheimers Faschismusanalyse ein und würdigte ihre damalige Aktualität in Reaktion auf den italienischen und polnischen Faschismus. Auch er kritisierte Ausschlüsse wie etwa den von Paul Levi.

Nach meiner Meinung waren die o.g. beiden Referate sehr fundiert, aber etwas akademisch. Die Kritik am Ausschluß Levis hat sicher einiges für sich. Die Offensivtheorie, aus der Reaktion auf die Provokation der preußischen Braun/Severing Regierung hervorgegangen, mag überzogen gewesen sein; doch für die Leitung der KPD war es schwie-



August Thalheimer Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst Ein Versuch



Broschüre,
DIN-A5
80 Seiten, 6,- €
Herausgegeben
von Heiner
Jestrabek.

Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen und

einer Einführung von Theodor Bergmann.

Bestellungen an:

Deutscher Freidenker-Verband Ostwürttemberg e.V.,
Hellensteinstr. 3,
89518 Heidenheim
oder
T. Gradl,
Postfach 910307,
90261 Nürnberg

rig, anders zu reagieren, wenn eine der damaligen Hochburgen der potentiell revolutionären Arbeiterschaft so massiv angegriffen wurde. Ob Abwiegeln oder Stillhalten der KPD besser gewesen wäre?

Das Referat von Theodor Bergmann, Stuttgart: „*Marxistische Analyse der Weltpolitik – Anwendung auf die politische Situation nach 1945*“ zeichnete sich durch klare Entgegensetzung westlicher und russischer Erfahrungen aus. Thalheimers Kritik an der stalinistischen Besatzungspolitik und den Demontagen wurde begründet. Bergmann stellte das Ende des Konsenses der Bourgeoisie mit dem alten Reformismus nach 1945 dar.

Heiner Jestrabek stellte in einer Powerpoint-Vorführung Literatur zum Thema vor. Bilder aus Thalheimers Geburtsort Affaltrach/Württemberg, das dortige kleine Museum und das Geburtshaus rundeten den Vortrag ab.

Den Abschluß bildete ein weiteres Referat Theodor Bergmanns zur „*Linken nach dem Zweiten Weltkrieg: Die Zeitschrift Arbeiterpolitik ab 1948; Chancen und Probleme von Kleingruppen zwischen den Lagern.*“ Der Referent hatte an den Auseinandersetzungen dieser Zeit selbst teilgenommen. Das kam in der lebendigen Darstellung zum Ausdruck. Die Mitglieder und Kader der KPD-O, soweit sie den Krieg überlebt hatten, wurden in der Sowjetischen Besatzungszone von der KPD bzw. SED ausgegrenzt, verfolgt und einige zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. In den drei westlichen Besatzungszonen war die Verfolgung subtiler. Doch auch hier wurden die ehemaligen KPD-O Mitglieder aus ihren Positionen in den Gewerkschaften herausgedrängt. Ein 10er-Kreis rechter Gewerkschafter führte dabei Regie. Es war schwer, unter diesen Bedingungen eine Zeitschrift herauszubringen, die Thalheimers Veröffentlichungen zu der weltgeschichtlichen Entwicklung, in Havanna verfaßt, im Kreis seiner deutschen Genossinnen und Genossen bekannt machte.

Die Zeit war knapp geworden, deshalb blieb für eine Kurzdarstellung der heutigen Gruppen Arbeiterpolitik und Arbeiterstimme nur wenig Raum. Doch das war nach dieser gelungenen Veranstaltung wohl auch weniger wichtig.

Anlässlich des 60. Todestages August Thalheimers



August Thalheimer Geboren am 18. 3. 1883 in August Thalheimer am 19. 9. 1948 in Cuba an Herzschlag verstorben. Mit kalter Berechnung haben ihm die patentierten Vertreter der „Menschenwürde“ und ihre Lakaien die Rückkehr in die Heimat unmöglich gemacht, die er 1933 unter dem Naziterror verlassen mußte. Nicht von ungefähr hat unlängst der englische „Sozialist“ Prof. B. Russell davon spintiliert, „daß es wahrscheinlich keinen Marxisten mehr in der Welt geben würde, wenn die deutsche Regierung nicht Lenin 1917 die Rückkehr nach Rußland erlaubt hätte.“ Die blasse Furcht, und ihre Unfähigkeit, den lebendigen Marxisten zu widerlegen, die vergebliche Hoffnung, den deutschen Arbeitern die Waffe der marxistischen Kritik vorzuenthalten, hat die Ordnungshüter dazu bewogen, August Thalheimer das elementarste Menschenrecht, die Rückkehr in die Heimat, zu verweigern.

Die deutsche Arbeiterklasse trifft ein unerfessbarer Verlust durch den Tod eines ihrer Besten. Er hat auf die glänzende Laufbahn, die ihm als Wissenschaftler offenstand, verzichtet und sich dem proletarischen Befreiungskampf gewidmet. Zusammen mit Rosa Luxemburg hat er sich dem Reformismus entgegen gestellt, der die 2. Internationale zum Abgrund führte, und im Spartakusbund die Grundlage für die KPD schaffen helfen, die als einzige aus eigener Kraft entstandene Landesfektion neben der russischen den Grundstein für die 3. Internationale bilden konnte. Unter Thalheimers und Brandlers Leitung hat sich die junge KPD durch eine zielklare, von Lenin unterstützte Politik so entwickelt, daß sie sich 1923 ernsthaft die Frage der Machteroberung stellen konnte. Der willkürliche Eingriff der russischen Führung, aus der Lenin inzwischen ausgeschieden mußte, hat den Aufstieg der KPD in ununterbrochenen Abstieg bis zur Niederlage von 1933 verwandeln helfen.

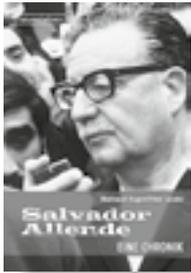
Thalheimer und Brandler haben sich 1923 aus übertriebener Organisationsdisziplin, in der sich von jeher die Stärke und Schwäche der deutschen Arbeiterbewegung gezeigt hat, dem Diktat der russischen Führung gefügt, wie vorher Luxemburg und Liebknecht aus Disziplin vor der Trennung von den Reformisten zurückgedrängt waren. Als die katastrophalen Folgen der russischen Einmischung den deutschen Arbeitern klar wurden, hat sich August Thalheimer mit der KPD offen gegen den Strom gestellt. Was er seit 1928 geschaffen hat, hat die Entwicklung als richtig erwiesen. Er hat das Wesen des Faschismus klar herausgearbeitet, hat in der proletarischen Einheitsfront- und Gewerkschaftspolitik und den damit verbundenen revolutionären Übergangslösungen den Weg zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse und des Sieges über den Faschismus gewiesen.

Ebenso hat er auf die Frage der Stellung der Arbeiterklasse in diesem Kriege, in dem das sozialistische Rußland im Bunde mit den imperialistischen Mächten kämpfen mußte, klar aufgezeigt, wie die Arbeiterklasse der demokratischen Länder zugleich gegen Hitler und ihre eigene Bourgeoisie kämpfen mußte, statt sich durch die opportunistische Lofung von der „Einheit der 3 Großen“ irreführen zu lassen.

Bis zuletzt hat er an einem größeren Werk über die heute brennende Rußlandfrage gearbeitet, um das leichtfertige Geschwätz vom „roten Imperialismus“ in seiner ganzen Nichtigkeit bloßzulegen. Dank seiner meisterhaften Beherrschung der materialistisch-dialektischen Forschungsmethode hat er die eigenartige Entwicklung Rußlands und die Ursachen seiner Unzulänglichkeiten aufgezeigt, damit die Proletarier sich überzeugen können, daß sie die SU trotz allem als Hauptstange der sozialistischen Weltrevolution verteidigen müssen.

Alle Diffamierungsmethoden der russischen Parteiführung haben August Thalheimer keinen Augenblick in seiner Arbeit irregemacht, die er leitete, um die deutsche Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer historischen Mission reif zu machen. Die deutschen Arbeiter, denen er die Treue gehalten hat bis an sein Grab im bitteren Exil, werden zwischen ihren Freunden und Feinden umso sicherer zu unterscheiden wissen, je mehr sie im Kampf den Wert der Waffe des Marxismus erkennen werden, an deren Reinhaltung und Schärfung August Thalheimer unablässig gearbeitet hat.

„Salvador Allende. Eine Chronik“



In bürgerlichen Kreisen trifft man ab und zu auf einen interessanten Standpunkt zur Geschichtsschreibung: Über geschichtliche Ereignisse ließe sich erst sprechen, wenn diese mindestens 70 Jahre zurückliegen. Sonst mische sich die Darlegung der Fakten mit den Emotionen der Beteiligten. Diese Definition ist natürlich unzureichend, aber ein brauchbarer Maßstab, um sich kritisch mit der vorliegenden Biografie zu befassen.

Kritisches Befassen ist hier umso notwendiger, weil die Autoren der Intelligenz der DDR entstammen. Waltraud Hagen war für den Rundfunk in Lateinamerika, Peter Jacobs veröffentlichte 1975 das Buch „*Transit Santiago*“. Sie waren damit im weitesten Sinne Kombattanten in den im Buch beschriebenen Kämpfen. Dazu haben sie persönlich mit der Implosion des sozialistischen Lagers eine ähnlich tief greifende Niederlage erlebt wie die chilenische Linke vor 35 Jahren. Heute arbeiten die beiden hauptsächlich über lateinamerikanische Revolutionäre. Nach Arbeiten über Che Guevara und Fidel Castro haben sie pünktlich zum 100sten Geburtstag ihr Werk über Salvador Allende vorgelegt.

Bevor man sich dem Buch zuwenden kann, ist auf ein Problem hinzuweisen, das Allendes Wirken für Historiker und Biografen darstellt. Er hat sich, auf den kürzest möglichen Nenner gebracht, für eine „*Gesellschaft ohne Hunger*“ eingesetzt. Wer würde dieses Ziel nicht teilen? Dazu kommt, dass er sich im gesetzlichen Rahmen bewegte. Allende hat das umgesetzt, was außerparlamentarischen Bewegungen immer geraten wird, nämlich zur Verwirklichung ihrer Ziele den in einer Demokratie hierfür vorgesehenen Weg einzuschlagen. Konsequenterweise müssten alle, die sich mit seiner Person beschäftigen und seine Ziele teilen, zur Fortführung seines Kampfes aufrufen.

Doch das ist für nichtrevolutionäre Kräfte schwer möglich. Allende hat zwar die vorgefundene demokratische Ordnung respektiert, doch hat

er die Gesetze zugunsten der unterdrückten Klassen angewandt. Damit wurde der Rahmen gesprengt, den die Bourgeoisie der Gesellschaft zur Selbstregulierung überlässt. Also wird es jeder, der seinen Kampf weiterführt, mit den gleichen Kräften zu tun bekommen, denen er unterlegen ist.

Viele Menschen wollen diesen Kampf nicht führen. Einige haben andere Klasseninteressen. Andere wollen nicht Opfer eines neuen Faschismus werden. Sie alle können Allendes Kampf nur dem Vergessen anheim fallen lassen. Für seine Biografen ein Ding der Unmöglichkeit. Wie gehen sie also mit diesem Problem um?

Die Antwort gibt das letzte Kapitel. Es ist überschrieben mit „*Requiem für einen Erlöser*“. Damit spielen sie einerseits auf die Übersetzung seines Vornamens an (Salvador: Retter, Erlöser). Andererseits greifen sie auf eine seit alters her verwendete Methode zurück. Mit ihr werden Taten, deren Nachahmung die Lebenden überfordert, in die Sphäre des Religiösen verbannt. Nach dem Tod der jeweiligen Akteure werden diese den Göttern gleichgestellt. Mit der zitierten Überschrift erfährt Allende eine Heiligsprechung wie ein gewisser Jesus aus Nazareth.

Konsequent endet das Buch mit folgendem Resümee: „*Es war ein großer ehrenwerter Versuch. Millionen Chilenen waren daran beteiligt. Ohne Utopien, das weiß man schon seit Jesus Christus, dem Erlöser am Kreuz, kann der Mensch nicht leben. Mit ihnen aber offenbar auch nicht.*“

In diesen Zeilen manifestiert sich sowohl der Standpunkt der Autoren wie auch ihre Schlussfolgerung. Die Legitimität des Versuches, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, wird verteidigt. Doch das Scheitern der von Allende repräsentierten Bewegung wird so gedeutet, dass ihre Ziele von vornherein nicht zu verwirklichen waren.

Daraus ziehen sie die Konsequenz, dass linke Politik nicht wie damals in Chile angelegt sein darf. Um den Lesern dieses Resümee zu erleichtern, finden sich im Verlauf des Buches häufig Worte, die Gefühle ansprechen. So ist Pinochet ein „*Oberschur-*

Rezension

ke“, Allende ein „*Träumer*“, und die Wahlkundgebungen der Volksfront hatten angeblich etwas von „*kollektiver Hysterie*“.

Die Arbeit mit diesem Wortschatz ist in einer populärwissenschaftlichen Schrift durchaus legitim. Doch hier dient er nicht nur einer farbigeren Ausdrucksweise, sondern damit wird das inhaltliche Ziel vorbereitet, Allendes reales politisches Handeln als utopisch abzuqualifizieren. Damit grenzt die Sache schon an Manipulation.

Eindeutig falsch ist dagegen die folgende Beschreibung des heutigen Chile: „*Seit März 2006 wird das Land ... von einem neuen Linksbündnis regiert, mit einer Präsidentin, die aus der einst von Allende mitgegründeten Sozialistischen Partei kommt: Michelle Bachelet.*“ Damit wird suggeriert, dass ein Bündnis in Nachfolge der Unidad Popular (UP) das Land regiert. Das ist nicht richtig. Das heutige linke Bündnis heißt „*Juntos Podemos Mas*“ und ist wegen des undemokratischen Wahlsystems nicht im Parlament vertreten. Die gegenwärtige Präsidentin wird von Kräften aus der Mitte und von halblinks getragen.

Um den positiven Ausklang des Buches nicht zu gefährden, weist der Text zwei wichtige Auslassungen auf. Zum einen vermisst man Balmaceda, einen chilenischen Präsidenten des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Zum anderen fehlt eine Erörterung, warum Allende die von ihm geplante Volksabstimmung überhaupt mit den Militärs beraten hat.

Wichtige historische Ereignisse werden in das Buch, recht geschickt, über Allendes Vorfahren eingeführt. In diesem Kapitel hätte man auch folgendes berichten können: Sein Vater nahm als 20-jähriger Artillerieleutnant auf der Seite Balmacedas am Bürgerkrieg von 1891 teil.

Diese Information hätte natürlich Erläutert werden müssen. Das darf man von einem Buch über Allende auch erwarten. Schließlich hatten während seiner Präsidentschaft

alle wichtigen Akteure diesen Abschnitt der chilenischen Geschichte vor Augen.

Wofür steht Balmaceda? Er war ein liberaler. Er Arbeitete daran, die im Salpeterkrieg eroberten Bodenschätze auch dem Land zugute kommen zu lassen. Diese Politik kam Britischen und Deutschen Interessen in die Quere. Die liberale Mehrheit des Kongresses rebellierte. Im folgenden Bürgerkrieg unterlagen die Anhänger Balmacedas. Der Präsident flüchtete in die Argentinische Botschaft, wo er sich tötete.

Diese Epoche weist viele Parallelen, aber auch Differenzen zur Zeit der UP auf. Ihre Erwähnung hätte Allende gut in die chilenische Geschichte eingeordnet. Sie zeigt, dass in der dortigen Gesellschaft Kräfte wirken, die den imperialistischen Ländern gelegentlich außer Kontrolle geraten. Doch mit diesem Wissen würde die Einmaligkeit Allendes in Frage gestellt werden. Das würde seine Heiligsprechung erschweren.

Ähnlich verhält es sich mit dem zweiten Punkt. Sicher kann eine Biografie keine tief greifende politische Analyse leisten. Doch darf man die Frage erwarten, ob der Staatsstreich mit einer anderen Politik zu vermeiden gewesen wäre. Das ist in einer Biografie Allendes eigentlich ein wichtiger Punkt, bei dem es, neben anderem, auch um Leben und Tod ging.

Erinnern wir uns: Allende konnte nur mit Hilfe der Christdemokraten Präsident werden. Deren tendenzielle Unterstützung schlug mit der Zeit in Feindschaft um. Die vereinte Front seiner Gegner hatte die Mehrheit im Parlament. Ihre Kraft reichte aber nicht zu einem Amtsenthebungsverfahren.

In dieser Lage bestanden in der UP gravierende Differenzen. Die Einen wollten auf revolutionärem Wege voranschreiten. Andere, wie die Kommunisten, traten für eine Verständigung mit den Christdemokraten ein. Im August 1973 hatte das Parlament die Streitkräfte zum Eingreifen aufgefordert. Als Ausweg wollte Allende sein Programm dem Volk zur Entscheidung vorlegen. Aufgrund der Kräfteverhältnisse wäre es abgelehnt worden. Doch das hätte ihm die Möglichkeit eines würdigen und seiner Basis vermittelbaren Rücktritts gegeben.

Dieser geordnete Rückzug wurde Anfang September von der Mehrheit der UP unterstützt. Doch die Regeln des Bündnisses sahen bei Beschlüssen die Einstimmigkeit vor. Nach den Worten des damaligen Generalsekretärs der Kommunisten, Luis Corvalán, war die Unidad Popular damit „im verborgenen Bankrott“. Zu den ablehnenden Kräften gehörte auch die Sozialistische Partei, die Partei Allendes.

Sicher, ein Rückzug hätte die Aufgabe von Erreichtem bedeutet. Doch das wäre für die Linke leichter zu verkraften gewesen als die Katastrophe des Putsches. Aus Angst vor der Wiederkehr der Generäle trauen sich heute große Teile der chilenischen Gesellschaft nicht gegen den Neoliberalismus vorzugehen.

Doch zurück zum September 1973. In dieser Situation gab es anscheinend nicht mehr viele Strukturen, auf die sich Allende stützen konnte. Eine vermeintlich loyale Institution war sein Kabinett. Als Ergebnis einer Abmachung mit den Christdemokraten hatten schon einige Zeit davor die Oberbefehlshaber der Teilstreitkräfte darin Platz genommen. Seit Ende August gehörte Pinochet zu dieser Runde. Man hielt ihn zu diesem Zeitpunkt für einen Demokraten. So sprach Allende am 9. September mit ihm und weiteren Militärs über die von ihm geplante Volksabstimmung. Sie sollte am nächsten Tag der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Doch die Militärs rieten ihm, mit diesem Schritt noch zwei Tage zu warten. Die gewonnene Zeit nutzten sie zum Sturz der demokratisch gewählten Regierung.

Das Verhalten der Militärs bietet die Möglichkeit, Allendes Scheitern hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt des Verrates zu schildern. Das wird von den Autoren genutzt. Schließlich haben sie ihren Frieden mit den Verhältnissen gemacht. Gedankenspiele, wie die faschistische Diktatur zu vermeiden gewesen wäre, sind da tabu.

Die Diskussion von Handlungsalternativen würde auch die Frage der Verantwortung aufwerfen. Welche linke Richtung hat, durchaus ohne dies zu wollen, den Putschisten in die Hände gearbeitet? Unter Anderen hatten die Sozialisten damals etwas abenteuerliche Positionen. Diese werden im Buch auch referiert. Sie werden aber

nicht in den Zusammenhang der letzten Tage vor dem Staatsstreich gestellt. Möglicherweise geschieht das aufgrund von Sympathie mit den chilenischen Sozialisten.

Nach dieser Kritik muss auch auf zwei Punkte hingewiesen werden, in denen die Autoren ihre beschriebene Linie verlassen. Das Buch hebt sich darin positiv von ähnlich angelegten Arbeiten ab. In diesen kommen Überlebende der Moneda (der chilenische Präsidentenpalast, Anm. d. Red.) zu Wort, die beschreiben, wie Allende angeblich seinem Leben ein Ende gemacht hat. Das wird von unseren Autoren wie folgt kommentiert: „... das ist die Version vom Tod des chilenischen Präsidenten, auf die sich seine letzten Begleiter geeinigt haben“. Sie weisen in diesem Zusammenhang auch auf ein wichtiges gegenteiliges Zeugnis hin. Richtig schlussfolgern sie: „Wahrscheinlich wird man nie sicher wissen, was wirklich geschah“.

Der zweite Punkt ist die Frage des bewaffneten Kampfes. Hätte sich Allende, unter anderen Bedingungen, in Chile dafür ausgesprochen? Sein Agieren in der bürgerlichen Demokratie wird gerne als Beleg verwandt, dass er auf den legalen Weg festgelegt war. Das, obwohl er für andere Länder durchaus auch Guerillabewegungen für legitim hielt. Auch hier bleibt die Antwort offen.

Abgesehen von der politischen Linie ist das Buch gut geschrieben. An einigen Stellen stört, dass die Autoren keine Kenner Chiles sind. Dadurch finden sich Aussagen, die an der Wirklichkeit vorbeigehen, oder es werden Begriffe falsch verwendet. So findet sich der Ausdruck „Barrio Alto“ in einer Liste von Stadtteilen Santiagos. Dabei ist „Barrio Alto“ in Chile ein Sammelbegriff für die Viertel der Bessergestellten. Doch diese Unkenntnis bewirkt keine gravierenden Fehler.

Das Buch könnte im deutschsprachigen Raum so etwas wie ein Standardwerk über die Regierung der Unidad Popular werden. Für eine erste Annäherung ist es durchaus geeignet. Wegen der zugrunde liegenden sozialdemokratischen Tendenz muss aber jede getroffene Aussage kritisch überprüft werden.

„Salvador Allende. Eine Chronik“ von Waltraud Hagen und Peter Jacobs, Verlag Neues Leben, Berlin 2008, 187 Seiten
12,90 Euro



240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben
 von der Gruppe Arbeiterstimme

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten, Paperback,
€ 20,-
 ISBN 3-87975-767-4

Venezuela – Welcome to our Revolution

Innenansichten des
 bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
€ 10,-
 ISBN 3-9809970-1-4
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bistlang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:
Gegen den Strom
Schwanthalerstraße 139
80339 München
gds-verlag@gmx.de

oder:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg



624 Seiten, Paperback,
€ 20,-
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg